



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit Kommunalminister Joachim Herrmann:

Mehr Zukunft wagen

„Unsere Grunderkenntnis heißt: Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen. In seinem eigenen Interesse tut der Freistaat alles, damit dies auch in Zukunft so bleibt“, betonte der bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung. Beleg hierfür sei nicht zuletzt die Tatsache, „dass Bayern den kommunalfreundlichsten Haushalt aller Bundesländer unterhält“.

Die bayerischen Kommunen stehen aus Herrmanns Sicht gut da. Als höchst zufriedenstellend wertete er das Ergebnis der Ver-



Staatsminister Joachim Herrmann, MdL. Bild: STMI Bayern

handlungen um den kommunalen Finanzausgleich: Mit der Rekordsumme von knapp 10,3 Milliarden Euro habe der Freistaat die Serie der Rekordzuweisungen der vergangenen Jahre im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs fortgesetzt. Dass die Einnahmen der Kommunen in den vergangenen zehn Jahren von knapp 29 Milliarden Euro auf über 43 Milliarden Euro gestiegen sind und gleichzeitig die Verschuldung der Kommunen von 13 Milliarden Euro um 1,7 Milliarden Euro auf 11,3 Milliarden Euro abgebaut werden konnte, sei ein gutes Zeichen für die Zukunft. „Das Steuerwachstum im Freistaat ist somit auch bei den Kommunen angekommen“, bemerkte der Minister.

Blick in die Zukunft

Mit Blick auf die aktuelle Konjunkturentwicklung sowie die gigantischen Herausforderungen in der technologischen Entwicklung und Digitalisierung, sei dies für den Freistaat im bundesweiten Vergleich eine herausragen-

de Ausgangsposition für die kommenden Jahre, erläuterte Herrmann. Deutschland insgesamt weise freilich im internationalen Vergleich nicht in allen Bereichen Spitzenwerte auf, sondern sei beispielsweise bei den Themen Infrastruktur oder digitale Verfahren (digitaler Bürgerservice) einem „erheblichen Beschleunigungsdruck“ ausgesetzt. Herrmann zufolge „haben wir nicht viel Zeit, hier tätig zu werden“. Gerade mit Blick auf die Kommunalwahlen 2020 müssten die Bürger darauf hingewiesen werden, „dass diese Entwicklungen auch mehr Verantwortung und deutliche Veränderungen bedeuten“. Zudem stünden wichtige Zukunftsinvestitionen an.

Spitzenstellung Sicherheit

Bei der Inneren Sicherheit hat der Freistaat bereits beste Voraussetzungen dafür geschaffen, auch künftig als sicherstes Bundesland eine Spitzenstellung einzunehmen. Allein 2019 konnten rund 1.700 Neueinstellungen vorgenommen werden, ein Wert auf Spitzenniveau. 3.500 zusätzliche Polizeistellen hat die Bayerische Staatsregierung für den Zeitraum von 2017 bis 2023 insgesamt beschlossen. Eine weitere personelle Aufstockung ist für das Landesamt für Verfassungsschutz mit 25 neuen Stellen zur verstärkten Bekämpfung von Rechtsextremismus und Cyberkriminalität vorgesehen.

Ziel ist, den Personalbestand der Polizei bis 2023 auf 45.000 Beschäftigte auszubauen.

Auch hinsichtlich der Sachausstattung wird die Polizei massiv unterstützt. So wird deren Sachbudget für modernste Technik auch 2020 mit knapp 440 Millionen Euro auf hohem Niveau fortgeführt. Für eine noch schnellere Alarmierung von Feuerwehr und Rettungsdienst wird eine bundesweite Notruf-App eingeführt, die einen barrierefreien Zugang

zum Notruf 112 ermöglicht. Bayern stellt hierfür 800.000 Euro bereit. Darüber hinaus werden die Investitionen in den Rettungsdienst und Katastrophenschutz in 2020 um weitere neun Millionen Euro auf 101,1 Millionen Euro verstärkt.

Investitionen in technischen Fortschritt

Für eine moderne und zukunftsorientierte Polizei hat der Freistaat auch in den technischen Fortschritt und in die Digitalisierung kräftig investiert: „Wir haben etwa das Programm „Mobile Police“ konsequent weiter ausgebaut.“ Für die einsatzkritische Kommunikation hat sich der Digitalfunk bewährt. In Ergänzung dazu stehen den Einsatzkräften bereits annähernd 10.000 Smartphones zur Verfügung.

Diese Ausstattung wird durch die Bereitstellung von Convertibles, also Tablets mit optionaler Tastatur sowie Fingerdruckscanner, in den Streifenfahrzeugen noch erweitert. So haben die Einsatzkräfte – egal, wo sie sich gerade aufhalten – mobilen Zugriff auf alle polizeilichen Anwendungen genauso wie auf der Dienststelle.

Ein Gradmesser für die Qualität der Arbeit der Polizei ist nach Herrmanns Worten die Aufklärungsquote, also das Verhältnis der polizeilich aufgeklärten Taten in Bezug auf die Gesamtzahl der registrierten Straftaten: „Hier belegt die Bayerische Polizei bereits seit vielen Jahren im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz.“ 2018 betrug die Aufklärungsquote in Bayern 64,5 Prozent (ohne ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise). Das heißt, rund zwei Drittel aller Straftaten wurden aufgeklärt. Der bundesweite Durchschnitt lag im vergangenen Jahr bei 56,5 Prozent. Insgesamt ist eine leichte Steigerung von Gewaltdelikten zu verzeichnen. Zudem belegen die Kriminalstatistiken in diesem Bereich eindeutig einen überdurchschnittlich hohen Anteil von tatverdächtigen Ausländern, merkte der Kommunalminister an.

Sicherheit und Lebensqualität

Laut Herrmann ist eine niedrige Kriminalitätsrate für das Sicherheitsgefühl der Menschen und damit auch ihre Lebensqualität von großer Bedeutung. Davon profitierten auch die Kommunen. „Tatsache ist: Bei einem Großteil der Bevölkerung hat die Polizei ein hohes Ansehen. Wir erleben, dass hochqualifizierte junge Leute in den Polizeidienst gehen.“ (Fortsetzung Seite 4)

Deutscher Landkreistag in Fürstfeldbruck:

Keine Entfremdung von Stadt und Land

Mobilitätsangebote in der Fläche, die Finanzlage der kreisangehörigen Gemeinden sowie eine mögliche Übernahme kommunaler Altschulden in einzelnen Bundesländern standen auf der Agenda der 300. Präsidialsitzung des Deutschen Landkreistags im Landratsamt Fürstfeldbruck.

Laut DLT-Präsident Reinhard Sager, begrüßen wir, dass die Verkehrspolitik des Bundes neben der Ausrichtung auf den Klimaschutz erkennbar auch einen stärkeren Fokus auf die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Fläche legt. Die Streichung der Beschränkung auf Verdichtungsräume und die intensivere Förderung von Maßnahmen der Schienelektrifizierung im GVFG-Bundesprogramm sowie die Erhöhung der Regionalisierungsmittel

sind der richtige Weg.“ Nun komme es entscheidend auf die Länder an. „Von ihnen erwarten wir den vollen Abruf der Mittel und keinen Ersatz eigener Gelder“, forderte Sager.

Förderung der Mobilität

Durch die Öffnung des GVFG-Bundesprogramms sei eine nachhaltige Unterstützung der Mobilität in den Landkreisen möglich. „Die Erstreckung der Förderung

Politische Bildung – weiter ein großes Thema auch in 2020

Hanns-Seidel-Stiftung mit bayernweiten Angeboten
Bürger nehmen Politik oft als sogenannte Aufregerthemen wahr, es gibt aber auch eine positive Kehrseite – Vermittlung von Politik als orientierendes Grundlagenwissen. Für Bürger sozusagen die Basics für den sachbezogenen Austausch mit Kollegen, Freunden oder in der Familie. Politische Bildung hilft hier mit Argumentationen weiter. Genau das bietet die Hanns-Seidel-Stiftung bayernweit an.

Die Politischen Stiftungen haben vielfältige Möglichkeiten zur Weiterbildung. Die Hanns-Seidel-Stiftung stellte für 2020 wieder ein Programm zusammen, das nahezu alle Politikbereiche abdeckt. Im Fokus des ersten Quartals 2020 steht die Vorbereitung für die Kommunalwahlen am 15. März.

Wer sich für die gesellschaftlich wichtigen Sozialthemen Rente oder Pflege, aber auch für Mobilität, Verbraucherschutz oder Europapolitik interessiert, liegt beim Seminarangebot der Hanns-Seidel-Stiftung richtig. Die Stiftung greift regelmäßig aktuelle gesellschaftspolitische Themen auf, die in Abendveranstaltungen an verschiedenen Orten in ganz Bayern, in Wochenendseminaren in Hotels in größeren Städten oder Wochenendseminaren im oberfränkischen Bildungszentrum Kloster Banz von Fachleuten dargestellt werden.

Rund 45.000 Menschen nahmen im Jahr 2019 Jahr bei über 1.200 HSS-Seminaren teil. „Unsere Bildungsveranstaltungen und Seminare für Jung und Alt geben Einblick in Hintergründe und vermitteln Orientierung und Handlungskompetenz“, erklärt Oliver Jörg, Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung. Die Stiftung organisiert auch Ferienprogramme für Familien in Kloster Banz oder Thementage für z.B. Kommunalpolitik (25. Januar in München), Wirtschaft und Soziales oder den Tag der Demokratie.

Im Internet findet man Angebote zur Politischen Bildung unter www.hss.de/veranstaltungen. Wer sich für themenbezogene Literatur, monothematische Analysen oder die Publikumszeitschrift „Politische Studien“ interessiert, kann diese unter www.hss.de/publikationen herunterladen oder kostenfrei als Druckexemplar bestellen. □

men werden soll zudem die Elektrifizierung und Reaktivierung von Schienenstrecken und der Bau und Ausbau von Tank- und Ladeinfrastrukturen für alternative Antriebe. Hier wie dort ist eine gesenkte Förderschwelle von 10 Mio. Euro vorgesehen.

Zielgerichteter Einsatz der Gelder

Mit Blick auf die Erhöhung der Regionalisierungsmittel muss aus Sagers Sicht noch sichergestellt werden, dass die zusätzlichen Gelder ausschließlich der Verbesserung der Verkehrsangebote zur Verfügung stehen und nicht in die Trassenentgelte gehen. „Wir haben schon zu Beginn des völlig überhastet eingeleiteten Gesetzgebungsverfahrens darauf aufmerksam gemacht, dass dazu eine gesetzliche Änderung nötig ist, und sind froh, dass der Bundesrat diese Forderung aufgegriffen hat“, erklärte Sager. Die zusätzlich vom Bund bereitgestellten Mittel müssten unbedingt zu unterstützen. Neu aufgenommen

auf die Fläche ist eine wirkliche Weiterentwicklung, die wir sehr begrüßen.

Ländliche Räume fördern

Die Streichung der Beschränkung auf Verdichtungsräume wird einen Beitrag zur weiteren Verbesserung der Attraktivität ländlicher Räume leisten und regionale Strecken besser als bislang unterstützen“, so die Einschätzung des DLT-Präsidenten. So sei etwa neu in den Förderkatalog aufgenommen worden (zunächst befristet bis 2030), die Grunderneuerung und Modernisierung im Bereich des schienengebundenen ÖPNV sowie von Bahnhöfen und Haltestellen zu unterstützen. Neu aufgenommen

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Das Präsidium des Deutschen Landkreistags.

Bild: Landratsamt Fürstfeldbruck

Sie lesen in dieser Ausgabe

Klausurtagungen von CSU und Freien Wählern	Seite 2
C.A.R.M.E.N.-Forum: Wald schafft Zukunft	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Bürgernahe Kommunalpolitik ist 2020 gefragt	3
GZ-Umfrage: Wie geht's dem Kommunalwald im Klimawandel?	3
Kommunale Energiethemen	5 - 9
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV	10 - 11
Umwelt • Abfall • Kommunalfahrzeuge • GaLaBau	12 - 17
Aus den bayerischen Kommunen.	17 - 20
Sabrina: Ohne Veränderung kein Wachstum!	19

Klausurtagung in Kloster Seeon:

Taktgeber CSU

Entlastungen für die Bürger, wirtschaftliches Wachstum sowie Investitionen in Innovationen und Digitalisierung haben die CSU-Bundestagsabgeordneten auf ihrer traditionellen Jahresauftakt-Klausur gefordert. Zu Gast im oberbayerischen Kloster Seeon waren unter anderem die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis.

„Die Klausur der CSU im Deutschen Bundestag dient ja auch immer als Weckruf am Anfang eines Jahres für die politischen Themen eines Jahres und ich glaube, das ist uns dieses Mal schon wieder sehr gut gelungen, der Taktgeber zu sein in den politischen Debatten in Deutschland und das ist der Maßstab, den wir für uns für 2020 sehen“, hob der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, hervor.

Söder fordert neuen Aufbruch

Eine „inhaltliche Zukunftsdebatte“ über nachhaltige politische Konzepte forderte Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder: „Das neue Jahrzehnt stellt uns vor große Herausforderungen: Klimaschutz, Technologie und Konjunktur. Dazu braucht es große Antworten. Wir brauchen eine nachhaltige Zukunftsdebatte! Deutschland braucht Schwung und neue Ideen. Die Frage, die uns umtreibt: Wie kann Deutschland Zukunftsantworten geben?“

Entscheidend sei dabei die weitere Arbeit der Bundesregierung, weshalb sich die Frage stellt: „Wird die große Koalition dieses und nächsten Jahr, wenn sie denn bleibt, in erster Linie eine Art administrative Einrichtung, in der sie versucht, quasi es mit Anstand zu Ende zu bringen, nach dem Motto: Danach kommt etwas ganz anderes.“ Söder plädierte für einen neuen Aufbruch.

Initiativ werden will die CSU „für eine starke Landwirtschaft“.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred März
91589 Aurach
am 27.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Rampe
91735 Muhr am See
am 16.1.

Bürgermeisterin Barbara Unger
94351 Feldkirchen
am 17.1.

Bürgermeister Gerald Kolb
95463 Bindlach
am 23.1.

Bürgermeisterin Maria Beck
96170 Priesendorf
am 23.1.

Bürgermeister Franz Göbl
84172 Buch am Erlbach
am 25.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Zeiler
84568 Pleiskirchen
am 16.1.

Bürgermeister
Thomas Schneider
91187 Röttenbach
am 20.1.

Bürgermeister
Dr. Wolfgang Fendt
89264 Weißenhorn
am 21.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Glashauser
85609 Aschheim
am 26.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Die „Zukunftskommission Landwirtschaft“, die die Bundesregierung ins Leben gerufen hat, sei ein wichtiger Schritt und eine enorme Chance. Gemeinsam mit den Bauern soll ein starkes Leitbild und ein klarer Entwicklungspfad für den Agrar- und Ernährungssektor in Deutschland erarbeitet werden.

Eigenverantwortliche Risikoversorge treffen

Da die Betriebe eine Möglichkeit brauchen, eigenverantwortlich besser und umfassender Risikoversorge treffen zu können, soll ein staatlich gefördertes Ansparkonto geschaffen werden. „Auf freiwilliger Basis wollen wir Betrieben die Möglichkeit eröffnen, jährlich auf ein Risikorücklage-Konto einzuzahlen. Diese betriebliche Jahreseinlage sollte als Betriebsaufwand steuerlich anrechenbar sein.“

Die deutschen Waldeigentümer sollen dabei unterstützt werden, die Potenziale des Rohstoffs Holz besser zu nutzen. Für Grenzertragsstandorte, auf denen Landwirtschaft kaum kostendeckend möglich ist, soll ein gezieltes Erstaufforstungsprogramm aufgelegt werden.

Stabile Geldpolitik

Zu „Entlastungsoffensive für die gesellschaftliche Mitte“ zählt die Forderung nach einer Zinswende. „Mit ihrer aktuellen Nullzinspolitik belohnt die EZB das Schuldnermachen und bestraft die Sparer“, heißt es im Tagungsbeschluss. Negativzinsen erschweren die Altersvorsorge und steigern die Gefahr von Marktübertreibungen. Deshalb sei es notwendig, dass die EZB ihre Geldpolitik und insbesondere das Inflationsziel überprüft. Die neue EZB-Präsidentin Christine Lagarde müsse erkennen: Aufgabe der EZB ist eine stabile Geldpolitik, nicht eine europäische Ersatzstrukturpolitik.

Entlastung der Sparer

Zudem schwebt der CSU eine Rendite-Offensive gegen die Zinsblockade vor: „Solange die EZB die Entwertung des Sparens nicht beendet, müssen wir national für eine Entlastung vor allem der Sparer mit geringen Einkommen sorgen. Die Negativzinsen, die Banken an die EZB zu entrichten haben, werden als Gebühren an alle Bankkunden weitergegeben. Das wollen wir vermeiden – zum Schutz der Verbraucher. Dafür wollen wir gemeinsam mit den Banken ein Basiskonto für kleine und mittlere Einkommen entwickeln, wobei grundlegende Funktionen wie die Abwicklung von Gehalt und Miete möglichst kostenlos zur Verfügung stehen sollten. Die Belastung der Banken durch unnötige Regulierung wollen wir prüfen und möglichst für Entlastungen sorgen.“

Starker Staat und wehrhafte Demokratie

Um einen starken Staat und eine wehrhafte Demokratie zu gewährleisten, hat die CSU-Landesgruppe Initiativen für mehr innere Sicherheit beschlossen. Straftaten im Internet sollen stärker verfolgt werden, aber auch Clan-kriminalität und gewaltbereite Jugendliche. Die generelle Strafmündigkeit von Kindern soll künftig überprüft und nicht nur

am Alter festgemacht werden.

Die Schleierfahndung, die in den meisten Bundesländern in einem Bereich von 30 Kilometern hinter der Grenze mit unterschiedlicher Intensität praktiziert wird, soll auf 50 Kilometer ausgeweitet werden. Dafür soll die Bundespolizei neues Personal erhalten. Parallel dazu fordert die CSU aber auch einen „Ländervorbehalt“: Polizeien der Länder, wie etwa die 2018 geschaffene bayerische Grenzpolizei, sollen weiterhin die Schleierfahndung an ihren Grenzen zu Nachbarländern ausführen können.

Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsländer

Außerdem möchte die CSU einen neuen Anlauf zur Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsländer von Asylbewerbern nehmen – dieses Mal ohne eine Beteiligung des Bundesrats. Mittels eines einfachen Bundesgesetzes, das auch ohne Zustimmung des Bundesrates gelten würde, soll verhindert werden, dass Länder mit grüner und linker Regierungsbeteiligung das Vorhaben stoppen.

Darüber hinaus sollen Verstöße gegen das Einwanderungsrecht härter als bisher bestraft werden. „Wer abgeschoben ist, muss draußen bleiben. Wer gegen ein Einreiseverbot verstößt, muss umgehend in Haft. Das muss auch für die Dauer der Prüfung eines etwaigen Asylantrags gelten“, heißt es in dem Positionspapier. Auch fordert die CSU alle Länder auf, die für ihre Forderungen notwendigen Abschiebehaftplätze bereitzustellen.

Starke Regionen und Heimat mit Zukunft

„Politik für starke Regionen und eine Heimat mit Zukunft“ bedeutet aus CSU-Sicht neben schnellem Internet und nachhaltiger Mobilität in der Fläche auch eine wirkungsvolle Modernisierung für Krankenhäuser, das Schnüren eines Landarztpakets, eine flächendeckend qualitativ hochwertige Pflege, die Schaffung von mehr Wohnraum sowie energieeffizientes, umweltfreundliches und nachhaltiges Bauen.

Um freiwilliges Engagement für die Gesellschaft stärker zu honorieren, soll ein „Zukunftskonto Engagement“ für all diejenigen jungen Menschen eingerichtet werden, die bis zu ihrem 27. Lebensjahr in einem Bundesfreiwilligendienst, im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres oder eines Deutschlandpraktikums einen gesellschaftlichen Beitrag geleistet haben. Je nach Dauer des Engagements sollen auf diesem Konto bis zu 3.500 Euro bereitgehalten werden, die dann zweckgebunden zu Ausbildungszwecken (Berufsausbildung, Studium, Führerschein etc.) oder zu Weiterbildungszwecken, beispielsweise auch im Ausland, abgerufen werden können.

Renten-Starterkit

Als Staat vorangehen und auf frühzeitige Vorsorge setzen: Die bestehenden drei Säulen der Altersvorsorge sollen laut CSU um eine vierte Säule, einem Renten-Starterkit für jedes Kind, ergänzt werden. Dafür soll der Staat ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind einen Beitrag von 100 Euro pro Monat in einen Generationen-Pensionsfonds einzahlen, der das Geld renditeorientiert anlegt. Mit dem Eintritt in das Rentenalter wird die Starter-Rente zusätzlich zu bestehenden Rentenansprüchen ausgezahlt. Ziel ist es, dass zukünftig jeder aus der neuen vierten Säule der Altersvorsorge kapitalgestützt eine Generationenpensionsfonds-Rente erhält und auf diesem Wege Altersarmut wirksam vermieden wird. DK

**Hanns
Seidel
Stiftung**

Institut für
Politische Bildung

KOMMUNALPOLITIK-TAG

Aktuelle kommunale Themen mit Panels zu
Wohnen, Umwelt, Gesundheit, Mobilität

am Samstag, 25. Januar 2020, 10–15 Uhr

Infos und Anmeldung unter:
► www.hss.de/kommunalpolitik

E-Mail: ipb@hss.de | Hanns-Seidel-Stiftung | Lazarettstr. 33 | München

Freie Wähler sehen sich als „Herzschrittmacher“

Regionale Energiewende ohne Atomkraft, mehr Förderung für die Kommunen beim Hochwasserschutz und die Stärkung des Ehrenamtes: Die Freien Wähler fassten auf ihrer Klausurtagung in der Oberpfalz mehrere Beschlüsse um Kernthemen voranzubringen.

Bei ihrer Winterklausur in Schwarzenfeld hat sich die Freie Wähler Landtagsfraktion mit den Kernthemen ihrer Regierungsarbeit in den kommenden Monaten befasst. Topthemen der Tagung, an der auch der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger sowie die Minister Prof. Dr. Michael Piaolo und Thorsten Glauber teilnahmen: die Sicherung der Beruflichen Bildung, der Ausbau eines dezentralen Hochwasserschutzes in Bayern und eine sozialverträgliche und ökologische Energiewende. Dazu fasste die Fraktion den „Wackersdorfer Beschluss“. Er beinhaltet folgenden Dreiklang: Erstens für die Wirtschaft bezahlbare Strompreise zu garantieren, zweitens die Umwelt zu schonen und drittens die Menschen vor Ort mitzunehmen. So wolle man Unternehmer und Stadtwerke überzeugen, „die eigene Energieversorgung in die Hand zu nehmen“, sagte Aiwanger. Denn um eine echte Trendwende in der Klimapolitik einzuleiten, sei es wichtig, Stromerzeugung, Wärme und Mobilität zusammenzudenken und mit der Entwicklung intelligenter Speichertechnologien zu kombinieren.

Mit Blick auf die jüngsten Proteste der Landwirte betonte Aiwanger: „Wir lassen nicht zu, dass unsere Landwirte an den Pranger gestellt werden.“ Umweltschutz sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bei den Freien Wählern herrschen im Zuge der europäischen Düngeverordnung Zweifel, ob die Nitrat-Messstellen immer am richtigen Standort stehen.

Umweltminister Thorsten Glauber kündigte daher an, die Zahl der Messstellen im Freistaat zu verdoppeln.

Hochwasserschutz

Voranbringen möchten die Freien Wähler im Freistaat den dezentralen Hochwasserschutz. 25 Millionen Euro stehen hierfür im aktuellen Doppelhaushalt. Die Kommunen erhalten derzeit eine Förderung von 75 Prozent für Wasserschutzmaßnahmen bei Gewässern dritter Ordnung. „Wir setzen uns künftig für eine Förderung von 90 Prozent ein, damit wir die Kommunen noch mehr dabei unterstützen können“, sagte Minister Glauber.

Mehr Bürgerbeteiligung

Ebenfalls auf der Agenda während der Klausurtagung: mehr Bürgerbeteiligung, Stärkung des Ehrenamtes sowie berufliche Bildung. Fraktionsvorsitzender Florian Streibl erwartet, dass in zehn Jahren etwa eine halbe Million Menschen fehlen, die als Fachkräfte dringend gebraucht würden. Deshalb müsse man dringend gegensteuern, „weil davon die Wirtschaftskraft abhängt und der Wohlstand in Bayern gefährdet ist“. Zudem betonte er: „Die heutigen Grundschüler werden später zu 65 Prozent in Berufen arbeiten, die es heute noch gar nicht gibt.“ Deshalb sei es wichtig, Schülerinnen und Schüler umfassend auf die zunehmend digital vernetzte Welt und ihre Mechanismen vorzubereiten.

Einladung zum C.A.R.M.E.N.-Forum:

Wald schafft Zukunft!

Das C.A.R.M.E.N.-Forum am 9. März 2020 in Straubing beschäftigt sich mit Gegenwart und Zukunft des Waldes und der Holzverwendung von den gesellschaftlich-sozialen Aspekten des Waldes bis zu innovativen Forschungsansätzen.

Nachhaltige Waldwirtschaft muss den ökonomischen Notwendigkeiten der Waldbesitzer, den ökologischen Bedürfnissen des Lebensraumes Wald und den sozialen Anforderungen der Gesellschaft gerecht werden. Nur wenn die Ressourcen des Waldes in diesem Sinn nachhaltig genutzt werden, kann der Wald in Zukunft mit seinen vielfältigen Funktionen bestehen und begeistern.

Das Forum eröffnet mit einer Diskussionsrunde, bei der Waldbesitz, Forschung, Naturschutz und Forstverwaltung ihre Sichtweise für eine erfolgreiche Zukunftsorientierung mit dem Publikum debattieren. Es folgen Vorträge von Experten der Holzbranche, von innovativen Holzverwendern, von Waldnutzern, der Bioökonomie und der Holzforschung.

Die Veranstaltung weitet den Blick über die wichtige Rolle der Waldbesitzer und zeigt moderne Beispiele der Wald- und Holznutzung. Es wird deutlich, wie das „Generationenprojekt Wald“ Rohstofflieferant zur Klimarettung sein und seine positiven gesellschaftlichen Effekte entfalten kann. Kommunale Bauprojekte zeigen, wie Holz zukunftsorientiert genutzt wird.

Das C.A.R.M.E.N.-Forum wendet sich an Vertreter von Kommunen in ihrer Rolle als Waldbesitzer, Waldbewirtschaftler, Waldnutzer und Bauherren. Der Tagungsbeitrag beträgt 90 Euro, für Beschäftigte bayerischer Behörden gilt ein ermäßigter Beitrag.

C.A.R.M.E.N. e.V. ist die bayerische Koordinierungsstelle für Nachhaltige Rohstoffe, Erneuerbare Energien und nachhaltige Ressourcennutzung. Träger sind das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Kommunen erhalten zu diesen Themen sowie zu Wald, Holz und Holzbau eine kostenlose, neutrale Beratung.

Weitere Informationen: www.carmen-ev.de. □

Gleichzeitig mache es die Digitalisierung noch wichtiger, zwischenmenschliche und soziale Kompetenzen zu stärken. Dafür wolle sich seine Fraktion weiter einsetzen.

In einer Resolution zum Thema Bürgerbeteiligung haben die Freien Wähler bekräftigt, dass sie auf der kommunalen Ebene den Wahlalter absenken wollen. Ziel sei es, dass bei Gemeinde- und Landkreisauswahl junge Menschen aktiv wahlberechtigt sind, wenn sie am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Gratis-Bus für Ehrenämter

Die oberbayerische Abgeordnete Susann Enders betonte, dass es um das soziale Miteinander in Bayern vor allem deswegen so gut bestellt sei, weil es viele Menschen gebe, die sich ehrenamtlich engagierten. Ziel müsse deshalb sein, noch mehr Menschen für ein Ehrenamt zu gewinnen. Die Fraktion verabschiedete eine „Blaulicht-Resolution“, die das Ziel hat, ehrenamtliche Retter stärker zu unterstützen. „Wir wollen, dass geprüft wird, inwiefern Ehrenamtlichen von „Blaulichtgruppen“, analog den Uniformträgern von Polizei und Bundeswehr, die kostenfreie Nutzung des ÖPNV ermöglicht werden kann“, heißt es in einer Resolution.

Die Freien Wähler fordern zudem mehr Anreize, um Ehrenamtliche zu gewinnen: neben dem Abbau bürokratischer Hürden etwa höhere Steuerfreibeträge und die Anrechnung ehrenamtlicher Tätigkeiten bei der Altersvorsorge. Im Bund wollen sie sich dafür einsetzen, dass das Freiwillige Soziale Jahr für junge Leute noch attraktiver wird – indem sie Rentenpunkte bekommen und ihr Engagement auch bei der Bewerbung an der Uni zählt.

Kontakt mit Kommunen

„Über die Diskussionen hinaus, haben wir den Kontakt mit den Kommunen gesucht“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Freien Wähler, MdL Joachim Hanisch. In Gesprächen mit kommunalen Mandatsträgern sei deutlich geworden, dass die Freien Wähler mit ihrem Kurs, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und Bürokratie abzubauen, richtig lägen. Mit Blick auf den Truppenübungsplatz Grafenwöhr zeigte Hanisch Verständnis für die Anrainergemeinden, die den Auswirkungen der militärischen Übungen ausgesetzt sind.

Kurs in der politischen Mitte

Dr. Fabian Mehring, Parlamentarischer Geschäftsführer der Freien Wähler Landtagsfraktion, betonte zum Abschluss der Pressekonferenz, dass seine Fraktion in ihrer Rolle als Regierungspartner einen immensen Professionalisierungsschub durchlaufen habe. Das belege auch der rasante Anstieg an Mitgliederzahlen. Mehring betonte, dass seine Fraktion sich nicht von grüner Hysterie verbiegen lassen und auch weiterhin Kurs in der politischen Mitte halten wolle. „Das macht uns zum Stabilitätsanker für die Staatsregierung.“ Die CSU möge als Herzkammer der Staatsregierung gelten, „aber der Herzschrittmacher sind wir“. red

Wie geht's dem Kommunalwald im Klimawandel?

Stimmungsbilder und Ergebnisse der GZ-Leserumfrage

Der Klimawandel ist in den Wäldern der Städte und Gemeinden angekommen und setzt diesem – mit wenigen Ausnahmen – schwer zu. Ein Ende der Krise ist nicht in Sicht. Bei anhaltender Trockenheit und Hitze sind für die kommenden Jahre noch größere Schäden zu befürchten. Am stärksten betroffen sind die Fichten, bisher unser forstwirtschaftlich bedeutsamster Holzlieferant. Aber auch Kiefern und andere Baumarten, auf die Fachleute bisher im Klimawandel große Hoffnung setzten, weisen gebietsweise erhebliche Schäden auf. Dieses ernüchternde Stimmungsbild ergab die GZ-Umfrage vom Dezember. Sicher ist: Um dem Waldsterben 2.0 etwas entgegenzusetzen, müssen die Wälder umgebaut und die „grünen Lungen“ in den Kommunen gesichert und erhalten werden. Das geht aber nicht von heute auf morgen und schon gar nicht zum Nulltarif. Aber Anstrengung lohnt sich, denn auch hierfür gibt es Beispiele.

Erkennbar groß ist die Spannweite der Rückmeldungen, die überwiegend von Kommunen aus allen Regierungsbezirken Bayerns stammen. Lageberichte kamen aber auch aus Hessen und sogar aus Südtirol. Die Größenklassen erstreckten sich von 2 Hektar bis 2.000 Hektar, die Baumartenverteilung von „fast nur Nadelholz“ über „Mischwald“ bis hin zu „fast nur Laubholz“. Das Schadensausmaß in den vergangenen zwei Jahren reichte von „so gut wie keine Schäden“ bis „vernichtet“.

Die Kommunen wollen jedoch dem Klimawandel nicht tatenlos zuschauen, sondern die Zukunft ihres Waldes selbst in die Hand nehmen und den Waldumbau vorantreiben. Dabei stand die Pflanzung klimatoleranterer Baumarten ebenso auf der Agenda wie deren Begünstigung bei Pflege und Durchforstung.

Chance für neue Baumarten?

Viele tendieren dazu, künftig auch südländischen Baumarten eine Chance zu geben, soweit nicht z.B. Spätfrost entgegenstehen. Auf die Frage, wie Bürger bzw. Gäste diese besorgniserregende Entwicklung erleben, wurde zunächst ein überwiegend großes Interesse am Wald spürbar. Ob der tatsächliche Zustand der Wälder allerdings bereits überall in der Öffentlichkeit angekommen ist, daran darf zum Teil gezweifelt werden.

Nötig ist ein hohes Maß an Aufklärungsarbeit der Gemeinde, um Verständnis und Akzeptanz beim Bürger zu erzielen. Die Umfrage zeigte trotz hohem Leidensdruck nur ganz vereinzelt Konflikte zwischen den Beteiligten. Diese könnten allerdings in Zukunft bei weiteren offensichtlichen Schädigungen zunehmen. Nachstehend eine Auswahl der Rückmeldungen.

Kein „Business as usual“

„Business as usual“ kommt beispielsweise für die Gemeinde Haar (Landkreis München) nicht in Frage. Die vergangenen zwei Jahre seien geprägt gewesen von Schadensereignissen wie Sturmwurf, Borkenkäfer, Eschentriebsterben, Absterben von Bäumen aufgrund von Trocken- und Hitzeschäden. Daraus resultierte ein weit überdurchschnittlicher Aufwand für die Verkehrssicherung und in der Folge für Wiederaufforstungen. Keine größeren Schäden durch Borkenkäfer weist derzeit die oberbayerische Gemeinde Bad Wiessee (Landkreis Miesbach) auf. Dies sei auf die Höhenlage und die häufigeren Niederschläge am Alpenrand zurückzuführen. Auch die Gemeinde Waidhofen (Landkreis Schrobenhausen) darf sich glücklich schätzen, hat ihr kleiner Kommunalwald mit einer Fläche von 2 Hektar, bestehend aus ca. 50 % Laub- und 50 % Nadelwald, „so gut wie keine Schädigungen“.

Anpassung der Wildbestände

Die Stadt Geretsried (Landkreis Bad-Tölz-Wolfratshausen) mit einer Kommunalwaldfläche von

140 Hektar stellt wiederum fest: „Der Waldumbau hin zu noch mehr Mischbaumarten vor allem über natürliche Ansamung kann nur durch eine konsequente Jagd zur Anpassung der Rehwildbestände und damit zur Reduktion des Wildverbisses erreicht werden.“ Die Pflege der Mischbestände sei erforderlich, um die Baumartenvielfalt zu erhalten, zu fördern und die Wälder stabil für Klimaextreme zu machen.

Oberbayern ist die „Insel der Glückseligen“

Der 34 Hektar große Kommunalwald im Markt Diessen am Ammersee (Landkreis Landsberg) hatte 2018 mit großen Trockenschäden zu kämpfen, die teils erst 2019 vor allem an den Buchen sichtbar wurden. Die Borkenkäferschäden waren dagegen vergleichsweise gering, da der Sommer mit ausreichend Niederschlag gesegnet war. Das südliche Oberbayern sei die „Insel der Glückseligen“ gewesen. Einziger Wermutstropfen: der Hagelanschlag im Juni 2019 mit massiven Schäden an Jung- und Altbeständen. „An ein normales Arbeiten im Wald ist bei darniederliegendem Holzmarkt freilich nicht zu denken“, heißt es aus Diessen.

Waldumbau seit 30 Jahren

Der Waldumbau hin zu klimatoleranteren Wäldern sei bereits seit 30 Jahren im Gange und „nicht erst seit ihm die Politik als Wahlkampfthema entdeckt hat“. Der Umbau sei genauso langwierig wie ein Bauleben (80 bis 100 Jahre) und werde in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Waldbesitzervereinigung Landsberg weiter fortgeführt. „Wir verfallen in keine Hysterie bezüglich neuer Baumarten, wie z. B. Zedern oder im Mittelmeerraum vorkommende Eichenarten. Im Alpenvorland werden auch in 50 Jahren noch strenge Fröste das Wachstum dieser Exoten begrenzen.“ „Das Interesse am Wald und seiner Bewirtschaftung steigt mit der öffentlichen Diskussion darüber“, so die Antwort auf die Frage nach den Reaktionen der Bürger. Informationsveranstaltungen und Sammelberatungen erfreuten sich hoher Besucherzahlen.

Entbürokratisierung der Förderung gefordert

Auch aus Sicht der oberfränkischen Gemeinde Kirchenlamitz (Landkreis Wunsiedel) mit ihren ca. 65 Hektar Rechtlerwäldern, die zu 100 % im Naturpark Fichtelgebirge und zu 80 % in Wasserschutzgebieten und/oder Erholungswald seien, „wäre der Wunsch für den Kommunalwald klar: deutliche Anhebung der Förderung und deren Entbürokratisierung“. Die Kommunalwälder könnten nicht alleine als betriebswirtschaftliches Kapital gesehen werden, „sondern die vielfältigen Funktionen bedingen eine ganz andere Ausrichtung der Bewirtschaftung“. „In Anbetracht der Einnahmen werden die Aus-

gaben definitiv nicht kostendeckend möglich sein, wenn alle Ziele erreicht werden sollen.“

Die Stadt Erlangen in Mittelfranken verweist darauf, den Wald schon seit Jahrzehnten durch geeignete Pflege- und Pflanzmaßnahmen in einen klimatoleranten Mischwald umzubauen. Die Anreicherung mit Laubholz und der Erhalt von Tannenspielen hierbei eine wichtige Rolle. Es sei aber auch wichtig, neue Baumarten zu testen. Dies werde derzeit schon mit Douglasie, Esskastanie, Libanonzeder und Atlaszeder gemacht. Insgesamt nutze man viele heimische Baumarten.

Unterfranken – Hotspot des Klimawandels

Unterfranken gilt als Hotspot des Klimawandels in Bayern. Ganz besonders betroffen ist die Fichte dort, wo sie schon bisher außerhalb ihres natürlichen kühl-feuchten „Wohlfühlbereichs“ angebaut wurde: Im Bereich der Fränkischen Platte (Landkreis Main-Spessart) gab es auf einer Waldfläche von ca. 1.050 Hektar eklatante Trockenschäden. Fachleute befürchten gar, dass die Fichte in fünf Jahren verschwinden ist. Lange Trockenperioden und erhöhte Temperaturen im Zuge des Klimawandels schwächen die Fichte und machen sie angreifbar für Schädlinge.

Erschreckende Ausfälle sind auch bei den Buchen zu verzeichnen. Selbst die Eichen sind geschädigt, erweisen sich aber in Dürrezeiten vergleichsweise als immer noch überwiegend vital. Neue Pilzkrankungen wie Diplodia an der Kiefer und Rußrindkrankheit am Ahorn sowie die Massenvermehrung von Schwammspinnern tun ihr Übriges.

Die Fichte verabschiedet sich

„Die Fichte wird sich in den nächsten Jahren verabschieden“, heißt es aus dem Markt Mönchberg (Landkreis Miltenberg) mit einer Waldfläche von 1.250 Hektar. Ähnlich die Situation in der Gemeinde Waldbüttelbrunn (Landkreis Würzburg): Auf einer Waldfläche von 110 Hektar hat die Trockenheit sehr starke Schäden verursacht. Die Fichte ist komplett von Trockenheit und Borkenkäfer vernichtet. Auch Kiefer und Buche, vor allem die alten starken Bäume, sind stark betroffen und viele abgestorben. Die Gemeinde steht für eine langfristige, natürliche Verjüngung des Waldes, „um damit eine möglichst hohe genetische Variabilität zu gewährleisten“. Gepflanzt werden klimatolerante Baumarten wie Elsbeere, Speierling, Eiche, Baumhasel, Esskastanie, Libanonzeder oder Douglasie. Als einziger Umfrageteilnehmer plädiert die Gemeinde für ein „deutliches Umschwenken der Politik hin zu einer klaren Klimapolitik“. Die Aufforstung mit heimischen klimatoleranten Baumarten, sowie die Einbringung fremdländischer Baumarten hat sich auch die Stadt Karlstadt (Landkreis Main-Spessart) auf die Fahnen geschrieben.

Auch in der Stadt Günzburg (1.120 Hektar) weisen die Wälder enorme Schäden auf: Borkenkäfer an der Fichte, Eschentriebsterben und Trockenschäden an allen anderen Baumarten. Die Stadt Krumbach (Landkreis Günzburg) mit ihren 585 Hektar Kommunalwald vermeldet, „von Waldbesuchern immer wieder nach dem Patient Wald gefragt“ zu werden. So lange alles grün sei, nähmen Naturnutzer die

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

2020 ist das Jahr der Kommunalwahlen in Bayern. Der 15. März ist für die meisten Kandidaten der Tag der Entscheidung. In manchen Kommunen wird es auch zu Stichwahlen am 29. März kommen. Schon jetzt steht fest: Die Wähler haben andere Ansprüche als noch vor sechs Jahren.

Bei keiner anderen Wahl sind die Kandidaten näher am Menschen und auf keiner anderen Ebene kann Politik so direkt und bürgernah umgesetzt werden wie in der Kommunalpolitik. Das hat Sonnen- und Schattenseiten für die verantwortlichen Mandatsträger, da politische Erfolge einerseits schnell spürbar sind, andererseits die Bürger ihre Kritik an politischen Entscheidungen auch direkt an die Verantwortlichen zurückspeigeln.



zwischen den turnusgemäßen Wahlterminen. Gleichzeitig sind die Besuchszahlen – und das erlebt jeder gewählte Mandatsträger – in den kommunalen Sitzungen teils verschwindend gering. Hier ist die Kommunalpolitik angehalten, neue Wege zu beschreiten und die veränderten Ansprüche wieder in Einklang zu bringen.

So steht die Kommunalpolitik zunehmend in einem Spannungsfeld zwischen notwendiger Transparenz und zügiger Handlungsfähigkeit bei gleichzeitig gewichtigen Zukunftsentscheidungen.

Zugleich zeigen die aktuellsten Umfragergebnisse auch: Insgesamt genießen die Kommunalpolitiker in Bayern einen guten Ruf und das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den Landräten, Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Ratsmitgliedern ist nach wie vor sehr groß. Das ist auch ein Erfolg des langjährigen Engagements unserer Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), die durch attraktive Veranstaltungen, interessante Aktionen und fachmännische Schulungen für die Mandatsträger ein positives öffentliches Bild von Kommunalpolitikern in Bayern mitgestaltet hat.

Eine bedenkliche Tendenz trübt die durchaus positiven Erhebungen: Eine zunehmende Verrohung des öffentlichen Diskurses, ein rücksichtsloser und teils brutaler Umgang unter den Menschen auf der Straße sowie in den Sozialen Medien. Eine Folge dessen ist jetzt schon spürbar: Immer weniger Bürger sind bereit, für ein politisches Mandat vor Ort zu kandidieren.

Der Schutz unserer künftigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie die Art und Weise, wie Politik im Jahr 2020 auf kommunaler Ebene vermittelt werden soll, das ist eine der Aufgaben für alle Verantwortlichen in Bayerns Kommunen ab dem 15. März 2020. Fest steht schon jetzt: Bürgernahe Kommunalpolitik ist 2020 gefragt.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bürgernahe Kommunalpolitik ist 2020 gefragt!

Dies macht Kommunalpolitik, die zu Recht von vielen als die Königsdisziplin der Politik angesehen wird, so herausfordernd und erfüllend zugleich.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die Wahrnehmung von Politik in den vergangenen sechs Jahren spürbar verändert hat: Die Menschen sind insgesamt kritischer geworden – gegenüber Entscheidungen, Entscheidungsprozessen und insbesondere gegenüber Parteipolitik. Diese Ergebnisse spiegeln sich ebenso in den Städten und Gemeinden wider, wie aktuelle Erhebungen zur Kommunalpolitik in Bayern zeigen. Die Bürger fordern mehr Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse und mehr aktive Beteiligungsmöglichkeiten

Dramatik in solchen Extremjahren wenig wahr. In der Gemeinde Osterberg (Landkreis Neu-Ulm) erkennen Gäste den Naherholungswert des Waldgebiets (254 Hektar) in und um den Ort.

Wälder sind Topthema

Die Situation der (Kommunal-) Wälder und Forstbetriebe im Klimawandel ist für den gesamten bayerischen Forstsektor ein Topthema. Die 21 Verbände und Organisationen der Vertreter der bayerischen Forstwirtschaft haben daher den Klimaholzwürfel als kommunikatives Symbol erstellt und auf die Reise geschickt. Er soll in ganz Bayern auf die Zusammenhänge aufmerksam machen. Auch der „Waldtag Bayern“ am 10. September 2020 in Iphofen wird ganz im Zeichen des Kommunalwalds stehen.

Für die Kommunen heißt es nun, am Thema dranzubleiben, Beratung einzuholen, mit anderen Kommunen Erfahrungen auszutauschen, Rahmenbedingungen zu verbessern und den eigenen Wald aktiv fit zu machen.

Privatwaldbesitzer sensibilisieren

Darüber hinaus wird in den Stellungnahmen, die der Bayerischen Gemeindezeitung vorliegen, vorgeschlagen, dass Kommunen Privatwaldbesitzer sensibilisieren und mit ihnen in der Wald- und Forstwirtschaft kooperieren, zum Beispiel im Rahmen gemeinsamer Pflanzaktionen und Durchforstungen oder beim Schalenwildmanagement. Eine Senkung der Treibhausgas-Emissionen wird als unverzichtbar bezeichnet. Kommunen sollten über die Auswirkungen des Klimawandels auf Wälder und Waldbesitzer, Bürger und Betriebe informieren und alle Beteiligten zu mehr Klimaschutz ermutigen. Und natürlich als Vorbild vorgehen. **DK**

Leserbrief an die GZ

Wir Förster wurden belächelt

GZ Nr. 24/2019, Kommentar auf Seite 3:

Als gelernter Förster möchte ich ein paar Anmerkungen zu Ihrer „Ursachensuche“ machen. Die starke Förderung des Fichtenanbaus in der Vergangenheit hat m. E. mehrere Gründe:

- Gerade nach dem Krieg waren unsere Wälder ausgeplündert (Autarkiestrebungen im Dritten Reich, Reparationslieferungen an Siegermächte). Es galt, möglichst schnell wieder überhaupt „Wald“ auf die Kahlfelder zu bringen, der noch dazu in der Lage war, den Rohstoffhunger für vielseitige Zwecke rasch stillen zu können. Hier war die Fichte sicherlich eine sehr geeignete Baumart. Sie ist leicht anzuziehen und auszupflanzen, hält auch (im Gegensatz zu den allermeisten Laubbaumarten und der Tanne) die häufigen Spätfrost auf Kahlfelder aus, ist im weiteren Bestandsleben sehr „pflegeleicht“ (die Fichte wächst immer gerade) und bietet durch den raschen Wuchs bald vielseitige Nutzungsmöglichkeiten (Stangen, Zaunpfosten, Papierholz ...).

- Die Fichte ist im Gegensatz zu den meisten anderen Baumarten beim Wild wenig beliebt. Durch die von den Nazis begonnene und nach dem Krieg (vielerorts bis heute!) weiter betriebene „Hege“ von überhöhten Beständen an Reh-, Rot- und Gamswild war und ist es vielerorts aufgrund des übermäßigen Wildverbisses schlicht unmöglich, gemischte Wälder ohne sehr aufwändige Schutzmaßnahmen hochzubringen. Der hohe Fichtenanteil ist auch diesen überhöhten Wildbeständen zu „verdanken“, die (fast) nichts außer Fichten haben aufwachsen lassen.

- Die Folgen des Klimawandels werden den meisten Menschen erst langsam durch die er-

lebten Schadereignisse bewusst. Ich kann für meine Generation der Förster mit Fug und Recht behaupten, dass wir niemals reinen Fichtenbeständen oder Wäldern mit sehr hohen Fichtenanteilen das Wort geredet haben, sondern immer standortangepassten Mischwäldern. Leider sind diese Appelle bei vielen ebenso verhallt wie die Warnungen vor negativen Folgen des Klimawandels gerade in fichten- (und auch kiefern-) dominierten Wäldern! Lange wurden wir Förster dafür belächelt bis hin zur Unterstellung, wir bräuchten für unsere Daseinsberechtigung ein neues Schreckensszenario, zumal das angekündigte Waldsterben“ in den 80er Jahren eben auch ausgeblieben sei (dass diese Bedrohung abgewendet werden konnte, weil damals die Politik mit der konsequenten Entschwefelung der Kohlekraftwerke beherzt gehandelt hatte, wird dabei geflissentlich verschwiegen!).

Es ist wichtig, Fehler der Vergangenheit (umfassend!) zu analysieren und Lehren daraus zu ziehen. Das haben wir Förster nach meiner Überzeugung längst getan. Ich hoffe, die Kommunen tun das auch so konsequent, und zwar nicht nur in Bezug auf ihre Wälder. Ich denke da an die Art des Energieeinsatzes in kommunalen Einrichtungen, in den Gewerbebetrieben und bei der Ausweisung von Baugebieten. Ich denke aber auch an den Umgang mit der Fläche an sich (Stichwort Flächenverbrauch, wo zwar viel geredet wird, aber aus meiner Sicht nur wenige Fortschritte zu verspüren sind!) und die Behandlung kommunaler Grünflächen ...

Jeder kann was tun und sollte dabei bei sich selber anfangen!

Alfons Leitenbacher
AELF Traunstein

Keine Entfremdung von ...

(Fortsetzung von Seite 1)

divollumfänglich ausgeschöpft werden, damit die Fläche einen Nutzen davon habe. Hier stünden nun insbesondere die Länder in der Pflicht.

Generell sprach sich der DLT-Präsident für eine neue Verkehrspolitik aus, die ausgewogen Stadt und Land in den Blick nehme und sich am Maßstab gleichwertiger Lebensverhältnisse orientiere. „Die erforderliche Mobilitätswende spielt sich in der Stadt und auf dem Land ab. Die Vision einer autofreien Kommune konzentriert sich allerdings bislang fast ausschließlich auf die Großstädte. Elektrofahrzeuge und andere alternative Antriebe können aber vor allem in der Fläche ein wichtiger Lösungsbaustein sein. Soll Elektromobilität oder die Wasserstofftechnik breite Akzeptanz finden, muss entsprechende Infrastruktur mit Unterstützung von Bund und Ländern noch weiter und verstärkt flächendeckend ausgebaut werden. Auch autonome Fahrzeugkonzepte sollten vorrangig in der Fläche erprobt werden“, unterstrich Sager.

Kreisumlage nach bestem Wissen und Gewissen

Mit Blick auf die jüngere Rechtsprechung zur Kreisumlage und der damit im Zusammenhang stehenden Finanzlage der kreisangehörigen Gemeinden meinte der Landkreistagschef: „Nach dem klarstellenden Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Mai letzten Jahres ist zu hoffen,

dass sich die Diskussion an dieser Stelle beruhigt und die völlig überzogene ‚Erfindung‘ von Verfahrenspflichten der Landkreise bei der Kreisumlagefestsetzung rasch ein Ende findet. Die Festsetzung der Kreisumlage durch die Kreistage erfolgt nach bestem Wissen und Gewissen.“ Die Verfahrensanforderungen könnten die Landkreise selbst gestalten. Die Durchführung eines formalisierten Anhörungsverfahrens sei laut Bundesverwaltungsgericht gerade nicht zwingend geboten. Sager zeigte sich erfreut, dass dies vom OVG Saarlouis bereits in einem ersten Revisionsverfahren nach der Richtfeststellung durch das Bundesverwaltungsgericht konsequent berücksichtigt worden sei.

Festlegung durch den Landesgesetzgeber

Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Mai 2019 entschieden, dass kreisangehörige Gemeinden vor Festlegung der Höhe des Kreisumlagesatzes nicht förmlich angehört werden müssen. Es lasse sich dem Grundgesetz nicht entnehmen, auf welche Weise der Finanzbedarf der von der Kreisumlage betroffenen Gemeinden zu berücksichtigen sei. Daher obliege die Festlegung des betreffenden Prozederes vorrangig dem Landesgesetzgeber. Gebe es derartige Regelungen nicht, müssten die Landkreise entsprechende Verfahrensregelungen treffen. Im Jahr zuvor hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in

einem Verfahren zur Kreisumlage im Landkreis Forchheim ebenfalls ein formales Anhörungsverfahren nicht für notwendig erachtet, um den Finanzbedarf der Gemeinden zu ermitteln.

Gedeihliches Miteinander von Kreisen und Gemeinden

Sager sprach sich vor diesem Hintergrund für ein gedeihliches Miteinander zwischen Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden aus: „Landkreise und Gemeinden sind eine kommunale Familie, in der überörtliche Aufgaben wie die Vorhaltung von Krankenhäusern, Gymnasien und Berufsschulen, Kreisstraßen, des ÖPNV oder die Abfallentsorgung im Interesse und zum Nutzen der Gemeinden von den verwaltungsstärkeren Landkreisen verantwortet werden. Deshalb gilt es, verantwortungsvoll miteinander umzugehen, wobei uns das geltende Recht den Rahmen dazu liefert.“

Wesentlich sei, aus der Rechtsprechung keine neuen Unsicherheiten oder Missverständnisse abzuleiten, sondern sie zu sehen wie sie sei: eine befriedigende Auslegung des geltenden Rechts: „Die Landkreise haben keinerlei Interesse an Konfrontation und Konflikten im kommunalen Raum“, so Sager.

Erneut hat sich der Kommunalverband klar gegen eine mögliche Übernahme kommunaler Altschulden in einzelnen Bundesländern durch den Bund positioniert und stattdessen mehr Zu-

kunftsinvestitionen in gleichwertige Lebensverhältnisse gefordert. Präsident Landrat Reinhard Sager: „Die Bedingungen für eine Altschuldenübernahme sind überhaupt nicht erfüllt. Keines der betroffenen Länder hat sich in den vergangenen Monaten zu seiner Alleinverantwortung für die finanzielle Lage seiner Kommunen bekannt und dargestellt, wie es eine künftige Unterfinanzierung seiner Kommunen unterbinden werde. Es geht zudem bei der Gleichwertigkeit vor allem darum, nach vorne gerichtet etwas für die ländlichen, aber auch für die strukturschwachen Räume zu tun und dadurch das Land zusammenzuhalten sowie einer fortschreitenden Entfremdung von ländlichen und städtischen Räumen entgegenzuwirken. Das rückwärtsgewandte Abtragen kommunaler Altschulden im Ruhrgebiet, in Rheinland-Pfalz und dem Saarland durch den Bund wäre kein zukunftsweisender Beitrag zur Erreichung dieses Ziels. Der Bund sollte nicht die falschen Prioritäten setzen und durch unsolidarisches Verhalten die Ziele der Gleichwertigkeitsdebatte in ihr Gegenteil verkehren.“

Zukunftsorientierung für gleichwertige Lebensverhältnisse

Statt der Altschuldenfrage solle der Bund besser zukunftsorientierte Maßnahmen im Rahmen gleichwertiger Lebensverhältnisse finanzieren, bekräftigte er: „Wir brauchen dringend eine wirksamere Struktur- und eine bessere Förderpolitik. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Mittel für einen besseren und schnelleren Breitband- und Mobilfunkausbau sowie die Verkehrswende, da in diesen Bereichen mit Blick auf den Standort Deutschland und damit Wohl-

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Huml:

Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat wird 2020 weiter ausgebaut

Schwerstkranke Menschen müssen möglichst wohnortnah betreut werden

Die Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen in Bayern wird in diesem Jahr weiter ausgebaut. Darauf hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hingewiesen. Huml betonte: „Wer das Ende des Lebens vor Augen hat, braucht eine einflussreiche und medizinisch hochwertige Versorgung – am besten vor Ort.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Der bedarfsgerechte Ausbau der Strukturen in den Städten und ländlichen Regionen ist mir sehr wichtig. Wir werden deshalb den Ausbau der Hospiz- und Palliativangebote auch in den kommenden Jahren kräftig unterstützen. Unser Ziel ist es, die Angebote langfristig zu verdoppeln. Hierbei befinden wir uns auf einem guten Weg.“

Die Ministerin erläuterte: „Im Jahr 2019 sind in Bayern 16 neue stationäre Hospizplätze entstanden. Außerdem kamen 6 Palliativbetten sowie 5 palliativmedizinische Dienste hinzu.“

Huml ergänzte: „So haben wir erst kürzlich einen Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro für den Bau des stationären Hospizes in Bernau bewilligt. Im Chiemseehospiz, das bereits gebaut wird, sollen bis Herbst 2020 zehn stationäre Hospizplätze entstehen. Darüber hinaus wird das palliativmedizinische Angebot für die Menschen in Mittelfranken und Niederbayern ausgeweitet. So wurde die Palliativstation am Klinikum Ansbach zum 1. Dezember 2019 um zwei Betten auf insgesamt zehn Betten erweitert. Zusätzlich entstanden zwei neue palliativmedizinische Dienste am Klinikum Nürnberg Nord sowie an der Arberlandklinik Viechtach.“

Huml unterstrich: „Schwerstkranke Menschen müssen wissen, dass sie in ihren letzten Tagen nicht alleine gelassen werden und bis zuletzt eine best-

Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern:

Start für neue Projektausschreibung

Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer, gleichzeitig Vorstandsvorsitzende der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern, gibt auch in 2020 den Startschuss für die Förderung von Ehrenamtsprojekten: „Mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern wollen wir neue Initiativen, Projekte und Ideen im Bereich Ehrenamt unterstützen. Ab sofort können sich alle bewerben, die ein solches Projekt durchführen wollen. Sie können eine Fördersumme von bis zu 5.000 Euro erhalten.“

Noch bis 20. März 2020 können Anträge bei der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern eingereicht werden. Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern wurde gegründet, um Freiwilligen vor Ort das bürgerschaftliche Engagement zu erleichtern. Die gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts fördert Projekte, Initiativen, Organisationen und Vereine, die mit zukunftsweisenden Konzepten und Ideen durch ehrenamtlichen Einsatz das Gemeinwohl nachhaltig stärken und unterstützen. Vorstandsmitglieder der Stiftung sind Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer, Professorin Dr. Doris Rosenkranz und Geschäftsführer Ines Al-Kaisi.

Informationen: www.ehrenamtsstiftung.bayern.de/foerderung/projektausschreibung/index.php

stand und Zukunft unseres Landes kraftvoll investiert werden muss.“ Gerade aus Sicht der ländlichen Räume sei dies von großer Bedeutung, die den weit überwiegenden Teil Deutschlands ausmachten.

Mit Blick auf die finanzielle Ausstattung von Landkreisen, Städten und Gemeinden wies Sager darauf hin, dass die Deutsche Landkreistag etwa einen Rechtsstreit um den kommunalen Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz begleitet, über den das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird. „Es geht um die Stadt Pirmasens und den Landkreis Kaiserslautern, die beide mehr Geld vom Land fordern, hergeleitet aus der Gewährleistung des Grundgesetzes im Hinblick auf eine angemessene kommunale Finanzausstattung durch das jeweilige Land“, erläuterte er. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2017 Gemeinden und Land-

kreisen ein Klagerecht eröffnet, wenn das Schutzniveau der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie nach den Landesverfassungen hinter dem des Grundgesetzes zurückbleibe.

Das Land bleibt in der Pflicht

Das Gericht erhalte daher eine weitere Gelegenheit zur Feststellung, dass sich das jeweilige Land nicht aus der finanziellen Verantwortung für seine Kommunen herauswinden könne. „Und genau das meinen wir ebenso in der Frage der Altschulden: Auch hier müssen die Länder für Fehler der Vergangenheit einstehen und die aufgelaufene kommunale Verschuldung gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden abtragen. Das gebietet bereits der gesunde Menschenverstand. Ein Engagement des Bundes wäre deplatziert“, bemerkte der DLT-Präsident. **DK**

Mehr Zukunft wagen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Im Unterschied zu anderen Branchen gibt es hier im Freistaat keinen Nachwuchsmangel. Zu Recht hat das Thema Innere Sicherheit bei der Bayerischen Staatsregierung einen sehr hohen Stellenwert“, unterstrich der Minister.

Der Verrohung unserer Gesellschaft entgegenwirken

Was die zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen in den sozialen Netzwerken gegenüber Kommunalpolitikern, aber auch Mitarbeitern in Verwaltungen oder Behörden anbelangt, müssen diese nach Herrmanns Überzeugung zur Anzeige gebracht und konsequent verfolgt werden. Die Sicherheitsbehörden seien hierzu personell und technisch besser auszustatten. Dem Trend einer immer stärkeren Verrohung in der Gesellschaft könne und dürfe man nicht arglos zusehen.

Anonyme E-Mails könnten zwar oftmals nicht sofort zurückverfolgt werden, doch sei man hier nicht völlig hilflos, wie Herrmann anhand eines aktuellen Falls berichtete. Wiederholt seien in den vergangenen Monaten Droh-E-Mails an Moscheen, Parteizentralen, Medien und andere Einrichtungen in Bayern gesandt und konkrete Drohungen ausgesprochen worden. Die Verfasser hätten unter anderem mit Sprengstoffanschlägen gedroht. Dem bayerischen Landeskriminalamt sei es aber geglückt, die anonym versandten Mails zurückzuverfolgen und die Absender zu ermitteln.

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Auf einem erfolgreichen Kurs sieht Herrmann auch und insbesondere die Integration in Ausbildung und Arbeit von Menschen mit Migrationshintergrund. Der Freistaat hat laut Herrmann die bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote bei Ausländern (Bayern: 6 Prozent; Bundesdurchschnitt: 11,9 Prozent). In keinem Bundesland seien mehr Menschen mit Migrationshintergrund

erwerbstätig (Bayern: 73,7 Prozent; Bundesdurchschnitt: 67,7 Prozent). Herrmann betonte aber auch, dass die Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund (73,7 Prozent) nach wie vor geringer ist als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (81,2 Prozent).

Fachkommission „Zukunft Integration in Arbeit“

Die Integrationsbemühungen von Wirtschaft, Verwaltung, Ehrenamt und weiteren Akteuren sollen daher künftig noch besser koordiniert werden. Auf seinen Vorschlag hin habe der Ministerrat beschlossen, eine ständige Fachkommission „Zukunft Integration in Arbeit“ einzurichten. Dort sollen Fäden zusammenlaufen und die gemeinsamen Anstrengungen der maßgeblichen Akteure auf dem Arbeitsmarkt gebündelt werden, erklärte Herrmann.

Einen herausragenden Stellenwert für die Integration hätten außerdem die Bereiche Ehrenamt und Sport: „Eigenes ehrenamtliches Engagement hilft Migranten, sich sozial zu integrieren. Wer sich etwa bei einer freiwilligen Feuerwehr oder in einem Sportverein engagiert, wird Teil eines Teams und damit Teil unserer Gesellschaft.“ Gleichzeitig profitierten Migranten selbst enorm von der wertvollen Arbeit ehrenamtlicher Helfer, die sich für eine erfolgreiche Integration in Bayern einsetzen. Die Integration durch Ehrenamt und Sport will Herrmann daher weiterhin stärken, etwa in dem Ehrenamtliche vor Ort hauptamtliche Integrationslotsen als starke Ansprechpartner zur Seite gestellt bekommen. „In mittlerweile 86 Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es solche Integrationsprofis, die wir mit bis zu 60.000 Euro fördern.“

Insgesamt seien die Verfahren im Ausländer- und Asylrecht deutlich beschleunigt worden, führte Herrmann weiter aus. Er wertete es als große Leistung des Bundesamtes und der Landesbehörden, dass die Durchschnitts-

dauer bei den behördlichen Asylverfahren inzwischen bei rund drei Monaten liegt.

Herrmann betont die Balance zwischen Humanität und Ordnung: „Rund ein Drittel der Asylansprüche werden positiv verabschiedet, die Abgelehnten müssen im Regelfall unser Land auch wieder verlassen.“ Dazu zählten auch z. B. wegen Drogenhandels und schwerer Körperverletzung vorbestrafte Personen, selbst wenn sie inzwischen einen Arbeitsplatz in Deutschland bekommen haben.

Dagegen gebe es im Falle gut integrierter Flüchtlinge, die aufgrund noch andauernder Asylverfahren bereits einige Zeit in Deutschland leben, durchaus Möglichkeiten, von einer Rückführung nach Antragsablehnung abzusehen. Durch die Regelungen im Rahmen des Migrationspakets seien Regelungen geschaffen worden, mit denen die Möglichkeiten der Ausbildungsdundung noch offensiver angewendet werden könnten und besondere Integrationsleistungen von Asylbewerbern anerkannt werden könnten, ohne dass es zu einer Aufgabe der Trennung von Asyl und Erwerbsmigration durch einen Spurwechsel komme. Sowohl die zentralen Ausländerbehörden als auch das Landesamt für Asyl und Rückführung prüften hier jeden Einzelfall.

Entlastung der Ballungsräume und attraktivere Gestaltung der ländlichen Räume

Als klaren Auftrag an die Politik erachtet Herrmann schließlich weiterhin die Entlastung der Ballungsräume und die attraktivere Gestaltung der ländlichen Räume gerade auch für junge Menschen. Benötigt würden dort vor allem attraktive Arbeitsplätze sowie eine gute Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Internet, Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheit. Wenn dadurch vermehrt junge Menschen aufs Land ziehen, könnten die Entwicklung und die Altersstruktur dort positiv beeinflusst werden. **DK**

Wärmenetze mit Tiefengeothermie ausbauen!

Gemeinsames Impulspapier von VKU, AGFW, BEE und BVG

In Deutschland sind aktuell 37 Tiefe Geothermie-Anlagen in Betrieb, die circa 1,2 TWh klimaneutrale Wärme pro Jahr erzeugen. Die Tiefengeothermie trägt damit bereits heute erheblich zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen und weiterer Luftschadstoffe bei. Um die Emissionsminderungsziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes einzuhalten, bedarf es jedoch zusätzlicher Impulse für die Bereitstellung von klimaneutraler Wärme, wie der Verband kommunaler Verbände e.V. (VKU), der Energieeffizienzverband AGFW, der Bundesverband Erneuerbarer Energie e.V. (BEE) und der Bundesverband Geothermie e.V. (BVG) in einem gemeinsamen Positionspapier darlegen.

Das Leibniz Institut für Angewandte Geophysik (LIAG) bezieht das technische Potenzial der auf Basis von Tiefengeothermie bereitgestellten Wärme bis zum Jahr 2050 auf bis zu 100 TWh pro Jahr. Dies entspricht der Hälfte der Energiemenge, die derzeit für die Bereitstellung von Wärme mit Erdöl aufgewendet wird.

In ihrem gemeinsamen Impulspapier bekennen sich die vier Verbände zu der Zielsetzung, den Ausbau geothermisch gespeister Wärmenetze zu forcieren. Hierzu empfehlen die Verbände folgende Maßnahmen:

1. Eine Novellierung des KWKG mit dem Ziel der Einbindung von

Geothermie in Fernwärmenetze. Besonders hervorzuheben sind die Einführung eines EE-Wärmebonus, die Streichung der Transportkapazitätserhöhung als Bedingung für die Wärmenetzförderung bei Netzumstellungen und die Aufnahme der Anbindung Erneuerbarer-Energien-Wärmeerzeugungsanlagen in die Netzförderkriterien des KWKG.

2. Die Berücksichtigung von erneuerbaren Wärmequellen mit höheren Temperaturniveaus im Programm „Wärmenetze 4.0“. Dazu ist die Maximaltemperatur für das Fernwärmenetz in der Wärmenetze-4.0-Förderung zu streichen.

3. Die Verbesserung der KfW-

Förderung in dem Programm „EE Premium“ (bzw. perspektivisch im Basis-Programm). Insbesondere sollte die Förderung für den Ausbau von Fernwärmeleitungen deutlich erhöht werden, auf ca. 50 Prozent der Baukosten. Für die Bohrkostenförderung ist es wesentlich, die Beschränkung der förderfähigen Bohrungen pro Projekt (aktuell: vier Bohrungen) aufzuheben und die maximale Förderhöhe von 10 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro zu erhöhen sowie die Tiefenbeschränkung von 2.500 Meter entfallen zu lassen.

4. Tiefengeothermische Projekte bedürfen einer verbesserten Absicherung in der Anfangsphase der Investition. Die Etablierung eines Wärmenetztransports-Fonds ist hierfür geeignet. Mit Blick auf die Geothermie sollten die Mittel zur Reduzierung des Fündigkeitsrisikos, zur Durchführung von seismischen Messkampagnen und zur Erforschung des Tiefen Untergrundes bei nicht fündigen Bohrungen eingesetzt werden.

Windstandort Hofolding Forst:

Konzeptionen bleiben in kommunaler Hand

ARGE-Mitglieder stimmen Standortsicherungsvertrag zu
Windgutachten wird erstellt / Bürgerbeteiligung geplant

Der Standortsicherungsvertrag zwischen den Mitgliedern der ARGE Windenergie im Hofolding Forst und den Bayerischen Staatsforsten ist geschlossen. Damit behält die ARGE die kommunale Planungshoheit beim Thema Windenergie im Hofolding Forst, stellt eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Planungsprozess sicher und verhindert Großinvestitionen von Dritten.

Drei Jahre haben die Gemeinden Aying, Brunnthal, Otterfing und Sauerlach sowie die beiden Landkreise München und Miesbach nun Zeit zu prüfen, ob die Errichtung von Windenergieanlagen im Hofolding Forst wirtschaftlich machbar und ökologisch vertretbar ist. So lange soll es nach dem Willen der ARGE aber nicht dauern. Mit ersten Prüfungen wurde Anfang Dezember 2019 begonnen. Doch erst wenn alle Ergebnisse vorliegen, wollen die Beteiligten entscheiden, ob es Windenergieanlagen im Hofolding Forst geben wird.

Windmessung läuft an, artenschutzrechtliche Prüfung folgt

Zum 1. Dezember 2019 wurde die Erstellung eines Windgutachtens beauftragt. Maximal ein Jahr lang soll nun eine Windmessung wesentliche Informationen zum durchschnittlichen Windaufkommen (Windhöflichkeit) im Hofolding Forst liefern und zeigen, ob Windenergieanlagen an dieser Stelle machbar und sinnvoll sind. Sollte bereits vor Jahresfrist absehbar sein, dass die Windhöflichkeit nicht ausreicht, um Windenergieanlagen im Hofolding Forst wirtschaftlich zu betreiben, haben die ARGE-Mitglieder die Möglichkeit, die Windmessung auch vorzeitig zu beenden und sich gegen die Errichtung von Windenergieanlagen im Hofolding Forst zu entscheiden. Nach Abschluss der einjährigen Windmessung soll dann ein detailliertes Windtrags- und Wirtschaftlichkeitsgutachten vorliegen.

Mit Beginn der Vegetationsperiode im Frühjahr 2020 soll zudem die sogenannte spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) beginnen. Sie untersucht potenzielle Standorte für Windenergieanlagen auf ihre Ver-

einbarkeit mit dem Artenschutz. Grundlage für die Prüfung bildet das in Paragraph 44 des Bundesnaturschutzgesetzes festgeschriebene Tötungsverbot.

Nur, wenn sowohl Windtragsgutachten als auch spezielle artenschutzrechtliche Prüfung zu dem Schluss kommen, dass Windenergie im Hofolding Forst machbar ist, werden die ARGE-Mitglieder über das weitere Vorgehen entscheiden. Die Ergebnisse werden für Ende 2020 erwartet.

Inhaltliche und finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Von Beginn an hatten sich die Mitglieder der ARGE zum Ziel gesetzt, ein mögliches Windenergie-Projekt unter intensiver Beteiligung und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger anzugehen. So sollen Bürgerinnen und Bürger über alle Projektstufen hinweg umfangreich und fair beteiligt werden – formell, informell und nicht zuletzt finanziell. Das Bekenntnis der ARGE-Mitglieder, ein mögliches Projekt im Hofolding Forst als Bürger-Windenergieprojekt realisieren zu wollen, wurde nun auch im Standortsicherungsvertrag mit den Bayerischen Staatsforsten ausdrücklich festgehalten.

Mit Augenmaß

Der Sprecher der ARGE Windenergie Hofolding Forst, Brunnthals Erster Bürgermeister Stefan Kern, betonte dazu: „Wir alle sind uns einig, ein mögliches Windenergieprojekt im Hofolding Forst behutsam und mit dem notwendigen Augenmaß angehen zu wollen. Unsere Bürgerinnen und Bürger können sicher sein, dass wir uns mit dem Thema gründlich auseinandersetzen und nicht leichtfertig eine Ent-

scheidung fällen. Der Standortsicherungsvertrag mit den Bayerischen Staatsforsten war ein wichtiger Meilenstein, um weiterhin selbst über mögliche Planungen im Hofolding Forst entscheiden zu können. Jetzt können wir in Ruhe und unter intensiver Einbeziehung unserer Bürgerinnen und Bürger prüfen, ob und falls ja, wie Windenergie im Hofolding Forst umgesetzt werden kann. Das haben wir den Anwohnern fest zugesagt und das können sie von uns auch weiterhin erwarten. Die bestmögliche Verträglichkeit mit unserer wertvollen Flora und Fauna und ein Windenergieprojekt in Bürgerhand stehen für uns an erster Stelle.“

In einem ersten Schritt sind für Frühjahr kommenden Jahres öffentliche Informationsveranstaltungen in Planung. Weitere Schritte sollen Schritt für Schritt folgen. Aktuelle Informationen zu einem möglichen Windenergieprojekt im Hofolding Forst gibt es außerdem immer aktuell unter www.windenergiehofolding-forst.de.

Interkommunale Zusammenarbeit

Bereits im Jahr 2013 hatten die vier Gemeinden Aying, Brunnthal, Sauerlach und Otterfing beschlossen, das Projekt Windenergie im Hofolding Forst in interkommunaler Zusammenarbeit zu entwickeln, und sich dazu in der „Arbeitsgemeinschaft Windenergie Hofolding Forst (ARGE)“ zusammengeschlossen. 2016 traten auf Bitten der Gemeinden auch die Landkreise München und Miesbach der ARGE bei.

Ziel und Geschäftszweck der ARGE ist es, in gemeinsamer Planung Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen. Zudem wurde festgelegt – sofern sich die Windenergienutzung als wirtschaftlich erweisen sollte – den ggf. nachfolgenden Planvollzug so zu steuern, dass die Bevölkerung vor Beeinträchtigungen geschützt, das charakteristische Landschaftsbild erhalten und eine hohe regionale Wertschöpfung erreicht wird. □

5. Anreize für eine kombinierte Strom- und Wärmeerzeugung aus Geothermieanlagen im EEG. Dazu bedarf es der Einführung einer Flexibilitätsprämie für kombinierte Wärme- und Stromprojekte. Hierzu zählen weiterhin eine Befreiung des Pumpenstroms von der EEG-Umlage und eine Veränderung bei der Degressionsregulierung für die Einspeisevergütung.

6. Für die bedeutenden Wärmenetze in Deutschland sollte ein Masterplan Geothermie erarbeitet werden. Dieser sollte die besonderen Potenziale und Rahmenbedingungen der Tiefengeothermie mit Blick auf Planungszeiträume, Projektrisiken und Technologieentwicklung berücksichtigen, wie es z.B. schon in den Niederlanden erfolgt ist. Er sollte die bisherige Studie zur Stromerzeugung aus Geothermie (TAB Sachstandsbericht 2003) um einen Sachstandsbericht zu den Möglichkeiten geothermischer Wärmebereitstellung ergänzen. Hierbei sollten auch die positiven Effekte auf den Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

7. Die Potenziale der Tiefengeothermie sind bisher noch nicht ausreichend bekannt. Dies gilt sowohl für die Energiebranche als auch für die Allgemeinheit. Für eine Berücksichtigung in zukünftigen Investitionsentscheidungen, Gesetzgebungsverfahren aber auch für eine hohe Akzeptanz besteht hier Handlungsbedarf, der nicht ausschließlich durch den kleinen Kreis der gegenwärtigen Betreiber abgedeckt werden kann. Aus diesem Grund sollte eine bundesweite Informationskampagne zum Thema Geothermie durchgeführt werden. DK

SuedOstLink:

Planungen in Bayern schreiten voran

TenneT stellt ersten Antrag zur Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens

Die Planung der Gleichstromverbindung SuedOstLink geht in die nächste Phase: Für einen Teilbereich im Abschnitt zwischen Hof und Pfreimd stellt der Bayreuther Übertragungsnetzbetreiber TenneT den ersten Antrag auf Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens bei der Bundesnetzagentur. Nach § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) enthalten die Unterlagen einen konkreten Trassenvorschlag sowie in Frage kommende Alternativen für den Bereich zwischen Münchenreuth (Landkreis Hof) und Marktredwitz. Im Januar 2020 wird die Antragseinreichung für den Teilabschnitt zwischen Marktredwitz und Pfreimd folgen. Damit wird nun das Verfahren eingeleitet, an dessen Ende der flurstückscharfe Verlauf der Erdkabelverbindung entschieden wird.

Als Voraussetzung für den Beginn des Verfahrens hatte die Genehmigungsbehörde mit Abschluss der Bundesfachplanung den Korridor für den Abschnitt zwischen Hof und Pfreimd verbindlich festgelegt, in dem der SuedOstLink zukünftig verlaufen soll. Auf Grundlage der Hinweise aus der Öffentlichkeit und weiterer Daten hat TenneT einen ersten Vorschlag für den Trassenverlauf und in Frage kommende alternative Verläufe innerhalb des Korridors erarbeitet. Um den ambitionierten Zeitplan bis 2025 einzuhalten, wurden die Planungen bereits parallel zur Bundesfachplanung angestoßen.

Die Bundesnetzagentur wird die eingereichten Unterlagen auf Vollständigkeit prüfen und anschließend Antragskonferenzen ausrichten, zu denen Träger öffentlicher Belange, Umweltverbände und Landesbehörden eingeladen werden. An den öffentlichen Antragskonferenzen werden auch interessierte Bürgerinnen

und Bürger teilnehmen können. Der SuedOstLink soll ab 2025 als Gleichstrom-Erdkabelverbindung die windreichen Regionen Ostdeutschlands mit Bayern verbinden. Die Verbindung wird in Wolmirstedt bei Magdeburg beginnen; Endpunkt ist der Bereich am Kernkraftwerk Isar bei Landshut. TenneT ist für die Planungen in Bayern verantwortlich, 50Hertz für den nördlichen Teil bis zur bayerischen Grenze. Die beiden bayerischen Abschnitte C und D werden für die Planfeststellung in weitere Teilabschnitte aufgeteilt, für die die Vorhabenträger jeweils separat die Anträge auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG stellen.

Unter www.tennet.eu/de/suedostlink finden sich Karten zum Trassenvorschlag und den in Frage kommenden Alternativen sowie Erläuterungen zu allen Themen rund um die Planung von SuedOstLink und die Termine der anstehenden Bürger-Informationsveranstaltungen. □

Keine Power mehr?

Komm zu erdgas schwaben!



Echt fairer Strom.

erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah



Nahmen die Auszeichnung als Wasserstoffregion in Berlin entgegen: Peter Dreier, Landrat des Landkreises Landshut, Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg und Robert Fröschl, Referatsleiter „Energie, Mobilität und verkehrliche Infrastruktur“ am Landratsamt München. Bild: LRA München

Erste Wasserstoffregion in Bayern

„HyBayern“ Verbundregion Landshut – Ebersberg – München gewinnt Förderwettbewerb und übernimmt Vorreiterrolle in der Anwendung „grüner“ Wasserstofftechnologie

Die Landkreise Landshut, Ebersberg und München sind mit dem interkommunalen Projekt „HyBayern“ als Gewinner des vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) initiierten Wettbewerbs „HyLand – Wasserstoffregionen in Deutschland“ hervorgegangen.

Nunmehr wurden sie in Berlin von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer in der Kategorie „HyPerformer“ ausgezeichnet und erhalten damit vom Bund Fördermittel in Höhe von bis zu 20 Millionen Euro für Beschaffungen von Wasserstoffherstellungsanlagen, Distributionslogistik und Wasserstoff-Brennstoffzellen-Elektrofahrzeugen.

Geschlossener Kreislauf

Im Projekt „HyBayern“ wollen die drei Landkreise gemeinsam mit Verkehrsbetrieben, Energieversorgern, Industrie, Gewerbe und Handwerk einen vollständig geschlossenen, mit in der Region gewonnenem „grünen“ Strom betriebenen Wasserstoffkreislauf von der Erzeugung bis zum Verbrauch implementieren. Als Endabnehmer kommen insbesondere Bus- und Lkw-Flotten in Frage, aber auch die industrielle Logistik innerhalb von Betrieben und Fuhrparkfahrzeuge für Unternehmen sind ein wichtiges Zielfeld.

Grüner Wasserstoff für emissionsfreie Mobilität

Durch die Nutzung des grünen Wasserstoffs (H₂) als Kraftstoff für den Betrieb von bis zu 70 neu zu beschaffenden Wasserstoff-Bussen, Lkw und Pkw sowie 70 Wasserstoff-Flurförderfahrzeugen wie Hubwagen oder Gabelstapler können jährlich mindestens 4.500 Tonnen CO₂ im Verkehr eingespart werden. „Die Förderung der „Wasserstoffregion Landshut Ebersberg München“ ist im Bereich der Mobilität ein wichtiger Innovations-schub für die Energiewende im Landkreis Ebersberg. Insgesamt wird die Region „HyBayern“ im Herzen der Metropolregion München zum Ankerpunkt für eine zukünftige grüne Wasserstoffwirtschaft. Sie wird den Technologiestandort weiter aufwerten und eine Vielzahl neuer, attraktiver Arbeitsplätze in die Region ziehen“, freut sich Landrat Robert Niedergesäß aus dem Landkreis Ebersberg über die Anerkennung.

Frühwarnsystem ASTROSE soll Störungen vermeiden:

Sensoren erkennen Vereisung

LEW Verteilnetz (LVN) und das Fraunhofer IZM testen deutschlandweit erstes Eislast-Monitoring an einer 110-kV-Hochspannungsfreileitung bei Donauwörth

Starke Eisbildung an den Leiterseilen einer Freileitung kann zum Problem werden: Löst sich eine kräftige Eisschicht, etwa durch einen starken Windstoß, kann ein Leiterseil in Schwingung geraten und weitere Leiterseile berühren oder ihnen so nahe kommen, dass es zu einem Stromüberschlag kommt. Im Stromnetz kann dies dann zu einer Spannungsschwankung oder sogar einem Ausfall führen. Außerdem hängen Leiterseile bei Vereisung stärker durch. Bei sehr starker Eisbildung können die erforderlichen Sicherheitsabstände zu Objekten am Boden unterschritten werden.

Die LEW Verteilnetz GmbH, Betreiber des Stromverteilnetzes in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns, testet nun gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration IZM und Fraunhofer Institut für Elektronische Nanosysteme (ENAS) das sensorgestützte Autarkes Stromsensoren-System (ASTROSE) deutschlandweit erstmalig zur Früherkennung von Vereisungen.

Algorithmus warnt vor drohender Vereisung

Dafür wurden auf Leiterseilen an sechs Maststandorten einer nördlich von Donauwörth verlaufenden Freileitung ASTROSE Sensoren angebracht: Sie messen Temperatur, Neigungswinkel sowie die Stromstärke eines Leiterseils. Über eine Richtfunkverbindung werden die Daten der Sensoren alle 15 Minuten an ei-

nen Rechner übertragen, der sie in einer Datenbank speichert und entsprechend aufbereitet. Ein Algorithmus prüft, ob die Daten auf eine Vereisung hindeuten. Das System gibt bei drohender Vereisung eine Warnmeldung ab, bei Überschreiten bestimmter Parameter wird ein Alarm ausgelöst. Die Hinweise des Systems laufen in der rund um die Uhr besetzten Netzleitstelle von LVN in Augsburg auf. Bei Bedarf können die diensthabenden Ingenieure Mitarbeiter der Betriebsstelle vor Ort informieren, die dann die Leiterseile vom Eis befreien.

Feldtest bis Frühjahr 2021

Den Feldtest führen LVN und das Fraunhofer IZM auf einem rund 1,5 Kilometer langen Leitungsabschnitt einer 110-kV Hochspannungsfreileitung nördlich von Donauwörth, nahe der Ortschaft Fünfstetten durch. In dem

Gebiet kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Vereisungen an den Leitungen.

Beitrag zur Versorgungssicherheit

„Wir bieten unseren Netzkunden eine im deutschland- und bayernweiten Vergleich überdurchschnittlich hohe Versorgungsqualität. Darauf sind wir als Betreiber eines Stromnetzes in einer sehr ländlich strukturierten Region stolz“, sagte LVN-Geschäftsführer Josef Wagner. „Neben hohen Investitionen in die Infrastruktur sowie kontinuierlichen Leitungsrollen und Ausstarbeiten sind es auch neue Technologien, die auf die hohe Versorgungsqualität einzahlen.“

„Unser ASTROSE-System ist bereits beim Temperatur-Monitoring für Freileitungen im Einsatz und trägt dazu bei, dass die Betriebsmittel optimal ausgelastet werden können“, sagt Carsten Brockmann vom Fraunhofer IZM. „Nun untersuchen wir gemeinsam mit LVN mit dem Eislast-Monitoring einen weiteren Anwendungsfall, der zu einer Verbesserung der Versorgungssicherheit beiträgt.“

fungskette aufstellen, wir werden auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten – in der Region und vielleicht sogar weltweit“, so Christoph Göbel, Landrat des Landkreises München.

Zahlreiche Partner

Am Projekt sind neben den drei Landkreisen auch der Initiator WasserstoffRegion-Landshut e.V. sowie 16 kleine und mittelständische Betriebe, ein Großunternehmen, eine Stadt, zwei Gemeinden, zwei Stadtwerke sowie eine Energieagentur als Partner beteiligt.

Unterstützt wird „HyBayern“ von insgesamt 22 Unternehmen, Verbänden, Hochschulen und Gebietskörperschaften, darunter fünf Großunternehmen und vier Hochschulen. 45 Millionen Euro bringen die Landkreise und vor allem die beteiligten Unternehmen in das Projekt ein.

Die zusätzlichen Fördergelder aus dem Verkehrsministerium fließen in die Beschaffung von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie und werden direkt an die jeweiligen Projektpartner ausbezahlt. „Wir sind stolz und glücklich, dass wir uns mit diesem interkommunalen und höchst ambitionierten Projekt gegen anspruchsvolle Mitbewerber durchsetzen konnten. Jetzt gilt es anzupacken und dafür zu sorgen, dass der Leuchtturm „HyBayern“ bald die erhoffte Strahlkraft entwickelt“, bemerkt Landrat Peter Dreier aus dem Landkreis Landshut bei der Preisverleihung.

Bereits über 7.200 Anträge für das Photovoltaik-Speicher-Programm

Aiwanger: „Bayerns Bürgerinnen und Bürger wollen bei der Energiewende mit anpacken. Wir unterstützen sie dabei!“

„Der Freistaat wird einmal mehr seiner Rolle als Sonnenland gerecht. Mehr als 7.200 Anträge sind seit Beginn des Photovoltaik-Speicher-Programms eingegangen. Das zeigt, dass wir die richtigen Anreize setzen. Statt die Bürger mit Verboten und Kosten zu belasten, unterstützen wir sie aktiv, einen konkreten Beitrag zum Klimaschutz zu leisten“, erklärt Bayerns Wirtschafts- und Energie-minister Hubert Aiwanger zu den aktuellen Antragszahlen.

Seit dem 1. August 2019 können Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern eine bayerische Förderung für neue Stromspeicher in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage beantragen. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, einen Zuschuss für die Installation einer privaten Ladestation für Elektrofahrzeuge zu erhalten. Aiwanger freut sich über die rege Teilnahme am Förderprogramm: „Die Bürgerinnen und Bürger wollen bei der Energiewende mit anpacken. Diesen Schwung nehmen wir mit ins neue Jahr



Von links: Dr. Josef Lipp, verantwortlich für den Bereich neue Geschäftsfelder bei Energie Südbayern, Helmut Schmidbauer und Sebastian Ranner (Geschäftsführung INNergie) sowie Bürgermeister Rainer Auer. Bild: GZ

Klimafreundliche Mobilität aus 100 Prozent Wasserkraft

INNergie verfügt nun über sechs Ladesäulen

Der regionale Energieversorger INNergie macht die Region fit für die Elektromobilität und verfügt nun über insgesamt sechs Ladestationen in Kolbermoor, Oberaudorf, Raubling, Schechen und Stephanskirchen. Dort sind sogar zwei Ladestationen aufgestellt; eine befindet sich direkt am Rathaus, die zweite ist in unmittelbarer Nähe des Sportplatzes gut erreichbar positioniert.

An den Ladesäulen können jeweils die Akkus von zwei E-Autos mit einer Leistung von 22 kW gleichzeitig geladen werden. ‚Getankt‘ wird ausschließlich Ökostrom aus 100 Prozent Wasserkraft. In Verbindung mit dem umweltfreundlichen Elektroantrieb macht das die E-Mobilität in der Region lokal emissionsfrei und nachhaltig. Fahrer von Elektroautos im Landkreis Rosenheim und

Umgebung haben somit künftig mehr Möglichkeiten, günstigen und CO₂-freien Strom für ihre Fahrzeuge zu tanken.

Elektromobilität ist Teil einer neuen Energiewelt

Rainer Auer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Stephanskirchen, freut sich, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie auch Durchreisende von der zusätzlichen Lademöglichkeit der Region profitieren: „Die Energiewende klappt nicht ohne Verkehrswende. Die Elektromobilität ist Teil einer neuen Energiewelt. Mit unseren Ladestationen bringen wir diese in der Region voran, denn eine gut ausgebaute, flächendeckende Ladeinfrastruktur ist ein enorm wichtiger Baustein für die Akzeptanz der E-Mobilität. Wir setzen ein Zeichen, dass wir als Gemeinde das Thema ‚Verkehrswende‘ angehen und aktiv gestalten.“

Intelligente Lösungen für kommunale Partner

Geplant und errichtet wurde die Ladestation von INNergie. Der regionale Energieversorger übernimmt zudem den Betrieb der Anlage. Helmut Schmidbauer, einer der beiden Geschäftsführer, zieht ein sehr positives Resümee im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden: „Wir bieten kommunalen Partnern intelligente Ladelösungen für eine moderne und vorausschauende Verkehrsplanung“, so Schmidbauer. Dies bestätigt auch Sebastian Ranner, der ebenfalls Geschäftsführer der INNergie ist: „Von der Planung über die Umsetzung bis hin zum Betrieb der Anlage übernehmen wir sämtliche Leistungen – und das immer in enger Abstimmung mit den Gemeinden und anderen Projektbeteiligten. Die Nutzung der Ladesäule ist denkbar einfach: Freigeschaltet wird die Ladestation mittels einer Smartphone-App oder einer RFID-Karte im Scheckkartenformat.“ Durch die Integration der Ladesäulen in den Roaming-Verbund von ladenetz.de können alle Fahrer von Elektroautos ihre Fahrzeuge dort laden.

Die INNergie GmbH ist ein gemeinsames Unternehmen der Gemeinden Brannenburg, Flintsbach, Kolbermoor, Oberaudorf, Raubling, Rohrdorf, Schechen und Stephanskirchen, der Stadtwerke Rosenheim und der Energie Südbayern GmbH. Die beiden Gesellschafter Stadtwerke Rosenheim und Energie Südbayern – beide ebenfalls in kommunaler Hand – stehen für fundierte energiewirtschaftliche und technische Expertise.

Weitere Informationen und die Antragsplattform finden sich auf der Programmseite www.energiebonus.bayern.

Energieallianz Bayern nimmt Windpark Adorf in Betrieb

Die Energieallianz Bayern nimmt den Windpark Adorf in der Gemeinde Diemelsee (vgl. Bild links) in Betrieb. Nach einer neunmonatigen Bauphase speisen die beiden Windkraftanlagen vom Typ Nordex N131 mit einer Gesamtleistung von 6,6 MW seit 06.01.2020 ins öffentliche Netz ein.

Geschäftsführer Ulrich Geis erklärte hierzu: „Mit vereinten Kräften haben wir mit der Firma Nordex und dem Planungsteam der ABO Wind AG das Projektziel fristgerecht erreicht. Dafür gilt allen Beteiligten unser Dank! Mit dem Windpark Adorf leisten wir mit 17 Millionen kWh einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz und zum Gelingen der Energiewende.“

Die Energieallianz Bayern betreibt nunmehr fünf Windparks mit einer Gesamtleistung von 62 MW. Asset Management und kaufmännische Betriebsführung für den Windpark Adorf führt die Energieallianz Bayern in Eigenregie durch.



RENEXPO Interhydro in Salzburg:

Neue Entwicklungen in der Wasserkraft

Erneut hat die RENEXPO Interhydro in Salzburg aufgezeigt, welchen Beitrag Wasserkraft zu einer sicheren, nachhaltigen, bezahlbaren und klimaneutralen Energieversorgung leistet. Auch 2019 bot Europas Treffpunkt der europäischen Wasserkraftbranche eine einzigartige Plattform für Wissenstransfer, Erfahrungsaustausch und neue Kontakte. Mit 125 Ausstellern, mehr als 300 Kongressteilnehmern und rund 2.500 internationalen Besuchern setzte die Veranstaltung ihre Erfolgsgeschichte fort.

Unter dem Motto „Wasserkraft braucht Politik braucht Wasserkraft“ informierte die RENEXPO Interhydro über politische Rahmenbedingungen bei der Nutzung der Wasserkraft, den Stand der Technik und aktuelle Entwicklungen. Der zweitägige Kongress behandelte Themen wie ökologische Aspekte der Wasserkraftnutzung und deren Ausbau, das flexible Einsatzspektrum der Wasserkraft zur Grundlastversorgung und als Energiespeicher, Best Practice und Technik im Kraftwerksbau sowie bei Instandhaltung und Modernisierung. Darüber hinaus wurden Details zu Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung von Wasserkraftanlagen, umgesetzte Projekte, Praxiserfahrungen, Anlagen-Komponenten und Innovationen vorgestellt.

Energie-Talk

Im Rahmen des Energie-Talks erörterten renommierte Vertreter aus Politik und Verbänden, darunter Dr. Herfried Harreiter, Leiter Asset Management der Verbund Hydro Power GmbH, Dr. Axel Berg, Vorsitzender des Vor-

stands Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden Württemberg e.V. sowie Coautor des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft die Verbindung von Wasserkraft und Politik.

Nachhaltig, sicher, innovativ

Die Einbindung der Wasserkraft in das zukünftige Energiesystem war ein zentrales Thema des diesjährigen Kongresses. So thematisierte die 5. Internationale Konferenz „Wasserkraft und Energiespeicher“ die Wasserkraft im zukünftigen Energiesystem im Spannungsfeld zwischen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Innovation. Die Konferenz zeigte die Potenziale von Wasserkraft und Energiespeichern in der EU auf und stellte neue technologische Entwicklungen in Bereichen wie Digitalisierung, Sektorkopplung und Wasserstoffnutzung vor. Blockchain als ein Treiber in der Energiewende sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserkraft bildeten weitere hochaktuelle Themen.

Aufgrund ihrer technischen Voraussetzungen eignen sich Kleinwasserkraftwerke optimal zur Bereitstellung von 100 % erneuerbaren Strom für eine emissionsfreie Elektromobilität. Durch die Errichtung von E-Tankstellen bei Kleinwasserkraftwerken können die bestehende Netzinfrastruktur genutzt, Netzverluste minimiert und damit eine effiziente Bereitstellung von 100 % Ökostrom garantiert werden. In dem Seminar „Errichtung und Betrieb von E-Tankstellen an Kleinwasserkraftwerken“ wurde u.a. diskutiert, welche rechtlichen und finanziellen Fragen zu klären und welche Zusatzangebote für eine hohe Kundenfrequenz förderlich sind.

Internationale Märkte

Mit dem 3. Osteuropa-Wasserkraftforum und dem Seminar „Wasserkraft in Afrika und Lateinamerika“ wurden auch in diesem Jahr internationale Märkte vorgestellt. Beim 4. Europäischen Wasserkraft-Verbandetreffen standen wiederum europäische Projekte und Initiativen wie die Technology Roadmap im Fokus.

Nach Auffassung der Verbände wird in der aktuellen Diskussion um Klimaschutz und Energiewende ein wichtiger Teil der Lösung häufig übersehen: Die heimische Wasserkraftnutzung und deren ökologisch vertretbarer Ausbau. Stattdessen führten immer neue gesetzliche und ökologische Auf-

lagen sowie kostspielige Genehmigungsverfahren dazu, dass die langlebigste und kontinuierlichste Form der erneuerbaren Stromerzeugung – die heimische Wasserkraft – mit steigenden Kosten zu kämpfen hat. Dabei wächst der Beitrag der Wasserkraft zur gesicherten Grundlastversorgung mit Strom mit jeder Kilowattstunde, die durch Abschaltung von thermischen Kraftwerken weniger erzeugt wird.

Mehr Rückhalt aus der Politik

Die Anlagenbetreiber der rund 10.000 Wasserkraftwerke in Süddeutschland und Österreich bieten sich somit als ein wichtiger Teil der zukünftigen Energieversorgung an. Dafür braucht es allerdings deutlich mehr Rückhalt aus der Politik.

Strom aus Wasserkraft leistet traditionell und zunehmend einen substantiellen Beitrag zur sicheren Grundversorgung aus regenerativ erzeugtem Strom rund um die Uhr. In Bayern liefert die Wasserkraft etwa 14 Prozent der gesamten Stromerzeugung und rund ein Drittel der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. In Baden-Württemberg trägt die Wasserkraft knapp acht Prozent zur Gesamtstromerzeugung bei, wobei der Anteil der regenerativen Stromerzeugung ebenfalls fast ein Drittel entspricht. In Österreich beträgt der Anteil der Wasserkraft sogar zwei Drittel der Gesamtstromerzeugung.

„Wichtig wäre es, den Menschen von politischer Seite aus das Machbare in Sachen CO₂-freier Energieversorgung mit Sonne, Wind, Wasser und Biomasse möglichst sachlich und verständlich zu erläutern und über die Notwendigkeiten im Hinblick auf Klimaschutz und Energiewende

zu informieren“, appellierten die Verbände an die Politik.

Vielfältiger Einsatz

„Ähnlich wie sie in früheren Jahrhunderten der wirtschaftlichen Entwicklung diente, kann die Wasserkraft nunmehr einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten“, zeigten sich die Branchenvertreter überzeugt. Sie appellierten an die politischen Vertreter, die Wasserkraft in ihrer Bedeutung nicht klein zu reden, sondern sie tatkräftig im Bestand und beim ökologisch vertretbaren Ausbau zu unterstützen und in ihrer Akzeptanz zu stärken.

Die Vorteile der Wasserkraft lägen auf der Hand und reichten von CO₂-Vermeidung für den Klimaschutz über die Versorgungssicherheit (Grundlastfähigkeit, Regelmäßigkeit, Schwarzstart-, Inselbetriebs-, und Speicherfähigkeit) bis hin zur Ressourcenschonung sowie zur Einsparung von Leitungskapazitäten und Übertragungsverlusten durch regionale Nähe.

Appell der Verbände

„Wer Klimaschutz und Energiewende ernsthaft will, kommt um die Nutzung der heimischen Wasserkraft nicht herum. Das geht nur im Schulterschluss von Politik, Gesellschaft und Wasserkraftbetreibern. Die Wasserkraft muss als essentieller Teil des regenerativen Ganzen betrachtet werden“, so der Appell der Verbände.

Die Verbände bekennen sich zu einer ökologischen Nutzung der Wasserkraft, denn Wasserkraftnutzung und Umweltschutz sind Partner. Umweltauflagen,

die über nachweisbar wirkungsrelevante Grenzen hinaus eingefordert werden, führten aber zur Unwirtschaftlichkeit und letztendlich zur Stilllegung von Anlagen. Verlierer seien dann Umwelt, Natur und auch die Energiewende.

Die Verbände sind sich sicher, dass mit gemeinsamer Anstrengung und politischem Willen das vorhandene Potenzial der Wasserkraft ökologisch vertretbar genutzt werden könnte, sei es in Form von Revitalisierungen, Modernisierungen oder auch Erweiterungen und ökologisch fortschrittlichen Neubauten. Die verfügbaren finanziellen Mittel müssen zielgerichtet zur nachhaltigen Nutzung der Gewässer mit größtmöglichem Nutzen für Mensch, Natur und Wirtschaftlichkeit eingesetzt werden, so die Botschaft der Verbandsvertreter an die Politik.

Wasserkraft und Ökologie

Wie sich Wasserkraft und Ökologie bestmöglich miteinander in Einklang bringen lassen, war Inhalt der „7. Fachkonferenz: Gewässerökologisch verträglicher Wasserkraftausbau“. Die aktuelle Situation in verschiedenen Wasserkraft-Regionen, rechtliche Rahmenbedingungen, technische Vorgaben und neueste Entwicklungen beim Monitoring als auch Sonderthemen wie die Umweltgelder und umgesetzte Ausgleichsmaßnahmen in Südtirol wurden hier vorgestellt.

Im Block II „Wasserkraft im Einklang mit der Fischpopulation“ standen besonders die Themen Fischschutz, Fischableitung und Fischabstieg im Zentrum. Ergänzend hierzu besichtigten die Teilnehmer gemeinsam das Salzachkraftwerk Salzburg/Lehen. DK

Plädoyer:

Schleichenden Ausstieg aus der Wasserkraft stoppen!

Von Maximilian Faltlhauser, Geschäftsführer HSI HYDRO ENGINEERING GMBH*

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen. Der Kohleausstieg wird gegenwärtig diskutiert. Worüber jedoch nicht gesprochen wird, ist der schleichende Ausstieg aus der Wasserkraft. Trotz eines breiten programmatischen Bekenntnisses zur Wasserkraft, wird die Wasserkraft im Alltag schrittweise verdrängt und aufgegeben:

1) Im Zuge von Genehmigungsverfahren entsteht regelmäßig eine Unwucht im Abwägungsprozess. Lokale Umweltschutzaspekte werden – weil deutlich konkreter und anschaulicher – re-

gelmäßig viel stärker gewichtet, als der abstrakte und global wirkende Klimaschutzaspekt. Lokale Behörden sehen sich vor allem in der Verantwortung gegenüber ihrem lokalen Zuständigkeitsbereich und weniger als globaler Schützer des Weltklimas. Somit sticht lokaler Umweltschutz regelmäßig den globalen Klimaschutz aus.



Maximilian Faltlhauser. □

2) Hinzu kommt ein zahlenmäßiges Ungleichgewicht. Vor allem Fischereiverbände sind vor Ort zahlenmäßig in der Übermacht. Hierbei entsteht unwei-

gerlich der Eindruck einer wasserkraftkritischen, lokalen, demokratischen Mehrheit vor Ort. Eine nationale stumme Mehrheit von Wasserkraftbefürwortern tritt bei konkreten Projekten nicht in Erscheinung. Auch für die Wasserkraft gilt das Dilemma des Floriansprinzips (Nimby: not-in-my-backyard), wenn es an die Projektumsetzung vor Ort geht.

3) Im EEG sind leicht sinkende Einspeisevergütungen für die kleine Wasserkraft festgeschrieben. Von sinkenden Investitionskosten wie in der Photovoltaik und der Windenergie kann jedoch in der Wasserkraft nicht die Rede sein. Skaleneffekte und Technologieersparnisse greifen bei einer hundert Jahre alten Technologie nicht. Zudem ist fast jede Anlage ein Unikat, das auf die spezifische Wassermenge, die Fallhöhe und die örtlichen und teils historischen Gegebenheiten angepasst werden muss.

Wasserkraft ist material- und personalintensiver Anlagenbau mit entsprechend steigenden Kostenstrukturen. Jedes Jahr werden damit schleichend immer mehr Standorte unwirtschaftlich, obwohl sie über eine extrem hohe nationale Wertschöpfung verfügen.

Im Zuge der Energiewende entsteht eine neue Energiewelt. Es gibt stichhaltige Argumente dafür, dass Wasserkraft ein wichtiger Baustein dieser neuen Energiewelt sein kann und sein sollte:

1. Wasserkraft ist zu 100 % CO₂-neutral. Lokalem Umweltschutz wird zunehmend durch technologische Verbesserungen Rechnung getragen und steht im Verhältnis zu anderen erneuerbaren Energieerzeugungstechniken in nichts nach.

2. Wasserkraft ist eine idealtypische Ergänzung zu volatiler Stromerzeugung aus Wind und Sonne und reduziert damit den Bedarf an erneuerbarer Erzeugungs- und Speicherkapazität nachhaltig.

3. Dezentrale Wasserkraft wirkt sich deutlich stabilisierend auf die Stromnetze aus und reduziert erheblich die Kosten für den Netzausbau und der Netzstabilisierung. □

*HSI Hydro Engineering GmbH ist ein innovatives deutsches Unternehmen, das sich auf die Herstellung von Kleinwasserkraftanlagen (Kaplanturbinen) spezialisiert hat. Wir appellieren an alle politisch Beteiligten in der anstehenden politischen Debatte den schleichenden Ausstieg aus der Wasserkraft zu stoppen und faire und verlässliche Rahmenbedingungen für die Wasserkraft im allgemeinen und der kleinen Wasserkraft im speziellen zu schaffen.

Maximilian Faltlhauser wägt als Energieexperte Ökonomie, Technik und politischen Willen aufeinander ab, um daraus das Machbare herauszukristallisieren. Dabei kann er auf eine bald zwanzigjährige Berufserfahrung zurückgreifen. Sein Hauptaugenmerk liegt auf der neuen Energiewelt, zu der er wiederholt Artikel veröffentlicht hat. Politisch aktiv ist er beim Wirtschaftsbeirat Bayern im Ausschuss für Energiepolitik. □

Stichhaltige Argumente



Ihr Partner für die Energiezukunft.

Die Energieversorgung von morgen wird dezentral. Dafür ist das Bayernwerk gerüstet und entwickelt Lösungen für die neue Energiewelt in Bayern: von der Straßenbeleuchtung, über den EnergieMonitor bis zur effizienten Anlage zur Energieerzeugung und -verteilung. Wir sind der fachkundige Partner für Unternehmen, Privatpersonen oder Kommunen. Sprechen Sie uns bitte an, wir beraten Sie gerne!

www.bayernwerk.de

bayernwerk

Mehr Akzeptanz für die Energiewende!

Woher kommt der Strom, wenn die bayerischen Atomkraftwerke vom Netz gehen? Braucht der Freistaat als Ersatz neue Gaskraftwerke? Nach der Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) zur Energiepolitik in Bayern erörterte eine Expertenrunde im Energieausschuss diese Fragen. Ihr Appell an die Politik: die Bürger von der Energiewende überzeugen und für mehr Akzeptanz sorgen.

Im Jahr 2022 geht das letzte bayerische Atomkraftwerk vom Netz. Wie der Strombedarf künftig in Bayern gedeckt werden kann, darüber diskutierten Fachleute von Stadtwerken, Verbänden und Netzbetreibern im Bayerischen Landtag. Die Experten gaben zudem Auskunft, ob durch den Ausstieg aus der Kohle sowie der Kernenergie eine Stromlücke entstehen könnte.

Gaskraftwerke als Reserve unverzichtbar

Die Stromversorgung in Bayern soll sowohl sicher, als auch bezahlbar sein. Dabei führe an einem Ausbau der erneuerbaren Energien kein Weg vorbei – so lautete die übereinstimmende Einschätzung der Spezialisten. „Der Ausbau von Fotovoltaik und Windenergie ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll“, sagte Dr. Florian Bieberbach. Der Vorsitzende der Geschäftsführung bei den Münchner Stadtwerken forderte, die Leitungsnetze auszubauen.

Stromverbrauch und -erzeugung sind in Deutschland derzeit unterschiedlich verteilt: Während im Süden mehr verbraucht wird, wird im Norden mehr erzeugt. Leitungen zum Ausgleich dazwischen fehlen jedoch. Um einen drohenden Stromausfall für wenige hundert Stunden im Jahr zu verhindern, seien Gaskraftwerke als Reserve nötig. „Als Alternative zum Netzausbau sind Gaskraftwerke allerdings nicht sinnvoll, das rechnet sich nicht“, so Bieberbach. Lediglich ergänzend, als Reserve-Kraftwerke zur Deckung der Residuallast seien sie eine Option. Die

Kosten der Energiewende:

Gegensteuern für Industriebetriebe dringend notwendig

Die IHK für München und Oberbayern beurteilt das Bekenntnis zu niedrigen Industriestrompreisen von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) in seiner Regierungserklärung als äußerst positiv. „Die immer höheren Stromkosten durch die Energiewende sind ein immenses Problem für viele Unternehmen, besonders in der Industrie. Der Kostendruck durch die Energiewende kann zur Verlagerung von Produktion ins Ausland führen. Dadurch hat die Energiewende eine zentrale Bedeutung für den Industriestandort Bayern“, sagt Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern.

Aiwanger hatte in seiner Regierungserklärung bekräftigt, dass ein Industriestrompreis „mit einer Vier vor dem Komma“ notwendig sei. Er bezieht sich dabei auf den Preis einer Kilowattstunde Strom in Cent. Dafür werde sich Bayern auch in Berlin einsetzen, so Aiwanger.

Politische Spielräume für Preissenkungen

Durch die hohe Abgaben- und Steuerlast auf dem Strompreis ergeben sich aus IHK-Sicht politische Spielräume für Preissenkungen, zum Beispiel durch eine Abschaffung der Stromsteuer. Deutschland belegt durch hohe Abgaben, Steuern und Umlagen für Netzkosten im internationalen Vergleich einen negativen Spitzenplatz bei den Stromkosten für die Wirtschaft.

In Europa liegt Deutschland laut EU-Kommission auf Platz Eins mit rund doppelt so hohen Industriestrompreisen wie in Frank-

Residuallast ist eine Art Restbedarf, also die Differenz zwischen der eingespeisten Leistung aus nicht regelbaren Energiequellen wie Wind oder Fotovoltaik und der Leistung, die tatsächlich benötigt wird. Das kommt vor allem bei der „kalten, dunklen Flaute“ zum Tragen, einer Wetterlage mit Nebel – wie sie häufig im Winter auftritt –, die den Gewinn erneuerbarer Energien erschwert.

Zu lange Genehmigungsverfahren

Einigkeit bestand in der Prognose darüber, dass der Strombedarf künftig steigen wird. Besondere Aufmerksamkeit richtete sich auf die Versorgungssicherheit im Winter 2022/23. Nach Angaben der Experten wird die Kapazitätslücke in Bayern ab 2023, nach dem Ausstieg aus Kohle und Atomkraft, zwischen 1.200 und 4.000 Megawatt liegen. Die Fachleute wiesen allerdings daraufhin, dass neue Gaskraftwerke nicht umgehend zur Verfügung stehen. Neben der Dauer des Genehmigungsverfahrens wurde scharfe Kritik laut an der Praxis der Ausschreibungen für neue Anlagen zu Systemstabilisierung, die wirtschaftlich nicht vertretbar seien. „Wir stehen unter Zeitdruck“, erklärte Lothar Schreiber Geschäftsführer von EN-GIE Kraftwerk Zolling.

Lösung: Stromimporte

Für stromintensive Unternehmen seien wettbewerbsfähige Strompreise ein wichtiger Faktor. Darauf machte Dr. Erk Thorsten Heyen von Wacker Chemie aufmerksam. Der Senior Vice President des Chemiekonzerns mo-

nierte zudem, es gebe zu geringe Windkraftkapazitäten. Heyen appellierte an die Politik, den Blick nicht auf Bayern zu verengen, sondern die Versorgungsfrage überregional zu betrachten und in eine europäische Sichtweise zu integrieren. Schützenhilfe erhielt er von Christof Timpe vom Freiburger Ökoinstitut. „Energiewirtschaftlich ist es sinnvoll, sich vom Gedanken an eine autarke bayerische Stromerzeugung zu verabschieden“, sagte Timpe. Demnach seien vermehrte Stromimporte ein Teil der Lösung.

Versorgung sicher?

Ein Stromnetzausbau sei bis 2023 nicht zu schaffen, so die Einschätzung von Dr. Norbert Azuma-Dicke vom Branchenverband Zukunft Erdgas. Das Frei-



Arbeiten an der Turbine.

Bild: Verbund.com

Im Donaukraftwerk Jochenstein:

Revitalisierung der Kaplan turbine

VERBUND, Bayerns und Österreichs größter Stromerzeuger aus Wasserkraft, führt beim Donaukraftwerk Jochenstein derzeit Instandhaltungsarbeiten an der Kaplan turbine Nr. 5 durch. Taucher haben bereits Mitte Oktober die Schiene zur Dammbalkensole abgedichtet und damit die ersten Vorbereitungen zur Trockenlegung des Laufrads der Turbine 5 durchgeführt. Jetzt geht es an das Herzstück der Stromerzeugung, das umfangreich gewartet wird. Zusätzlich wird der Einlaufrechen gegen einen neuen getauscht. Die Arbeiten dauern acht Wochen.

Seit den 1950er Jahren sind die fünf Kaplan turbine des Laufkraftwerkes Jochenstein in Betrieb. Alle neun Jahre werden sie gewartet. Heuer ist die Turbine 5 dran. Doch zuvor mussten wichtige Vorbereitungen getroffen werden, um die Maschine zugänglich machen zu können.

Schwerarbeit unter Wasser

Eine ganze Woche lang waren die Taucher der VERBUND-Tochterfirma Lestin damit beschäftigt, Sand, Geröll und Holz am Grunde der Donau in 18 Meter Tiefe vor dem Einlaufrechen zu entfernen. Diesmal verlegten besonders viele Sedimente den unteren Bereich des Einlaufrechens, sogar ein vier Meter langer Baumstamm musste mit dem Portalkran herausgehoben werden. Die Arbeit ist nicht ohne – sehr gefährlich unter Wasser und eine Schmutzarbeit, die Fingerspitzengefühl erfordert.

Saubere Sohle bedeutet optimale Dichtung

„Ohne Taucher keine Revision“, informiert Revisionsmeister Albert Weishäupl vom Donaukraftwerk Jochenstein. „Die Reinigung der Sohle vor dem Einlaufrechen ist notwendig, damit wir die tonnenschweren Dammbalken optimal setzen können. Eine saubere Sohle bedeutet optimale Dichtung durch die Dammbalken. Dann kann die Turbine trocken gelegt und mit

burger Ökoinstitut sieht dagegen die Versorgung gesichert. Im Auftrag der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte das Institut ein Gutachten erstellt, wonach neue Gaskraftwerke nicht nötig seien, wenn die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ausgebaut und das Stromübertragungsnetz verstärkt werden würde.

„Weichen stellen“

Von einer Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien riet Timpe vom Ökoinstitut wegen hoher Umwandlungsverluste ab. Der Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie lasse sich nach Ansicht der Experten nicht mehr zurückdrehen. Planungen zu Rück- und Abbau seien dazu schon viel zu weit vorgeschritten. Aufgabe der Politik müsse es also sein, die Energiewende der Öffentlichkeit überzeugend zu erklären und für Akzeptanz zu sorgen, so die Experten. Jetzt müssten die Weichen gestellt werden.



V.l.: Edgar Stockmeier, Sabine Melbig, Landrat Martin Neumeyer, Herbert Engl, Tobias Schlauderer, Peter-Michael Schmalz, Wolfgang Burger.

Bild: Stadtwerke Kelheim / R. Jellinek

Landkreis Kelheim:

Liegenschaften beziehen Ökostrom

Der Landkreis Kelheim und der Zweckverband Häfen stellen den Stromverbrauch ihrer Liegenschaften zum Jahresbeginn 2020 auf qualifizierten Ökostrom um. Damit kommt der Landkreis Kelheim dem Erreichen der selbst gesteckten Klimaziele ein bedeutendes Stück näher. Partner beim Ökostrombezug sind die Stadtwerke Kelheim.

Der Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien gehört zu den Klimaschutzpolitisch wirkungsvollsten Maßnahmen und reduziert die Treibhausgas-Emissionen erheblich. In einem europaweiten Verfahren haben der Landkreis Kelheim und der Zweckverband Häfen deshalb gemeinsam die Beschaffung von Ökostrom für die Laufzeit von zwei Jahren ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielten die Stadtwerke Kelheim.

Landrat Martin Neumeyer traf sich mit der Geschäftsführerin der Stadtwerke Kelheim Sabine Melbig, den Geschäftsführern des Zweckverbandes Häfen Herbert Engl und Tobias Schlauderer, Kreisrat Peter-Michael Schmalz, der als Berater des Landrats in Umweltfragen den Bezug von Ökostrom initiiert hat, sowie Wolfgang Burger, Bearbeiter Energiemanagement des Landkreises, zur Vertragsunterzeichnung im Landratsamt Kelheim. „Vor Kurzem haben wir auf dem Dach des Kelheimer Landratsamtes eine Photovoltaik-Anlage errichtet“, so Landrat Martin Neumeyer, „um den Umweltschutz auch im ganzen Landkreis voranzutreiben, haben wir uns für den Bezug von qualifiziertem Ökostrom für unsere Liegenschaften entschieden“.

Allein der Umfang der Ökostromlieferung macht deutlich, dass es sich hierbei um einen wirkungsvollen Beitrag zum Klimaschutz handelt: Ab dem 1. Januar 2020 werden alle Liegenschaften des Landkreises Kelheim sowie der Zweckverband Häfen in Kel-

heim mit Ökostrom versorgt. Zu den Einrichtungen gehören neben Schul- und Verwaltungsgebäuden in Kelheim auch Gebäude in Abensberg, Mainburg, Neustadt a.d. Donau, Riedenburg und Saal a.d. Donau.

„Wir freuen uns sehr, dass wir als Stadtwerke den Landkreis bei der Umsetzung seiner Klimaziele tatkräftig unterstützen dürfen“, betont Vertriebsleiter Edgar Stockmeier. Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind wichtige Unternehmensgrundsätze der Stadtwerke. Aus diesem Grund optimieren die Stadtwerke Kelheim laufend ihre unternehmens-eigene Energieeffizienz, den Energieeinsatz sowie das Energiemanagementsystem. Zudem beraten und begleiten die Stadtwerke Privat- sowie Gewerbekunden bei Maßnahmen zum Klimaschutz und der Energieeffizienz.

Für den Landkreis Kelheim haben die Stadtwerke ein maßgeschneidertes Produkt entwickelt. Dieses musste den hohen Anforderungen an die Ökostromqualität genügen, damit ein konkreter Umweltnutzen durch die Lieferung des ausgeschriebenen Ökostroms nachweisbar ist. Das Besondere an diesem Produkt, die Herkunft des Stroms kann ganz genau nachvollzogen werden.

Mit den Stadtwerken Kelheim können Privat- wie auch Geschäftskunden einen aktiven Part im Klimaschutz einnehmen. Bereits seit einigen Jahren bieten die Stadtwerke mit dem ‚Kelheim.NaturStrom‘ ein vollkommenes CO2-freies Produkt aus umweltgerechter Erzeugung an. □

N-ERGIE Netz GmbH gegründet

Eine große Gesellschaft für alle Netzthemen N-ERGIE bündelt ihre Netzkompetenz in einem Unternehmen

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft hat sich entschieden, das gesamte Netzgeschäft, das bisher von ihren beiden Tochterunternehmen – dem Netzbetreiber Main-Donau Netzgesellschaft und dem Netzdienstleister N-ERGIE Service GmbH – geführt wurde, in einer gemeinsamen Gesellschaft zu bündeln. Entstanden ist die N-ERGIE Netz GmbH, die seit 1. Januar 2020 für alle Themen rund um die Strom- und Erdgasnetze in Nürnberg und der Region und in Nürnberg auch für die Fernwärme- und Trinkwassernetze verantwortlich ist.

Für die Kunden und Partner beider Vorgänger-Gesellschaften ändert sich durch die Zusammenführung und Umbenennung nichts. Die 24-Stunden-Bereitschaft, der Online-Service und alle Telefonnummern, darunter auch die Störungsnummern, bleiben bestehen.

Mit der N-ERGIE Netz GmbH ist ein Unternehmen mit knapp 1.000 Beschäftigten entstanden, dessen Aufgabe es ist, ihren Kun-

den und Partnern ein sicheres Versorgungsnetz zur Verfügung zu stellen.

Die Netzgesellschaft bietet das gesamte Produktspektrum aus einer Hand: Die Planung, den Bau, die Überwachung und die Steuerung der Strom-, Erdgas-, Fernwärme- und Trinkwasserinfrastruktur sowie den Betrieb, die Inspektion und die Wartung aller Anlagen, Rohre und Leitungen. □

Unternehmensgruppe Irlbacher errichtet neue Energiezentrale:

Bayernwerk Natur liefert innovative Energietechnologie

Seit über 80 Jahren entwickelt und produziert die Unternehmensgruppe Irlbacher hochmoderne Spezialgläser in höchster Präzision für Innen- und Außenleuchten, Kaminofenindustrie, Architektur, Gebäudetechnik, Sanitär, Maschinenbau oder Forschung und Wissenschaft. Nun erweitert Irlbacher seine Produktionsstätten in Schönsee (Landkreis Schwandorf). Ein entscheidender Produktionsfaktor ist dabei der effiziente und nachhaltige Energieeinsatz.

Am Firmensitz im oberpfälzischen Schönsee errichtet der Glasspezialist daher eine neue Energiezentrale mit einem hocheffizienten Blockheizkraftwerk (BHKW). Energiepartner dafür ist die Bayernwerk Natur GmbH (Bayernwerk). Das innovative Energieprojekt wurde nun mit einer Vertragsunterzeichnung beim Bayernwerk in Regensburg auf den Weg gebracht.

Neues Vorzeigeprojekt

Es war der Startschuss für ein neues Vorzeigeprojekt des Schönseer Glasspezialisten Irlbacher. Diesmal steht allerdings ein nachhaltiger und effizienter Einsatz von Energie für die Produktion der weltweit gefragten Produkte des oberpfälzischen High-Tech-Unternehmens im Mittelpunkt. Durch die Erweiterung seiner Produktionsstätten hat das Unternehmen eine neue Energiezentrale mit einem hocheffizienten BHKW in Auftrag gegeben. Dabei hat sich Irlbacher für das Bayernwerk als Energiepartner entschieden.

„Wir sind sehr stolz, dass wir einem derart innovativen Produktionsbetrieb wie der Unternehmensgruppe Irlbacher mit unserem Energie-Know-how zur Seite stehen dürfen. Auf den Kundenbedarf zugeschnittene und möglichst nachhaltige Lösungen zu realisieren, zeichnet uns aus“, betonte Werner Dehmel, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur. Bei einem Termin in der Unternehmensleitung des Bayernwerks in Regensburg wurden nun die Verträge für das neue Energieprojekt zwi-

schen der Firma Irlbacher und dem Bayernwerk unterzeichnet. Dabei handelt es sich um einen Pachtvertrag für drei Kraft-Wärme-Kopplungs-Module (KWK) mit jeweils 333 Kilowatt elektrischer Leistung. Die Investition für diese Anlagen trägt die Bayernwerk Natur. Zudem wurde ein Kaufvertrag für eine Absorptionskältemaschine (AKM) mit 500 kW thermischer Leistung abgeschlossen. Als dritter Baustein wurde ein Erdgasliefervertrag über neun Jahre mit 15,8 Gigawattstunden jährlich abgeschlossen.

Die Verträge unterzeichneten seitens des Glasspezialisten die Geschäftsführer Joseph Irlbacher, Stephan Irlbacher und Günther Irlbacher. Für die Bayernwerk Natur unterzeichneten die Geschäftsführer Werner Dehmel und Franco Gola. Zugegen war auch Otmar Zisler, Mitglied der Geschäftsführung der E.ON Energie Deutschland, die für die Bayernwerk Natur das benötigte Erdgas für den Anlagenbetrieb liefert.

In der neuen Energiezentrale werden künftig die neuen technologischen Komponenten des Blockheizkraftwerks wie KWK-Module und die AKM untergebracht. Damit die Abwärme der KWK-Module optimal in den Produktionsprozessen genutzt werden kann, werden aktuell elektrisch beheizte Trocknen auf die Beheizung mit Thermalöl umgerüstet. Diese Umrüstung finanziert Irlbacher selbst. Die Inbetriebnahme der neuen Energieanlage ist für September 2020 geplant. Das finanzielle Volumen für dieses neue Energieprojekt liegt bei rund 9,2 Millionen Euro. □



V.l.: Franco Gola (Geschäftsführer Bayernwerk Natur), Stephan Irlbacher, Joseph Irlbacher (beide Geschäftsführer Unternehmensgruppe Irlbacher), Werner Dehmel (Geschäftsführer Bayernwerk Natur) und Günther Irlbacher (Geschäftsführer Irlbacher) bei der Vertragsunterzeichnung in der Regensburger Bayernwerk-Zentrale.

Bild: Simon Leibl / Bayernwerk AG

Pfaffenhofen:

Neue Beleuchtung in der Zulassungsstelle spart 60 % Energie

In der Zulassungsstelle des Landratsamts in der Pettenkofferstraße in Pfaffenhofen wurden kürzlich insgesamt 55 Leuchten im Bereich der Schalterhalle durch Leuchten mit energieeffizienter LED-Technologie ersetzt. Die Gesamtkosten dieser Maßnahme belaufen sich auf 27.893 Euro. Die jährliche Stromeinsparung beträgt nunmehr ca. 5.970 kWh. Das bedeutet, die durchschnittliche Stromeinsparung beläuft sich auf rund 60 % gegenüber der Bestandsanlage.

Betrachtet man die Investition über einen Zeitraum von 20 Jahren, kann die CO₂-Einsparung mit ca. 70 Tonnen beziffert werden. „Wir arbeiten kontinuierlich an der energetischen Verbesserung unserer Liegenschaften für den Klimaschutz“, so Landrat Martin Wolf.

Die Maßnahme wurde durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit gefördert.

Der Fördersatz beträgt 30 % der förderfähigen Kosten in Höhe von 27.893 Euro. Der Zuschuss beläuft sich somit auf 8.368 Euro. □



Preisräger Bioenergiedorf Wetrtingen eG gemeinsam mit Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann (r.) und Ingo Schroers, Bayernwerk (l.), Landrat Florian Töpfer, Landkreis Schweinfurt (2.v.l.) und 2. Bürgermeister Winfried Reß, Stadtlauringen (2.v.r.).

Bild: Johannes Hardenacke, Regierung von Unterfranken/ Bayernwerk AG

Bürgerenergiepreis Unterfranken 2019:

Engagement für Energiewende gewürdigt

Ein Dorf heizt Bio: In Wetrtingen im Landkreis Schweinfurt steht seit 2011 ein Blockheizkraftwerk (BHKW), das inzwischen zwei Drittel des Dorfes mit Wärme und Strom versorgt. Betrieben wird die Anlage mit Hackschnitzeln. Das „Bioenergiedorf Wetrtingen“ ist einer von drei Gewinnern des Bürgerenergiepreises, der jedes Jahr von der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) mit Unterstützung der Regierung von Unterfranken vergeben wird.

Die Bioenergiegenossenschaft Wetrtingen eG wurde gemeinsam mit den anderen Preisrägern, Johannes Hemmelmann aus Himmelstadt im Landkreis Main-Spessart und Familie Jung aus Eltmann im Landkreis Haßberge, in den Räumen der Regierung von Unterfranken in Würzburg geehrt.

„Wenn wir Klimawandel und Energiewende ernst nehmen, müssen wir jetzt handeln und innovative Lösungen finden. Der Bürgerenergiepreis macht ein breites Publikum auf diese vorbildlichen Projekte aufmerksam und wir freuen uns, dass so viele Menschen mit gutem Beispiel vorangehen“, erklärte Ingo Schroers, Mitglied der Geschäftsleitung der Bayernwerk Netz GmbH, bei der Preisverleihung. Zusätzlich merkte er an, dass es jedes Jahr die Möglichkeit gebe, sich für die Auszeichnung zu bewerben. Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann ergänzte: „Tolle Projekte, engagierte Menschen und reichlich Visionäres, das ist der Bürgerenergiepreis des Bayernwerks. Ich freue mich, auch in diesem Jahr wieder aktiv mitwirken zu können.“

Klimafreundlich und smart

Seit 2010 hat Familie Jung aus Eltmann ihr im Jahr 1983 erbautes Zweifamilienhaus kontinuierlich zu einem klimafreundlichen und energieeffizienten Smart Home umgebaut. Basis sind eine Photovoltaikanlage, eine Wärmepumpe, die auch als Klimaanlage funktioniert, sowie eine Solarthermieanlage mit Heizungsunterstützung und ein wasserführender Pelletofen.

Den Umbau der Heizungsanlage hat Matthias Jung größtenteils in Eigenregie durchgeführt. Mit Hilfe eines Smart-Home-Systems kann die Familie die energetische Versorgung ihres Hauses digital steuern. Die gesamte Beleuchtung ist auf LED umgerüstet, bei neuen Geräten achten die Familienmitglieder auf Energieeffizienz. Zum Fuhrpark der Familie gehören ein Elektroauto, ein Elektromotorrad und ein E-Roller. Als nächsten Schritt plant die Familie die Anschaffung eines Speichers für die überschüssige Energie aus der Photovoltaik-Anlage. Familie Jung erhält ein Preisgeld von 3.000 Euro.

Effizientes Blockheizkraftwerk

Auf Initiative der Bioenergiegenossenschaft Wetrtingen entstand in dem unterfränkischen Dorf im Jahr 2014 ein eigenes

Blockheizkraftwerk (BHKW). Diese Kraftwerke dienen der lokalen Energieversorgung einzelner Quartiere und arbeiten extrem effizient nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. Das Besondere am Wetrtinger BHKW ist, dass es komplett CO₂-neutral mit Holzpellets betrieben wird. Diese werden verschwelt, so dass neben Wärme auch Gas entsteht, das in Gasmotoren in elektrische Energie umgewandelt wird.

Ein dorfeigenes Nahwärmenetz versorgt inzwischen schon zwei Drittel der Bewohner mit Wärme aus dem BHKW. Den selbst erzeugten Strom speisen die Wetrtinger in das Stromnetz ein. Da immer mehr Dorfbewohner an das Wärmesystem angeschlossen werden möchten, denkt die Genossenschaft derzeit über eine Erweiterung der Anlage nach. Die Bioenergiegenossenschaft Wetrtingen erhält ein Preisgeld von 3.000 Euro.

Vier Generationen, ein Wärmenetz

Zehn Bewohner aus vier Generationen leben auf dem Anwesen der Familie Hemmelmann in Himmelstadt. Für die Gebäude in der Hauptstraße in Himmelstadt, deren Ursprung teilweise auf das 19. Jahrhundert zurückgeht, hat Johannes Hemmelmann ein eigenes Nahwärmenetz installiert. Auch die neu gebaute Weinscheune mit Platz für 50 Besucher hat er an das Netz angeschlossen.

Der Wärme- und Warmwasserbedarf wird über eine Pelletheizung und eine Solarthermieanlage gedeckt. Drei Pufferspeicher sorgen dafür, dass die Pelletheizung in den Sommermonaten nur sehr selten eingesetzt werden muss. Unterstützt wird das System durch eine intelligente Steuerung, die auf Wettervorhersagen reagiert. Familie Hemmelmann erhält ein Preisgeld von 4.000 Euro.

Schon jetzt für die nächste Runde bewerben

Der Bürgerenergiepreis wurde erstmals 2013 in Niederbayern verliehen. Inzwischen werden regelmäßig Gewinner in den Regierungsbezirken Niederbayern, Oberbayern, Unterfranken, Oberfranken und in der Oberpfalz gesucht. Schon sind Bewerbungen für die nächste Runde möglich. Die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen zum Bürgerenergiepreis sind unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis zu finden. □

LEW Verteilnetz GmbH (LVN):

Ausarbeiten leisten Beitrag zur Versorgungssicherheit

LEW Verteilnetz sorgt für überdurchschnittlich hohe Zuverlässigkeit der Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben. Dazu tragen auch die Ausarbeiten bei, die derzeit im gesamten Netzgebiet laufen.

Mit Motorsäge und Astschere beugt die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) als Betreiber des regionalen Stromverteilnetzes auch in diesem Winter Stromausfällen vor. Dabei werden Bäume und Sträucher entlang der Stromleitung mit Motorsäge und Astschere zurückgeschnitten bzw. je nach Gehölzart ebenerdig gekürzt. Somit soll vermieden werden, dass Äste zu nah an die Leitung wachsen und so aufgrund von Stromüberschlag oder bei schlechter Witterung die Stromversorgung beeinträchtigen.

Überdurchschnittlich hohe Versorgungsqualität

Die jährlichen Ausarbeiten leisten damit einen Beitrag zur überdurchschnittlich hohen Versorgungssicherheit, die LVN Netzkunden bietet: 2018 war ein Kunde im Netzgebiet aufgrund ungeplanter Versorgungsunterbrechungen nur rund neun Minuten ohne Strom. Dieser sogenannte SAIDI-Wert (System Average Interruption Duration Index) wird jährlich von jedem Netzbetreiber erhoben. Für Deutschland liegt der entsprechende Wert 2018 bei 14 Minuten, für Bayern bei 13. In den Nachbarstaaten liegen die Werte um ein Vielfaches höher (Österreich 2017: 32 Minuten, Frankreich 2016: 50 Minuten, Tschechische Republik 2016: 98 Minuten).

17 Spezialunternehmen aus der Region

Die Ausarbeiten sind neben regelmäßigen Leitungskontrollen sowie kontinuierlichen Erneuerungsarbeiten im gesamten Netz ein Baustein der hohen Versorgungssicherheit: LVN investiert in die Ausarbeiten mehr als 2 Millionen Euro. Die Summe geht an 17 Betriebe aus der Region, darunter Garten- und Landschaftspflegebetriebe sowie Forstbetriebe. Die Spezialfirmen sind von Herbst bis Ende Februar im gesamten

LVN-Netzgebiet unterwegs, um Bäume und Sträucher zurückzuschneiden. Die Betriebe durchlaufen bei LVN ein eigenes Qualifizierungsverfahren und werden regelmäßig geschult. Berücksichtigt werden Stromleitungen aller Spannungsebenen des Verteilnetzes von 400 Volt (Niederspannung) bis zu 110.000 Volt (Hochspannung).

Spezialwerkzeuge reduzieren Leitungsabschaltungen

Netzkunden merken von den Arbeiten in der Regel nichts, nur in einzelnen Fällen müssen Leitungen vorübergehend spannungslos geschaltet werden. Um die Zahl der nötigen Stromabschaltungen möglichst gering zu halten, wird bei LVN in der Nieder- und Mittelspannung außerdem ein besonderes Verfahren angewandt: Durch den Einsatz isolierter Abstandsmessstangen und Stangensägen kann auch bei Bewuchs, der Sicherheitsabstände zu Leitungen unterschreitet, ohne Abschaltung gearbeitet werden.

Die Zahl von Stromabschaltungen für die Ausarbeiten konnte seit Einführung des Verfahrens um drei Viertel reduziert werden. Falls trotzdem einmal vorübergehend einzelne Leitungsabschnitte spannungslos geschaltet werden müssen, informiert LVN betroffene Haushalte vorab.

Die Maßnahmen finden im Einklang mit den geltenden Bestimmungen des Natur- und Vogelschutzes statt. Daher werden die Trassenpflegearbeiten in der vegetationsarmen Winterzeit und vor Beginn relevanter Vogelbrutzeiten abgeschlossen. Grundstücksbesitzer sollen Leitungen nicht selbst freischnitten. Aus Sicherheitsgründen warnt LVN Grundstücksbesitzer davor, Bäume, die zu nahe an Stromleitungen herangewachsen sind, selbst auszuschnitten. Stattdessen sollte die zuständige Betriebsstelle verständigt werden.

Die jeweiligen Kontaktdaten sind zu finden auf www.lew-verteilnetz.de/ansprechpartner. □

energieeffizient und nachhaltig
#byak-ben

Beratungsstelle
Energieeffizienz und
Nachhaltigkeit

Bayerische
Architektenkammer

Schon klimaneutral?
Wir beraten
Sie kostenfrei!

+49 89 139880-88
www.byak-ben.de

Gefördert durch
Bayerisches Staatsministerium für
Wohnen, Bau und Verkehr

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

Gute Nachrichten für Fahrgäste

Der Bundesrat hat sich jüngst für Verbesserungen bei den Förderkriterien für den Ausbau und die Grunderneuerung der Straßenbahninfrastruktur ausgesprochen. In ihrer Positionierung zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz betont die Länderkammer, dass aus ihrer Sicht auch Straßenbahnsysteme gefördert werden müssen, die nicht überwiegend auf „besonderem Bahnkörper“ fahren. Der VDV, Branchenverband für über 600 Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Personen- und Schienengüterverkehr, begrüßt dies ausdrücklich.

Wie Präsident Ingo Wortmann erläuterte, „fordern wir eine solche Anpassung des GVFG auch seit längerem, denn nach jetzigem Stand behindert dieses Kriterium Ausbau und Grunderneuerung der klassischen Straßenbahnsysteme in vielen deutschen Städten. Nur Straßenbahnen, die zu mindestens 80 Prozent auf „besonderem Bahnkörper“ fahren, bekämen entsprechende Fördermittel. Wenn wir aber im städtischen Verkehr zur Erreichung der Klimaschutzziele mehr Fahrgäste für die umweltfreundlichen Schienenverkehre gewinnen wollen, dann müssen wir die teils jahrzehntealte Straßenbahninfrastruktur flächendeckend ausbauen und modernisieren. Deshalb muss an dieser Stelle im GVFG dringend nachgebessert werden.“

Um schneller und unbürokratischer die nötigen Grunderneuerungsmaßnahmen bei städtischen Schienenverkehren umsetzen zu können, setzt sich der Bundesrat zudem dafür ein, den bei Bauvorhaben üblichen Nachweis des gesamtwirtschaftlichen Nutzens (standardisierte Bewertung) in solchen Fällen entfallen zu lassen. Aus Wortmanns Sicht ist dies „ein sinnvoller und pragmatischer Vorschlag, der unserer Position entspricht. Denn hier geht es um die Grunderneuerung existierender

Verkehrsangebote für die der positive wirtschaftliche Nutzen bereits beim Bau erbracht worden ist. In diesem Kontext kann also auf einen erneuten und bürokratisch aufwendigen Nachweis nach dem Verfahren der Standardisierten Bewertung verzichtet werden.“

Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Auch zur gesetzlichen Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Bauvorhaben für Straßen-, Stadt- und U-Bahnsysteme hat sich der Bundesrat noch einmal klar positioniert: Die Länder fordern ausdrücklich, dass die Regelungen zur Planungsbeschleunigung aus dem Planungsbeschleunigungsgesetz auf Planungs- und Genehmigungsverfahren für Straßen- und U-Bahnen nach dem Personenbeförderungsgesetz übertragen werden. Eine solche Übernahme sei angesichts der großen Herausforderungen, vor denen der ÖPNV mit Blick auf die Erreichung der Klimaziele steht, dringend und kurzfristig erforderlich. „Eine weitere Forderung, die wir ganz klar unterstützen. Wir nehmen allerdings wahr, dass dies nicht nur in den Ländern, sondern auch beim Bund inzwischen Konsens ist. Wir hoffen daher auf eine schnelle und unkom-

plizierte Gesetzesanpassung“, erklärte VDV-Präsident Wortmann.

Begrüßt wird vom Verkehrsverband zudem die seit Jahresbeginn 2020 geltende Minderung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets im Fernverkehr auf sieben Prozent: „Wir werden auf diese Weise mehr Fahrgäste für die Eisenbahn bekommen und sparen uns den bisherigen Verwaltungsaufwand bei der Abgrenzung der Umsatzsteuer zum Nahverkehr“, so VDV-Vizepräsident Veit Salzmann. Auch die von den Firmen ausgegebenen Jobtickets werden im neuen Jahr weiter steuerlich gefördert: „Es ist ab Januar zusätzlich möglich, das Jobticket durch eine Gehaltsumwandlung zu finanzieren, die der Arbeitgeber nur noch pauschal mit 25 Prozent versteuert, ohne dass gleichzeitig eine Kürzung der Entfernungspauschale vorgenommen werden muss. Das ist vor allem für Pendlerinnen und Vielfahrer mit langen Fahrstrecken – beispielsweise aus ländlichen Regionen – attraktiv.“

Im internationalen Vergleich war Deutschland mit dem hohen Steuersatz auf Fernverkehrstickets ohnehin die Ausnahme. „Im Inland war es zudem schwer vermittelbar, dass beim Fahrpreis für eine Strecke ab 51 Kilometern ein höherer Steuersatz gilt als bei Fahrten bis 50 Kilometer.

Mit der Angleichung sind auf der klimafreundlichen Schiene wettbewerbsfähigere Angebote möglich. Dafür hat sich der VDV intensiv und letztlich erfolgreich eingesetzt“, so Salzmann. Seit Ende der 1960er Jahre gilt für den öffentlichen Nahverkehr der ermäßigte Mehrwertsteuer-Satz von sieben Prozent.

Für Jobtickets gibt es nunmehr insgesamt drei Förderungen. Bereits seit dem 1. Januar 2019 können jene den Arbeitnehmern als steuerfreier Sachbezug oder als Zuschuss gewährt werden, wenn sie zusätzlich zum Lohn gezahlt werden. Als zweite Variante ist ab 2020 eine Gehaltsumwandlung möglich, wobei das Jobticket pauschal mit 25 Prozent versteuert wird, ohne dass gleichzeitig eine Kürzung der Entfernungspauschale vorgenommen wird. Dadurch entfällt die bisherige Benachteiligung von Pendlern mit langen Distanzen, etwa aus dem ländlichen Raum.

Auch für kleinere Unternehmen wird die Einführung eines Jobtickets attraktiver, da ein Großteil des bisherigen Verwaltungsaufwands entfällt: Die Firmen können allen Arbeitnehmern oder einzelnen Gruppen ein pauschal versteuertes Jobticket anbieten, ohne diese im Einzelnen in der Lohnsteuerbescheinigung erfassen zu müssen. Die dritte Möglichkeit besteht weiter darin, eine Gehaltsumwandlung mit 15-prozentiger Pauschalversteuerung zum Erwerb des Jobtickets durchzuführen – hier jedoch mit Kürzung der Entfernungspauschale. **DK**

„Mobilität der Zukunft Bayern“:

Freistaat baut Netzwerk auf

Impulsgeber für zukunftsfähige kommunale Verkehrslösungen

Bayernweit sollen Bürgerinnen und Bürger sinnvoll verknüpfte Mobilitätsangebote vorfinden: ob in der Stadt oder auf dem Land. Damit das gelingt, investiert der Freistaat sowohl in die digitale wie in die bauliche als auch in die organisatorische Vernetzung der Kommunen.

Mit dem Aufbau des Netzwerks „Mobilität der Zukunft Bayern“ will die Staatsregierung Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen, mit denen sie bayerische Kommunen bei der Entwicklung umfassender Mobilitätskonzepte unterstützen kann. In den Regierungsbezirken sollen Regionalnetzwerke aufgebaut werden, die von regionalen Koordinatoren betreut und unterstützt werden. Hier soll Erfahrungsaustausch, Weiterbildung und Wissenstransfer stattfinden. Bis zum Jahresende wird ein Detailkonzept ausgearbeitet.

Bauindustrieverbandes, den Beschluss des bayerischen Kabinetts.

„Die Kommunen sind zwar formal nicht zuständig für Mobilitätskonzepte, aber sie und ihre Bürger sind die Betroffenen und die Nutzer. Jede Kommune in die Lage zu versetzen, das für sie beste Mobilitätskonzept zu erarbeiten, ist daher der beste Garant zu innovativen und sinnvoll miteinander verknüpften Mobilitätsangeboten in ganz Bayern“, so Schmid. „Ein hochmodernes Mobilitätssystem und eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sind schließlich zentrale Bausteine, um das Verfassungsziel Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu erreichen.“

Dezentrale Koordination

Der Schlüssel zu modernen Mobilitätsangeboten ist die übergreifende und umfassende Planung bei den Kommunen und die Abstimmung der Konzepte über kommunale Zuständigkeitsgrenzen hinweg. Mobilitätsmanagement kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten miteinander vernetzt werden. Eine übergeordnete Stelle soll dabei die verschiedenen Player dezentral koordinieren. Regionale Austauschplattformen und Weiterbildungsangebote für kommunale Akteure sollen zudem den Kommunen helfen, die Verkehrsangebote vor Ort für die Fahrgäste zu optimieren.

„Die Kommunen haben eine entscheidende Rolle bei der Mobilitätswende. Zukunftsfähige Mobilitätskonzepte werden nur gelingen, wenn alle bayerischen Kommunen die für sie besten Lösungen erarbeiten und umsetzen. Dass ihnen dafür der Freistaat seine Unterstützung anbietet, halte ich für den richtigen Weg“, kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen

Aufbau geeigneter Strukturen

Mit den Eckpunkten, in jedem der sieben bayerischen Regierungsbezirke regionale Netzwerke für kommunale Mobilitätslösungen aufzubauen, jeweils eine Koordinierungsstelle einzurichten sowie zusätzlich Austauschplattformen und Weiterbildungsangebote für die kommunalen Mobilitätsakteure anzubieten, baut die Staatsregierung dafür geeignete Strukturen auf, so Schmid.

„Ausdrücklich bedanke ich mich hiermit nochmals für die Unterstützung unseres Projektes Bayern Mobilität 2030. Drei Modellregionen, die Landkreise Bayreuth, Berchtesgadener Land und Cham, entwickeln damit modellhaft spezifische Mobilitätslösungen. Diese werden grundsätzlich auch auf andere Regionen übertragbar sein. So entstehen weitere Bausteine eines künftigen bayerischen Mobilitätskonzeptes“, so Schmid abschließend. **□**

Zusammenarbeit Stadt und Landkreis Würzburg:

ÖPNV-Verbesserungen im Fokus

Würzburgs Landrat Eberhard Nuß und Oberbürgermeister Christian Schuchardt präsentierten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz ein weiteres wichtiges Handlungsfeld für die interkommunale Zusammenarbeit: den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Neben Kooperationen beispielsweise in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, Kultur oder bei der Bäderlandschaft, beschäftigten nun sowohl den Stadtrat als auch den Kreistag in Workshops die Fragen, wie der Bus- und Schienenverkehr attraktiver werden kann und welche Tarife die Bürger am ehesten überzeugen, das Auto stehen zu lassen. Diese Erkenntnisse wurden nun zusammengeführt.

Nachdem der Stadtrat die Tarife bereits im April näher untersuchte, zog der Kreistag mit einem Workshop zu Verkehrsverbesserungsmaßnahmen und den Tarifen im Juni nach. Ende November folgte schließlich ein gemeinsamer Workshop mit insgesamt 64 politischen Vertretern und Verkehrsexperten im Würzburger Ratssaal. Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit in acht Kleingruppen gaben Nuß und Schuchardt nun bekannt.

Gemeinsamer Mobilitätsausschuss geplant

So soll es künftig einen gemeinsamen Mobilitätsausschuss geben, der paritätisch aus Stadt- und Kreistagsmitgliedern gebildet wird und für dieses Gremium vorberatend tätig ist. Man knüpfe damit an den früheren NWM-Aufsichtsrat an, den es im neuen Verkehrsverbund NVM nicht mehr gebe, erläuterte der Vorstand des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg, Prof. Dr. Alexander Schraml, womit derzeit Praxiserfahrungen vor Ort die Entscheider im Verbund mitunter verzögert erreichen würden.

Für ein solches neues Gremium gibt es auch gleich einige wichtige Themen auf der Agenda, die in den Workshops gut vorbereitet wurden. So möchte man beispielsweise zunächst bei Neuanfassungen und perspektivisch bei allen Bussen ein einheitliches Erscheinungsbild in Stadt und Land verwirklichen. Gerade wer nur selten einen Linienbus nutzt, erkennt nicht immer sofort, was logisch zusammengehört. Auch bei der Ausstattung will man einen gemeinsamen Standard erreichen, beispielsweise bei der Ausstattung mit WLAN.

Eine hohe Priorität wird zudem auf der Entwicklung gemeinsamer Park&Ride und Bike&Ride-Konzepte liegen. Ebenfalls dringliche Hausaufgaben sind die Umsetzung von exklusiven Busspuren. Hierzu gab es bereits einen ersten richtungweisenden Beschluss im Planungs-, Umwelt- und Mobilitätsausschuss der Stadt Würzburg für die Ludwigstraße. Auch barrierefreie Haltestellen und eine Modernisierung des Tarifsystems hin zum E-Ticket wurden den Medienvertretern als wichtige Projekte genannt. **□**

Auftaktermin zur Studie „MVV-Verbunderweiterung“

Derzeit umfasst das Gebiet des Münchner Verkehrs- und Tarifverbunds (MVV) eine Fläche von rund 5.530 Quadratkilometern. Schon in ein paar Jahren könnte sich diese Fläche nahezu verdoppelt haben: Zehn Landkreise und kreisfreie Städte beteiligen sich an einer umfassenden Studie, um ihren möglichen Beitritt zum MVV vorzubereiten. Zu einem gemeinsamen Auftaktermin beim MVV in München trafen sich Vertreter der beteiligten Kommunen und des Freistaats.

Der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) wurde bereits im Jahr 1972 gegründet. Seither haben sich vor allem die Mobilitäts- und Verkehrsbeziehungen verändert. Legte der typische Berufspendler damals täglich noch eher kurze Strecken innerhalb des Verbundraumes zurück, so pendeln mittlerweile mehr und mehr Berufstätige auch über Verbundgrenzen hinweg täglich weite Strecken.

Um zu prüfen, ob und wie auch Pendler, die heute noch täglich die Verbundgrenzen überschreiten, künftig vom Verbundprinzip „1 Netz. 1 Fahrplan. 1 Tarif.“ profitieren können, beteiligen sich nun zehn Landkreise und kreisfreie Städte an einer Studie zur Verbunderweiterung. In einem gemeinsamen Termin in München stimmten Politik und Verwaltung der Landkreise Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen (für den südlichen Teil), Weilheim-Schongau, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg, Landshut, Mühldorf und Rosenheim sowie der kreisfreien Städte Rosenheim und Landshut zusammen mit Vertretern des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, der Regierung von Oberbayern und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft die weiteren Schritte sowie Organisation und Ablauf der Studie ab.

Die Ermittlung der Grundlagen für einen MVV-Beitritt der beteiligten Kommunen setzt umfangreiche Fahrgastzählungen voraus, die in den kommenden Jahren Stück für Stück durchgeführt werden. Mit Ergebnissen ist sukzessive ab 2022 zu rechnen. Da-

nach können die Kommunen entscheiden, ob sie dem MVV beitreten wollen.

Die Verkehrswende ist nur gemeinsam möglich

Die Koordination der Erweiterungsstudie übernimmt Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen: „Wir sind sehr froh, dass die Studie zur MVV-Verbunderweiterung startet und der Freistaat Bayern diese Studie mit ca. 86 Prozent fördert. Die Verkehrswende ist nur gemeinsam und mit einem leistungsstarken Verbund wie dem MVV möglich. Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ist bereits zur Hälfte im MVV. Mit der Verbunderweiterung haben wir nun die Chance, mit einem Tarifsystem und einem Qualitätsstandard den öffentlichen Nahverkehr über Landkreisgrenzen hinweg zu organisieren. Das wird den öffentlichen Nahverkehr sehr viel attraktiver machen und ein großer Schritt zu einer Verkehrswende werden.“

Auch MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch freut sich über das Engagement aus den Landkreisen, kreisfreien Städten und des Freistaats: „Von einer Verbunderweiterung werden vor allem die Fahrgäste profitieren. Ich begrüße die Dynamik, mit der alle Beteiligten das Thema vorantreiben. Die Arbeit, die in den nächsten Jahren mit der Studie und möglichen Verbunderweiterungen auf uns zukommt, wird sich auszahlen – und einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende in Südbayern leisten.“ **□**



V.l.: Landrat Wilhelm Schneider (Landkreis Haßberge), Oberbürgermeister Christian Schuchardt (Vorsitzender Gesellschafterversammlung NVM, Stadt Würzburg), Staatsminister Dr. Hans Reichhart, Zweite Bürgermeisterin Sorya Lippert (Stadt Schweinfurt), Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Landrat Thomas Bold (Landkreis Bad Kissingen), Landrat Thomas Habermann (Landkreis Rhön-Grabfeld), Landrat Florian Töpfer (stellv. Vorsitzender Gesellschafterversammlung NVM, Landkreis Schweinfurt) und Dr. Eugen Ehmann (Regierungspräsident von Unterfranken). Bild: Christopher Alm (Geschäftsführer NVM)

Verkehrsverbund Mainfranken:

Erweiterung um die Region Main-Rhön

Übergabe von Förderbescheiden durch Ministerpräsident Söder

Ein erklärter Wunsch der vier Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt sowie der Stadt Schweinfurt ist der Beitritt in den Verkehrsverbund Mainfranken VVM zum 01.08.2022. So entsteht gemessen an der Einwohnerzahl (945.000) der drittgrößte Verkehrsverbund in Bayern, bezogen auf die Fläche wäre es sogar der zweitgrößte.

Neben den knapp 440.000 Einwohnern des Beitrittsgebietes würden auch die etwa 510.000 Einwohner des aktuellen Verkehrsverbundes von der Vergrößerung profitieren.

Bayerische Unterstützung

Die Bestrebungen der mainfränkischen Gebietskörperschaften in Sachen Verbunderweiterung haben nun erste Früchte getragen: Der Freistaat Bayern, dessen mittelfristiges Ziel es ist, nach und nach alle Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern einem Verkehrs- und Tarifverbund anzugliedern, unterstützt dieses Vorhaben nun durch die Förderung der Kosten einer Grundlagenstudie zu 90 Prozent. Dies entspricht einer Summe von bis zu 1,2 Milli-

onen Euro. Die entsprechenden Förderbescheide haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart den Vertretern der Nahverkehr Mainfranken GmbH NVM und den fünf Kommunen in Nürnberg überreicht.

Weitere Förderung möglich

Auf Basis der Grundlagenstudie soll ermittelt werden, ob der Beitritt dieser fünf unterfränkischen Gebietskörperschaften zum VVM verkehrlich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Liefert die Studie ein positives Ergebnis, so stellt der Freistaat den Kommunen auch eine weitere Förderung für die Einmal- und Dauerkosten der Verbundintegration in Aussicht. Mit den Ergebnissen der Studie wird bis Mitte 2022 gerechnet. **□**

Dialog zum künftigen SPNV-Angebot

Bayerische Eisenbahngesellschaft informiert über Fahrplanentwicklung und Fahrzeugkonzepte im Allgäu

Im Rahmen von drei Informationsveranstaltungen in Kaufbeuren, Lindau und Kempten hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) in den vergangenen Wochen Mandatsträger und Vertreter von Fahrgastverbänden und -initiativen aus dem Allgäu über die Weiterentwicklung des Schienenpersonennahverkehrs in der Region informiert. Die BEG plant, finanziert und kontrolliert im Auftrag des Freistaats den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern. Schwerpunktthemen waren der künftige Fahrplan sowie der geplante Fahrzeugeinsatz.

„In den vergangenen Monaten haben wir in diversen Gesprächen festgestellt, dass es im Allgäu erheblichen Klärungsbedarf zum künftigen Angebot im Regionalverkehr gibt“, sagt Bärbel Fuchs, Geschäftsführerin der BEG. „Um offene Fragen zu klären, haben wir daher das Gespräch mit Mandatsträgern und Fahrgastvertretern aus der Region gesucht.“

Elektrifizierung der Strecke München – Memmingen – Lindau

Ausgangspunkt für die umfangreichen Änderungen am Fahrplan im Allgäu ist die Elektrifizierung der Strecke (München –) Geltendorf – Memmingen – Lindau, die Ende 2020 abgeschlossen sein wird. „Die Elektrifizierung der Strecke München – Lindau bringt einen großen Mehrwert für Schwaben und das Allgäu. Die Fahrtzeit verkürzt sich deutlich und wir bauen gleichzeitig das Angebot aus. Neben einer neuen Expresslinie von München nach Memmingen wird es auch wieder direkte Verbindungen von München Richtung Unterallgäu und Bodensee über Memmingen geben“, so der Bayerische Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart.

Ziel des Ausbaus der Strecke durch den Bund ist es, die Fahrtzeit im dann zweistündlich angebotenen Fernverkehr zwischen München und Zürich auf unter drei Stunden und 30 Minuten zu verkürzen. Auch der Regionalverkehr zwischen München, Memmingen und Lindau, der bisher mit dieselbetriebenen Fahrzeugen gefahren wird, soll aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen nach Fertigstellung des Ausbaus elektrisch betrieben werden. Diese Verkehrsleistungen im künftigen E-Netz Allgäu

Bahnstromkraftwerk Bergheim:

Investitionen von rund zwei Mio. Euro in Wehrfelder-Revision

Quasi noch tropfnass vom vorausgegangenen Einsatz kamen die 36 sogenannten Dammtafeln (à 1,1 Tonnen schwer, 4 Meter breit, bis zu 1,4 Meter hoch, 30 cm dick) per Tieflader von der erfolgreich abgeschlossenen Wehrtor-Revision in Bertoldsheim zur neuen Revisions-Baustelle beim Bahnstromkraftwerk Bergheim. Dort werden die stählernen Absperrriegel per 150-Tonnen-Autokran oberhalb des knapp 25 Meter breiten, südlichen Wehrfeldes 3 in die Tiefen des Stauraums eingehoben. Sie sperren dort das Wasser aus, um den künftigen Revisions-Arbeitsbereich trocken zu legen.

Damit das reibungslos funktioniert, schickt Uniper seine Profitaucher in die eisige Tiefe des Stauraums vor dem Donaukraftwerk Bergheim. Die Helmtaucher spülen mit Hochdruckklängen bei wenig mehr als Nullsicht Schlamm, Sediment und Geröll aus den Nuten für die fünf Tonnen schweren senkrechten H-Träger.

Diese sogenannten 10 Meter langen Nadeln dienen als Stahlrahmen und Führungsschienen für die Dammtafeln. Auf die gleiche Weise müssen sie die Auflageschienen am Grund des Stauraums in rund acht Meter Tiefe so säubern, dass die untersten Dammtafeln mit ihren Dichtungen wasserdicht aufliegen.

Auch um die Werksferien bei

hatte die BEG gemeinsam mit Baden-Württemberg daher 2017 europaweit ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt das Verkehrsunternehmen Go-Ahead, das ab Ende 2021 nach Vorgaben der BEG mit spurtarken Elektrotriebwagen und einem deutlich erweiterten und beschleunigten Angebot sowie mehr Direktverbindungen auf der elektrifizierten Strecke startet. Fahrgäste können dann z. B. jede zweite Stunde eine neue schnelle Regionalzugverbindung zwischen München und Memmingen nutzen, deren Fahrzeit sich gegenüber dem heutigen Regionalzugangebot um etwa eine halbe Stunde verkürzt.

Zwischen Memmingen und Lindau weitet die BEG das Angebot auf einen Stundentakt aus. Zudem gibt es künftig im Regionalverkehr zweistündlich Direktverbindungen von München ins Württembergische Allgäu, zum Beispiel nach Leutkirch und Wangen. Bereits vor den großen Veränderungen ab Ende 2021 profitiert das Allgäu von Verbesserungen im Fahrplan im Rahmen eines Sonderprogramms des Freistaats, das in ganz Bayern den Stundentakt herstellen soll: Ab Juni 2020 weitet die BEG in der Region auf der Strecke Kaufbeuren – Füssen das Angebot frühmorgens und spätabends aus.

Ost- und Oberallgäu: Wichtige Direktverbindungen nach München bleiben bestehen

Das nicht elektrifizierte Ober- und Ostallgäu inklusive der kreisfreien Städte Kempten und Kaufbeuren hatten im Vorfeld Bedenken geäußert, nach der Fertigstellung der Elektrifizierung schlechter an die Landeshauptstadt angebunden zu sein. Stefan Bosse, Oberbürgermeister von Kaufbeuren und Vorsitzen-

Bahnstromkraftwerk Bergheim:

Investitionen von rund zwei Mio. Euro in Wehrfelder-Revision

Quasi noch tropfnass vom vorausgegangenen Einsatz kamen die 36 sogenannten Dammtafeln (à 1,1 Tonnen schwer, 4 Meter breit, bis zu 1,4 Meter hoch, 30 cm dick) per Tieflader von der erfolgreich abgeschlossenen Wehrtor-Revision in Bertoldsheim zur neuen Revisions-Baustelle beim Bahnstromkraftwerk Bergheim. Dort werden die stählernen Absperrriegel per 150-Tonnen-Autokran oberhalb des knapp 25 Meter breiten, südlichen Wehrfeldes 3 in die Tiefen des Stauraums eingehoben. Sie sperren dort das Wasser aus, um den künftigen Revisions-Arbeitsbereich trocken zu legen.

Audi zu nutzen und die Verkehrsbeschränkungen auf der Bergheimer Donaubrücke so gering wie möglich zu halten, wurde die notwendige zweitägige Vollsperrung der Bergheimer Donaubrücke auf den 18. und 19. Dezember 2019 vorgezogen. Nachdem die Dichtwand vollständig gesetzt und auf ihre Funktionstüchtigkeit geprüft worden war, wurde die Brücke ab 20. Dezember wieder komplett für den Verkehr freigegeben.

Nach den Feiertagen bis einschließlich Heilige Drei Könige blieb das so; dann erst ging es mit den Revisionsarbeiten richtig los: Die für die Arbeiten notwendigen Gerüste, Einhausungen, Arbeitspodien und Maschinen wurden ein- und aufgebaut. □

der des Regionalen Planungsverbands Allgäu erklärt: „Wir haben durch die Informationsveranstaltungen der BEG ein gemeinsames Verständnis entwickelt, was derzeit machbar und ökologisch ist. Wir werden uns weiterhin für die Elektrifizierung weiterer Allgäuer Strecken einsetzen, so dass sich langfristig die Anzahl der Direktverbindungen Richtung München wieder erhöht.“

Fuchs begründet die Änderungen am Fahrplankonzept: „Es ist weder ökologisch noch wirtschaftlich vertretbar, dass wir eine unverändert hohe Anzahl an dieselbetriebenen Zügen aus dem südlichen Allgäu auf der frisch elektrifizierten Strecke nach München fahren lassen. Das wäre absurd. Die Devise lautet: So wenig wie möglich ‚Diesel‘ unter Fahrdracht, aber weiterhin Direktverbindungen in die Landeshauptstadt aus allen Teilen des Allgäus. Zwischen diesen beiden Zielen mussten wir einen Kompromiss finden.“

Deshalb reduziert die BEG im neuen Fahrplankonzept ab Ende 2021 teilweise die Zahl der umsteigefreien Verbindungen aus dem Ober- und Ostallgäu nach München. Das heißt, die Fahrgäste müssen künftig öfter in Buchloe umsteigen. Aber: Wichtige Direktverbindungen aus dem südlichen Allgäu nach München bleiben bestehen. Und: Die Zahl der Verbindungen insgesamt nach München erhöht sich meist sogar. Zwischen Lindau, Oberstdorf, Immenstadt, Kempten und Buchloe profitieren die Fahrgäste von einem Stundentakt. Diese Verkehrsleistungen erbringt DB Regio mit dieselbetriebenen Neigetechnikzügen vom Typ VT612. Ab Buchloe fahren die Züge jede Stunde abwechselnd entweder direkt nach München oder Augsburg weiter.

In den Zwischenstunden müssen die Fahrgäste entweder Richtung München oder Augsburg umsteigen. Damit sind München und Augsburg aus dem Oberallgäu weiterhin stündlich schnell erreichbar, Direktverbindungen nach München gibt es jede zweite Stunde. Zwischen Füssen und Buchloe können Fahrgäste mit der Bayerischen Regiobahn stündlich reisen.

Die meisten Züge aus Füssen verkehren direkt weiter nach Augsburg. In diesen Fällen bestehen in Buchloe kurze Umsteigezeiten in die elektrisch betriebenen Züge nach München. Es wird aber auch aus Richtung Füssen über den ganzen Tag verteilt weiterhin einzelne Direktverbindungen nach München geben. „Die gute Nachricht ist: Wenn man die Direktzüge nach München und die Verbindungen mit Umstieg in Buchloe zusammenzählt, erhöhen wir die Zahl der Verbindungen Richtung München gegenüber heute an fast allen Stationen aus dem südlichen Allgäu“, so Fuchs.

Ein Beispiel: Die Zahl der umsteigefreien Verbindungen zwischen Kaufbeuren und München sinkt zwar ab Ende 2021 von heute 45 pro Tag auf dann 27. Aber die Zahl aller Verbindungen nach München – inklusive Umstieg in Buchloe – steigt von heute 66 auf 100. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Direktverbindungen zwischen Kaufbeuren und Augsburg von heute 48 auf 66 pro Tag zu. Wie die Situation an anderen Stationen im Allgäu aussieht, zeigen die Karten.

„Wir haben lange an einem Fahrplankonzept gearbeitet, das die nötigen Änderungen im Rahmen der Streckenelektrifizierung bestmöglich mit den berech-

tigten Interessen der Fahrgäste aus dem gesamten Allgäu in Einklang bringt“, sagt Florian Liese, Leiter der Planungsabteilung bei der BEG. „Wir sind uns bewusst, dass wir damit nicht den Wunsch jedes Einzelnen erfüllen können. Aber das Allgäu als Ganzes profitiert, denn das Zugangebot wächst ab Ende 2021 deutlich, sowohl nach München als auch nach Augsburg.“

Fahrzeuge nach 2030: BEG favorisiert Neigetechnik mit elektrischen und alternativen Antrieben

Auch die Fahrzeuge, die im Allgäu künftig zum Einsatz kommen, waren bei den Informationsveranstaltungen ein Thema. Mehrfach gab es Wortmeldungen, ob auf den nicht elektrifizierten Strecken die Dieselzüge nicht durch Fahrzeuge mit alternativen Antriebstechnologien ersetzt werden könnten, zum Beispiel mit reinen Akku- oder zusätzlichen Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieben.

„Wir haben vor Beginn der bundesweiten Diskussionen zu alternativen Antrieben bereits Verkehrsverträge mit den Unternehmen geschlossen, die bis etwa 2030 gelten. Sie sehen den Einsatz von teilweise fabrikneuen Dieseltriebwagen vor. Daher können in diesen Verträgen kurzfristig keine anderen Fahrzeuge eingesetzt werden“, erklärt Fuchs. Weitere Gründe, die derzeit gegen Lösungen mit alternativen Antrieben sprechen: Zum einen sind die nicht elektrifizierten Streckenabschnitte im Allgäu für Akku-Fahrzeuge derzeit zu lang. Zum anderen verfügen die aktuell vorhandenen Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb nicht über die nötige Fahrdynamik und Höchstgeschwindigkeit, um die anspruchsvollen Fahrplankonzepte in der Region fahren zu können.

Die BEG will auch nach 2030 – nach voraussichtlichem Ende der Lebensdauer der aktuellen Fahrzeuge vom Typ VT 612 – an der Neigetechnik festhalten. Durch die damit verbundenen schnellen Fahrzeiten können in Lindau weiterhin attraktive Anschlüsse aus dem Ober- und Westallgäu in die Ostschweiz und nach Zürich hergestellt werden. Das neue Neigetechnikfahrzeug soll dann sowohl fahrleitungsgebunden als auch mit dann weiterentwickelten alternativen Antriebskonzepten fahren können. Derzeit laufen entsprechende Gespräche mit den Fahrzeugherstellern.

„Der Freistaat fordert vom Bund, dass weitere Strecken im Allgäu elektrifiziert werden. Elektrischer Fahrdracht ist nach wie vor die praktikabelste, wirtschaftlichste und ökologischste Lösung“, so die BEG-Geschäftsführerin. □

Carsharing:

Mobilitätslösung für ländlichen Raum

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt auf dem Land. Von diesen kann nur etwa ein Drittel das nächste Oberzentrum mit Bus und Bahn innerhalb von 30 Minuten erreichen – wenn Bus oder Bahn fahren. Das bevorzugte Verkehrsmittel ist deshalb der eigene PKW. Fast zwei Drittel aller Wege im ländlichen Raum werden damit zurückgelegt. Doch ein Fahrzeug ist teuer und wird nur 10 Prozent genutzt. Die restliche Zeit steht das teure Mobil herum und verursacht Kosten. Und steht kein eigenes Auto zur Verfügung, wird es schwierig mit der Mobilität.

Eine Lösung der Aachener Shared Mobility Plattform MOQO kann helfen. An immer mehr Orten bilden sich Initiativen, die selbst Mobilitätsangebote organisieren: Bürgerbusse, Sammeltaxen, Mitfahrgelegenheiten. Immer beliebter wird auf dem Land auch das selbst organisierte Carsharing. Träger sind Vereine, Gemeindeverwaltungen oder auch Unternehmen. Motto: Teilen ist das neue Haben.

Carsharing via App

Der „Fuhrpark“ besteht oft aus modernen umweltfreundlichen Elektrofahrzeugen, die zudem noch regionale regenerative Energie „tanken“. Lediglich für das Management nutzen viele Carsharer noch die gute alte Excel-Liste oder den Schlüsselkasten. Das frisst viel Zeit und kann schnell unübersichtlich werden.

Eine innovative App kann diese Herausforderung meistern und die Schwelle, ins Carsharing einzusteigen, auch für ganz normale Bürger und Bürgerinnen senken. Eine solche App wurde ursprünglich eher für städtisches Carsharing entwickelt. Jetzt beweist sie ihre Stärken aber auch auf dem Land und trägt hier ganz entscheidend zur Verbesserung der Mobilität und damit der Lebensqualität bei.

Die Lösung stammt von MOQO. Dahinter steht das Aachener Unternehmen Digital Mobility Solutions GmbH mit seinem Geschäftsführer Dr. Michael Minis; Und hinter ihm stehen über 30 Mitarbeiter. Die Aachener nennen sich Shared Mobility-Spezialisten und bieten eine professionelle Plattform, die für ganz verschiedene Mobilitätsangebote anpassbar ist.

Die MOQO-App macht das Teilen von allen denkbaren Fahrzeugen sowohl für die Betreiber wie auch für die Nutzer transparent und komfortabel. Die Software kann dabei die gesamte so genannte digitale Nutzererfahrung abbilden. Das heißt, alle Miet- und Abrechnungsprozesse sowie weitergehende Services wie die Aufnahme von Unfallschäden oder Fahrzeugzuständen und vieles mehr läuft komplett

über die App. Ja sogar Personal- oder Buchhaltungssysteme lassen sich in die App integrieren. Außerdem ist die Lösung skalierbar, das bedeutet, die Betreiber fangen „klein“ mit einem Fahrzeug an und können später weitere Fahrzeuge bequem in die Plattform integrieren.

Wenn der Betreiber es wünscht, kann er auf der Basis von MOQO auch eine eigene App unter der eigenen Marke anbieten, eine so genannte White-Label-Lösung. Auf einer Karte kann der Nutzer auch sehen, wo welche Fahrzeuge für ihn bereitstehen. Das erlaubt sowohl den spontanen als auch einen geplanten Zugriff auf die Fahrzeuge. Bei Elektrofahrzeugen wird er zudem über den Ladestand informiert, was die Planungssicherheit nochmals erhöht.

Volle Transparenz

Der Carsharing-Kunde kann über die App nicht nur die Fahrzeuge reservieren und mieten. Das System bietet ihm auch volle Transparenz über die Dienstleistungen, die er in Anspruch genommen hat, und die Kosten. Dabei hat der Anbieter der Shared Mobility auf der Plattform jederzeit die Kontrolle über seine Fahrzeuge. Der Datenschutz wird selbstverständlich beachtet.

MOQO ist nicht nur für Autos nutzbar. Auch andere Fahrzeuge, z.B. Fahrräder, E-Bikes, Roller, Scooter und vieles mehr, können in das System integriert werden. Auch die Integration von zusätzlichen Dienstleistungen wie etwa Fahrerdienste für Kunden ohne Führerschein oder Mitfahrgelegenheiten sind denkbar.

Ein weiterer Vorteil: Die Fahrzeuge in der MOQO-App können sogar öffentlich angezeigt werden. Das bedeutet, dass sich aus vielen einzelnen Carsharing-Initiativen ein bundesweites oder sogar länderübergreifendes Shared-Mobility-Ökosystem entwickeln kann – sofern es die Fahrzeug-Eigentümer möchten. Es gibt bereits eine Reihe von Carsharing-Projekten, die die MOQO-App mit Erfolg nutzen. Mehr Informationen unter: www.carsharing-auf-dem-land.de



FAHNEN KÖSSINGER

Alles für Städte und Gemeinden
Für den perfekten Auftritt ihrer Kommune

www.fahnen-koessinger.de/shop • Telefon: 09451 9313-0
[facebook.de/fahnenkoessinger](https://www.facebook.com/fahnenkoessinger) @ [instagram.de/fahnenkoessinger](https://www.instagram.com/fahnenkoessinger)

AKU-Landesversammlung in München:

Leitantrag zum Klima- und Umweltschutz

Die einstimmige Verabschiedung des Leitantrags „Gemeinsam handeln – der Klima- und Umweltschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ stand im Mittelpunkt der Landesversammlung des Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) in München. Schwerpunkt des Papiers ist die Absichtserklärung, themenbezogen mit anderen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen der CSU zusammenzuarbeiten, um den Herausforderungen des Klimawandels besser gerecht werden zu können.

Es gelte, Themen wie Umwelt- und Naturschutz sowie Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Herausforderungen zu begreifen, bei denen die Verantwortung nicht auf einzelne Gruppen abgewälzt werden dürfe. Gerade beim Klimaschutz müssten Innovationen vorangetrieben werden, um daraus Chancen zu entwickeln.

„Die Entscheidung, das Chemiedreieck zur Modellregion für Wasserstoff zu ernennen, zeigt beispielhaft: Klimaschutz und Innovationen müssen miteinander verbunden werden, um Wertschöpfung zu erhalten“, betonte Martin Huber MdL, wiedergewählter Landesvorsitzender des AKU. Ebenso dürfe bei diesem

„Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, für großflächige Objekte des Einzelhandels vor der Erteilung einer Baugenehmigung eine Garantie in Form einer Bürgschaft oder Kautions für den Fall einer lediglich kurzzeitigen Nutzung zu vereinbaren. Sollte das Unternehmen das Objekt vor dem Ablauf eines festgesetzten Zeitraumes aufgeben, kann der Betrag oder die Bürgschaft zur Nachfolgesuche für eine Nutzung des Geländes herangezogen werden“, heißt es hierzu in dem Leitantrag.

Darüber hinaus greift das Papier die Querschnittstechnologie CleanTech, die Umweltthemen, Digitalisierung, Sensorik und Industrie 4.0 verbindet, auf und setzt sich dafür ein, dass Bayern eine eigene „CleanTech-Strategie“ entwickelt und so sinnvoll diesen Bereich erschließt.

Laut AKU spielen für die ökologische Modernisierung intelligente Systemlösungen durch die Vernetzung von Daten eine Schlüsselrolle. Informationen können durch die Digitalisierung gebündelt und rascher verarbeitet und daraus immense Energieeinsparereffekte erzielt werden.

Wasser als kostbares Gut

Stichwort Förderung von Wassereffizienztechnologien zur nachhaltigen Wasserwirtschaft: Vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung sowie einer Verschärfung der Wasserknappheit nimmt die Bedeutung der Wasserversorgung zu. Hier müsse die bayerische Forschung ebenfalls ansetzen und gefördert werden. Auf Grundlage des Wasserpaktes Bayern und KULAP könnte hier ein neuer Forschungs- und Wirtschaftszweig mit großem internationalem Wachstumspotenzial entstehen.

Neben der E-Mobilität bestehen noch weitere Möglichkeiten, den Verkehr (insbesondere ÖPNV) klimafreundlicher zu gestalten. Über den Antriebsmix der Zukunft soll aus Sicht des AKU der Wettbewerb entscheiden. Neben grünem Wasserstoff könnten auch Diesel und Benzin, die aus erneuerbarem Strom und CO₂ hergestellt werden, wichtige Bausteine sein. Die Herstellung solcher E-Fuels stehe derzeit noch am Anfang ihrer Entwicklung. Um große Mengen zu produzieren, seien massive Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig. Außerdem müssten regulatorische Hürden abgebaut werden. Anwender der Power-to-X-Verfahren dürften nicht mehr als Endverbraucher im Sinne des EEG und des EnWG gelten und damit Abgaben und Umlagen zahlen müssen.

Auch müssten die Infrastruktur der Bahn abgebaut und stillgelegte Strecken bei Bedarf reaktiviert werden. Streckennetze für Personen- und Güterverkehr seien zu erweitern. Es gelte Anreize zu schaffen, um den Güterverkehr von der Straße auf die Bahn zu verlagern. Ergänzend müssten die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, um den Zugverkehr effizienter, sicherer und engmaschiger zu gestalten. So könne der Transitverkehr stark reduziert und damit große Mengen CO₂ eingespart werden. **DK**



AKU-Landesvorsitzender Martin Huber, MdL.

Thema nicht Stadt gegen Land ausgespielt werden.

In seinem Grußwort würdigte der Stellvertretende Generalsekretär der CSU, Florian Hahn MdB, die Rolle des AKU bei den aktuell drängenden Fragen des Umweltschutzes als Experten-gremium mit großer fachlicher Expertise. Die Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und stellvertretende Vorsitzende des AKU, Dr. Anja Weisgerber, berichtete ihrerseits über das Klimaschutzpaket des Bundes und stellte die erfolgte sinnvolle Weichenstellung hin zu einem umfassenden Klimaschutz dar, wobei sie auf die Notwendigkeit verwies, einen möglichst breiten Konsens zu erzielen, um eine Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden.

Ökosoziale Marktwirtschaft

Neben der Forderung nach einem Ausbau des CO₂-Zertifikatehandels und einer Implementierung in zukünftigen Handelsabkommen sollen dem Leitantrag zufolge Umweltkosten im Rahmen der Entwicklung einer Ökosozialen Marktwirtschaft besser in die Preisbildung mit einfließen. Schließlich erneuert der AKU die Forderung nach einer weiteren Reduzierung des Wald- und Flächenverbrauchs, beispielsweise durch die Bekämpfung von Brachflächen und Leerständen, die Aufstockung des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms, eine langfristige Planung der Stadtentwicklung, die Förderung von Mischnutzung in innerstädtischen Gebieten, die flexiblere Gestaltung des Denkmalschutzes, die Entsigelung von Flächen sowie die Kautions für Einzelhandelsobjek-



Bild: Georg Wagenbrenner

KlimaMACHER 2019:

Jeder kann einen Beitrag leisten!

Die Sieger des großen Klimawettbewerbs der Stadt Würzburg stehen fest. Eine hochkarätig besetzte Fachjury aus Politikern, Wissenschaftlern, NGOs, Umweltexperten und Pädagogen hat sich mit den Ideen der jungen Generation intensiv auseinandergesetzt und darüber entschieden, wer wie hoch finanziell gefördert werden soll und welche Kooperationen und Wissenstransfers die Einzelprojekte jetzt noch abrunden können.

Die Ergebnisse präsentierten nun Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Projektleiterin Nadine Bernard und die vielen KlimaMACHER/Paten bei der Preisverleihung in der Umweltstation. Unter den Teilnehmern fanden sich fast alle Schultypen, aber auch Jugendgruppen und Einzelpersonen von ganz jung bis „kurz vor dem Studium“. Insgesamt 14 Projekte werden gefördert.

Projekt „Umweltbildung“

Den ersten Platz (3000 Euro Förderung) sicherte sich die Leonhard-Frank-Grundschule mit dem schulweiten Projekt „Umweltbildung“. Oder genauer: Einer Vielzahl von Projekten. Man lebt das Siegel „Umweltschule“ und setzt auf Müll- und Plastikvermeidung oder auch einen Freitag ohne Fleisch in der Kantine und nach Möglichkeit auch auf den Pausenbrot. Zu allen Aktionen gibt es einen Song, der immer wieder um neue Strophen wächst.

Auf Platz zwei (2000 Euro Förderung) landeten Paulina Kusch und Carolin Sachs, die in Sachen Artenschutz aktiv werden wollen. Nistkästen sollen Wildvögeln ein neues Zuhause bieten. Dieses Projekt wie auch der 1. Preis werden mit dem Team der Umweltstation zusammenarbeiten.

Beim dritten Platz (1000 Euro Förderung) wird der Stadtbeauftragte André Hahn als Pate mit ins Boot geholt. Die SMV des Deutschhaus-Gymnasiums hat sich mit dem Projekt „Würzburg Cup & Box“ beworben. Im nächsten Schritt wird es darum gehen, auszuleuchten, welche Pfand-Verpackungssysteme bereits auf dem Markt sind und wo die SchülerInnen ihre Bedürfnisse am besten andocken können. Es geht um die Reduktion der über 300.000 To-Go-Becher, die in Deutschland in jeder Stunde über den Tresen gehen, aber auch um Einweg-Verpackungen für schnelle Mittagessen in den kurzen Pausen. Nudelgerichte oder asiatische Snacks schmecken nach Ansicht der Preisträger aus Mehrwegboxen genauso gut.

weitere elf Projekte, die den Kategorien „Nachhaltiger Konsum“, „Mobilität“ oder „Energieeinsparung“ zugeordnet werden können, erhalten ebenfalls eine Förderung von 500 € und darüber hinaus werden passende ExpertInnen zu Gesprächen oder Firmeneinblicken einladen. Mal wird zum Radio der Kontakt hergestellt, um in Sachen Podcast etwas dazuzulernen, mal werden der Botanische Garten und das Mineralogische Museum für Workshops die Tore öffnen. Vernetzung war bei diesem Wettbewerb Trumpf.

„Klimaschutz geht nie im Alleingang“, erklärte Oberbürgermeister Christian Schuchardt bei der Preisverleihung: „Aber jeder für sich alleine sollte es angehen und sich selbst fragen: Was kann ich beitragen? Das Wort Ich war deshalb im Logo des Wettbewerbs auch besonders hervorgehoben.“ Eigeninitiative war gefragt. Es geht um den Beitrag den man als Einzeller zu Hause, in der Schule und für die Gesellschaft leisten kann. Und vor allem darum, das eigene Verhalten zu hinterfragen. Den Nachmittag moderierte Kabarettist Andy Sauerwein. **□**

weitere elf Projekte, die den Kategorien „Nachhaltiger Konsum“, „Mobilität“ oder „Energieeinsparung“ zugeordnet werden können, erhalten ebenfalls eine Förderung von 500 € und darüber hinaus werden passende ExpertInnen zu Gesprächen oder Firmeneinblicken einladen. Mal wird zum Radio der Kontakt hergestellt, um in Sachen Podcast etwas dazuzulernen, mal werden der Botanische Garten und das Mineralogische Museum für Workshops die Tore öffnen. Vernetzung war bei diesem Wettbewerb Trumpf.

„Deshalb ist es gut, dass jetzt, nach sieben langen Jahren, das

Recyclingfähigkeit und Sekundärrohstoffeinsatz bei Verpackungen:

Wichtige Eckpfeiler für den Klimaschutz

Fachtagung von AGVU, bvse und BDE in Berlin

Mehr als 200 Vertreter der Politik und von Unternehmen der kunststoffverarbeitenden Industrie, der Produkthersteller, des Handels sowie der Recycling- und Entsorgungsbranche nutzen eine Berliner Fachtagung unter dem Motto „Recyclingfähigkeit und Sekundärrohstoffeinsatz bei Verpackungen – Eckpfeiler für den Klimaschutz“ als wichtiges Angebot des Informations- und Meinungsaustausches. Veranstalter waren die Verbände AGVU, bvse und BDE.

Parallel zur 25. Weltklimakonferenz in Madrid unterstrich die Konferenz zum Verpackungsrecycling die Bedeutung des Recyclings für den Klimaschutz. Zugleich machte sie mobil für die höhere Verwendung von Recyclingmaterialien in Verpackungen. Deutliche Kritik übten die Tagungsteilnehmer an die Politik: Wie BDE Geschäftsführer Dr. Andreas Bruckschen betonte, „ist es nicht erklärbar, dass im Klimaschutzpaket der Bundesregierung die Kreislaufwirtschaft nicht erwähnt wird. Von daher erwarten wir im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz ein Maßnahmenbündel zur Entwicklung des Rezyklatmarktes mit praxisnahen und sanktionsfähigen Vorgaben.“

Eintreten für eine bessere Wettbewerbsposition

Das erfolgreiche Wirken der Kreislaufwirtschaft für Klima und Umwelt hob der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Thomas Bareiß, hervor. Er machte klar, dass Recyclingrohstoffe gegenüber Primärrohstoffen eine bessere Wettbewerbsposition bekommen müssten.

AGVU-Geschäftsführer Dr. Dominik Klepper mahnte seinerseits die Politik, die Effekte einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft für die CO₂-Einsparung nicht zu unterschätzen und wies auf den Nutzen hin, der im Hinblick auf den Klimaschutz durch ein Schließen der Stoffkreisläufe erreicht werden kann: „Wir müssen das Recycling entlang der Wertschöpfungskette denken und leben. Nur wenn alle Akteure ihre Rolle im Zyklus erfüllen, werden wir zu einer Kreislaufwirtschaft kommen, die diesen Namen auch verdient.“

Vertrauen zurückgewinnen

Für Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung, ist angesichts der Klimaschutzdiskussion klar, dass spür- und messbare Fortschritte beim Kunststoffrecycling und der Kreislaufwirtschaft erforderlich sind, um die Glaubwürdigkeit zu verbessern und Vertrauen zurückzugewinnen: „Die Welt wird ohne Kunststoffe nicht auskommen können und deshalb gibt es nur eine Lösung, nämlich Kunststoffrecycling, wann

und wo immer es möglich ist.“ Die Branche stehe auf allen Wertschöpfungsebenen vor großen Herausforderungen, beginnend bei der Sammlung. Bei Störstoffgehalten von teilweise über 60 Prozent dürfe sich niemand über Qualitätsprobleme bei der Sortierung wundern. „Wer mehr Recycling will, muss dafür sorgen, dass an den richtigen Stellschrauben für mehr Qualität gedreht wird. Daher ist es erforderlich, dass die Bürgerinnen und Bürger durch regelmäßige und überregionale Kampagnen über den Sinn und Zweck und die Art und Weise der getrennten Sammlung informiert werden“, forderte der Hauptgeschäftsführer.

Pilotversuch

Hier sei mit dem abgeschlossenen Pilotversuch der dualen Systeme zur Kampagne „Recycle Deine Meinung – Mülltrennung wirkt“ ein erster positiver Schritt getan worden. „Wir brauchen aber so schnell wie möglich eine bundesweite und nachhaltige Kampagne, denn wir sind auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger dringend angewiesen.“ Voraussetzung für die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger ist nach Rehbocks Worten aber auch die Glaubwürdigkeit aller Verantwortlichen. Deshalb sei es erforderlich, die Kunststoffverpackungen so herzustellen, dass sie auch recycelt werden können. Design for Recycling laute das Stichwort.

Positive Impulse

Dabei machte Rehbock deutlich, dass hier etwas in Bewegung gekommen sei. Es gebe durchaus positive Impulse, doch müsse man an Geschwindigkeit zulegen. Der Hauptgeschäftsführer forderte daher eine klare Stichtagsregelung: An einem noch festzulegenden Stichtag dürfen dann nur noch Verpackungen in den Markt kommen, die den Mindeststandards der Zentralen Stelle entsprechen.

Mut zu Recyclingprodukten

Zum Thema Glaubwürdigkeit gehört Rehbock zufolge jedoch auch, dass Industrie, Handel, Gewerbe und die öffentliche Hand endlich mutiger werden und mehr Recyclingprodukte einsetzen. Er sieht hier Bund, Länder, Kommunen und öffentliche Institutionen in einer Vorreiterrolle, mobilisierten diese doch gemeinsam ein Beschaffungsvolumen von jährlich 350 Milliarden Euro. Auf diesem Gebiet könne die öffentliche Hand sofort „Nägel mit Köpfen“ machen. Das geschehe jedoch nicht oder nur in eingeschränktem Maße. Teilweise würden Recyclingprodukte sogar ausdrücklich bei Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Wie Rehbock abschließend bemerkte, ist es aus seiner Sicht „ziemlich unglaubwürdig, wenn die Politik von den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen in Deutschland Verhaltensänderungen verlangt, auf Abfallvermeidung pocht, mehr Recycling einfordert und den Einsatz von Recyclingprodukten propagiert, aber sich dort, wo sie selber ganz konkret etwas tun könnte, aus der Verantwortung stiehlt.“ **DK**

Gewerbliche Sammlungen stärken

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt auf ganzer Linie die Rechtsauffassung des bvse. Der Gesetzgeber hat ausdrücklich bestehenden gewerblichen Sammlungen einen weitgehenden Bestandsschutz gewährt.

Etliche Kommunen haben dies in der Vergangenheit nicht hinnehmen wollen und durch einen Griff in die juristische Trickkiste versucht, bestehende gewerbliche Sammlungen zu untersagen. Das betraf natürlich nicht nur die Altpapiersammlungen, auch die gewerblichen Sammelstrukturen im Schrott- und Altkleiderbereich sind von Seiten der Kommunen unter juristisches Feuer genommen worden, teilweise zunächst mit Erfolg.

„Deshalb ist es gut, dass jetzt, nach sieben langen Jahren, das

er des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung.

Wichtiger Baustein

Gewerbliche Sammelstrukturen bildeten einen wichtigen Baustein für eine qualitativ hochwertige, getrennte Erfassung von Abfällen, die zu Sekundärrohstoffen aufbereitet und dem Wirtschaftskreislauf zugeführt werden können. Sie seien daher keinesfalls zu bekämpfen, sondern im Sinne einer Optimierung der Kreislaufwirtschaft zu stärken. Aus Sicht des bvse gibt es vor Ort genügend Raum für eine „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen Privatwirtschaft und den Kommunen. **□**

Rücknahmesystem für batteriehaltige Geräte:

Umfangreiche Mängelliste

Derzeit vergeht kaum eine Woche, in der es nicht zu einem Brandereignis kommt. Davon betroffen sind nicht nur Erstbehandlungsanlagen nach dem ElektroG, sondern auch Sortieranlagen für Verpackungsabfälle oder der Gewerbeabfallsortierung.

Die von den Herstellern vor Jahren begonnene Umstellung auf batteriebetriebene Gerätearten, macht sich nun deutlich im Rücklauf bemerkbar, erläutert bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock in einem Schreiben an die Abteilungsleiterin Dr. Regina Dube beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Jede falsch entsorgte Lithiumbatterie bzw. Lithiumzelle sei eine potenzielle Zündquelle. Deshalb benötige die Branche schnelle Verbesserungen.

Branche inzwischen als „deutlich überschritten“ an. Unternehmen mit Schadensereignissen müssten hohe Versicherungskosten tragen oder würden gar nicht mehr versichert, wenn nicht erhebliche Summen in aktive Brandschutzmaßnahmen investiert würden. Das zehrt natürlich an der Liquidität, so dass der bvse nicht mehr ausschließt, dass Unternehmen ihr Engagement im Altgeräte-recycling einstellen werden.

Für gründliche Nachjustierung

Rehbock: „Natürlich sehen wir hier auch die Verantwortung jedes einzelnen Verbrauchers. Fakt

ist jedoch, dass die Verbraucheraufklärung über die Risiken von Batterien und die fatalen Auswirkungen sogenannter Fehlwürfe völlig unzureichend ist. Wenn mehr als die Hälfte der Batterien, die in Haushalten anfallen und hochgefährliche Substanzen enthalten, im Restmüll oder sogar der LVP-Sammlung landen, ist es unserer Ansicht nach an der Zeit, das Rücknahmesystem grundlegend zu überdenken und gründlich nachzusteuern.“

Pfand ist keine Lösung

Dabei warnt der bvse ausdrücklich „vor einer Fokussierung auf eine Pfandpflicht für bestimmte energieintensive Lithiumbatterien“. Zwar ist der Verband für eine Befragung größerer Batteriesysteme, wie E-Scooter oder Rasenmäher. Der bvse

betont jedoch, dass dies höchstens eine Teillösung sei und weist darauf, dass Brandrisiken schließlich auch von weniger energieintensiven Lithiumbatterien ausgehen, für die eine Pfandpflicht nicht realisierbar ist.

In dieser Situation tobt derzeit jedoch auch noch ein Streit der bestehenden Rücknahmesysteme untereinander. Das verunsichert nicht nur die Marktteilnehmer, es ist auch zu befürchten, dass die momentan noch bestehenden Rückgabemöglichkeiten in Frage gestellt werden.

„Das ist natürlich kontraproduktiv. Wir brauchen ja in Wirklichkeit eine deutliche Ausweitung der Batterie-Rückgabemöglichkeiten für die Verbraucherinnen und Verbraucher“, erklärt Eric Rehbock. Der bvse fordert in dem Schreiben an das Bundesumweltministerium zudem eine intensive verbraucherbezogene Aufklärung über die Gefährlichkeit von Batterien, insbesondere hinsichtlich der möglichen Risiken der Selbstentzündung und der Umweltauswirkungen bei unsachgemäßer Rückgabe und Entsorgung. Außerdem eine eindeutige Kennzeichnung batteriebetriebener Geräte, z. B. mit dem Aufdruck „Nur gesonderte Rückgabe beim Wertstoffhof, Handel oder beim gem. ElektroG zertifizierter Entsorgungsfachbetriebe“.

Für wirksame Verbesserungen

Der bvse verlangt möglichst schnelle und wirksame Verbesserungen. Helfen würde es schon, so der bvse, wenn zunächst einmal die bereits vorhandenen gesetzlichen Regelungen zur Erfassung endlich umgesetzt werden. Dazu müssten insbesondere die Annahmestellen vieler kommunaler Wertstoffhöfe qualitativ aufgerüstet werden. Teilweise scheinen die vorhandenen kommunalen Annahmestellen nämlich nicht die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen, was zur regelwidrigen Befüllung der Sammelcontainer führt.

Fachwissen umsetzen

Um eine sach- und regelgerechte Sammlung zu gewährleisten, ist aber eine gesteuerte Annahme batteriebetriebener Altgeräte durch fachkundiges Personal bei den kommunalen Wertstoffhöfen und beim Handel zwingend erforderlich. „Nur weil die Entsorgungswirtschaft schon seit Jahren eigentlich nicht ADR-konforme Transporte batteriebetriebener Altgeräte durchführt, halten wir das System trotzdem noch am Laufen. Das kann aber kein Dauerzustand sein. Wir baden derzeit die Versäumnisse der Kommunen aus und werden mit den Risiken alleine gelassen. Hier ist deshalb auch der Ländervollzug ge-

Abfallbilanz 2018:

Hausmüll in Bayern

Eine erfreuliche Abfallbilanz für das Jahr 2018 hat das Bayerische Landesamt für Umwelt vorgelegt. „Obwohl die Bevölkerung Bayerns 2018 um rund 60.000 Einwohner stieg, ist das Gesamtabfallaufkommen um 0,9 % gesunken. Es liegt 2018 bei 486,1 kg pro Einwohner“, betonte LfU-Präsident Claus Kumutat.

Allerdings ist auch das Wertstoffaufkommen von 4,29 Mio. t leicht auf 4,26 Mio. t gesunken und liegt somit im Bilanzjahr bei 326,4 kg pro Einwohner. Bioabfälle stellen mit fast 50 % die größte Wertstofffraktion (147,7 kg pro Einwohner). Leicht gestiegen sind die erfassten Mengen an Leichtverpackungen (21,1 kg pro Einwohner) und Abfällen aus der Biotonne (57,1 kg pro Einwohner). Die Menge bei Glas (22,9 kg pro Einwohner) war leicht rückläufig. In 94 von 96 Körperschaften standen den Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2018 insgesamt 1.583 Wertstoffhöfe zur Verfügung (2017: 1.620).

Organischen Abfall verringern

Im Bilanzjahr wurden 229 Kompostieranlagen (Vorjahr: 235) und 7 Vergärungsanlagen (Vorjahr: 6) in Bayern sowie 2 Anlagen außerhalb Bayerns zur Verarbeitung von insgesamt 929.800 t Grün- (etwa 965.700 t im Vorjahr) genutzt. Bei 48 bayerischen Bioabfall-Kompostieranlagen (50 im Vorjahr) und 22 Vergärungsanlagen (21 im Vorjahr) sowie 6 Anlagen außerhalb Bayerns wurden insgesamt rund 1.015.300 t Bioabfallgemische mit Abfällen aus der Biotonne (1.012.400 im Vorjahr) angeliefert.

Die Eigenkompostierung wurde nach Angabe von 74 Städten und Landkreisen und somit von etwa 77 % der Körperschaften gefördert. Es wurden Zuschüsse zu Kompostern oder Häckslern, Kompostierkurse, reduzierte Abfallgebühren oder die Wahl eines kleineren Restabfallbehälters angeboten, um den kommunal erfassten Anteil an organischen Abfall zu verringern.

Stadt versus Land

In Großstädten setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort: Trotz vieler Wertstoffsam-

fordert, um eine regelkonforme Organisation und Infrastruktur der kommunalen Annahmestellen durchzusetzen“, so der bvse-Hauptgeschäftsführer.

Entsorgungsunternehmen müssen nach Auffassung des Verbandes zukünftig außerdem fehlerhaft befüllte Container auf der Grundlage des ElektroG ablehnen können. Der bvse hat dazu in seinem Positionspapier zur Novelle des ElektroG bereits einen Vorschlag gemacht. □

melstellen werden weit weniger Wertstoffe gesammelt als in ländlichen oder städtischen Regionen und es fällt überdurchschnittlich viel Restmüll an (159,6 kg pro Einwohner).

Ende 2018 wurden in Bayern



Claus Kumutat. □

33 Deponien der Deponieklasse I und II zur Ablagerung von Abfällen betrieben. An zehn Standorten wurden im Bilanzjahr keine Abfälle abgelagert, dort stehen jedoch weiterhin Kapazitäten zur Verfügung. Insgesamt wurden im Bilanzjahr 433.193 t (Vorjahr: 504.702 t) abgelagert. Der Anteil der abgelagerten Menge an Aschen und mechanisch-biologisch vorbehandelten Abfällen belief sich auf 95.573 t. Weitere 378.550 t Abfälle wurden im Rahmen von Verwertungsmaßnahmen auf Deponien in Bayern eingesetzt. Zum 31.12.2018 war ein ausgebautes Restvolumen der Deponieklasse I und II von 6,78 Mio. m³ verfügbar.

Deutliche Unterschiede

Vergleicht man die verschiedenen Städte und Landkreise in Bayern, so fällt auf, dass es gerade beim Restmüllaufkommen deutliche Unterschiede gibt. Die Sammelmengen reichen von 60,3 kg pro Einwohner bis 278,5 kg pro Einwohner. Zwar sind insgesamt die Veränderungen der Erfassungsmengen der Wertstoffe, des Restabfall- und des Gesamtabfallkommens marginal, aber die regionalen Schwankungen zeigen deutlich, dass Optimierungspotenzial besteht. Durch Bewusstseinsbildung für nachhaltige Verhaltensweisen gilt es von den Besten zu lernen, um dem wichtigsten Ziel der Abfallwirtschaft – der Abfallvermeidung – näher zu kommen. DK

Schmerzgrenze überschritten

Der bvse-Hauptgeschäftsführer sieht die Schmerzgrenze der

International Mountain Day in Schloss Elmau:

Die Berge sind wichtig!

Bereits zum 2. Mal veranstaltete die Umweltforschungsstation Schneefernerhaus gemeinsam mit dem Landratsamt Garmisch-Partenkirchen eine Veranstaltung auf Schloss Elmau. Über 200 Besucher kamen zu der kostenlosen Veranstaltung, um den Bergen an diesem Tag besondere Beachtung zu schenken.

Die Berge sind das Zuhause von 15 % der Weltbevölkerung und ein Viertel aller Tier- und Pflanzenarten kommen dort vor. Viele Menschen beziehen ihr Trinkwasser aus den Bergen, und natürlich spielen sie für uns als Erholungsort eine große Rolle. Leider bleiben auch die Berge von dem Klimawandel nicht verschont; viele Regionen sind sogar besonders stark gefährdet, da die Ökosysteme in höheren Lagen sehr viel sensibler sind.

Dies war der Grund, dass 1992 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung ein Do-

kument zum nachhaltigen Umgang mit den Bergen („Managing Fragile Öcosystems: Sustainable Mountain Development“) verfasst wurde. Daraufhin haben die United Nations den 11.12. als „International Mountain Day“ (IMD) deklariert. Ziel davon ist es, weltweit Aktionen durchzuführen, bei denen die Bevölkerung auf die Wichtigkeit, Schönheit aber auch Verletzbarkeit der Berge aufmerksam gemacht wird.

2018 hat Dr. Inga Beck von der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus (UFS) initiiert, ebenfalls eine Veranstaltung in

der Region Garmisch-Partenkirchen zum IMD durchzuführen. Diese Idee wurde dann gemeinsam mit Florian Diepold-Erl (Klimaschutzmanager des Landkreises Garmisch-Partenkirchen) und dem „EagleWings-Projekt Protecting the Alps“ durchgeführt. Die Intention dabei war Wissenschaft, Politik und Kultur an einem Nachmittag unter dem Motto „Berge“ zu vereinen und somit das Thema einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Großer Zuspruch

Nach dem großen Anklang im vergangenen Jahr wurde diese Veranstaltung dieses Jahr wiederholt: Über 200 Besucher kamen zusammen und ließen sich von Inga Beck durch den Abend führen.

Nach Begrüßungsworten von Landrat Anton Speer erläuterte Prof. Dr. Stefan Dech (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) mit eindrucksvollen Bildern, wie man die Berge aus dem All vermessen und beobachten kann. Im Anschluss kamen bei einer Podiumsdiskussion abea Hientz (Sprecherin, Fridays for future GAP), Prof. Dr. Harald Kunstmann (KIT IMK-IFU, GAP), Sebastian Kramer (Geschäftsführer, Zugspitz Region GmbH), Michael Lentrodt (Präsident des dt. Berg- und Skiführerverband) und Prof. Dr. Traudl-Hoffmann (Chefarztin für Umweltmedizin) zu Wort.

Jeder einzelne ist gefordert

Dabei wurde der klare Wunsch an mehr Umsicht im Bereich Tourismus in den Bergen deutlich. Außerdem wurde neben Forderungen nach strikteren Klimaschutzgesetzen ein nachhaltigeres Verhalten jedes Einzelnen appelliert. Den kulturellen Abschluss der Veranstaltung machte die Band Loisach Marci, Kulturbotschafter des Landes Bayern, die anfangs auf Bilder von „Berge aus dem All“ von Herrn Dech improvisierte. Wer wollte, konnte sich im Anschluss noch von scientist für future Aktivisten im Foyer über deren wissenschaftliche Arbeiten informieren.

Die Organisatoren waren von dem Andrang der Veranstaltung positiv überrascht: „Es zeigt uns, dass den Bürgern im Landkreis die Natur und die Umwelt am Herzen liegt, und ein großes Interesse an ‚Ihren‘ Bergen existiert. Als Vertreterin einer Umweltforschungsstation freut mich das natürlich sehr“, so Inga Beck. □

Kreislaufwirtschaft und thermische Verwertung:

Kein Widerspruch

Erneut hat sich der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen für die zügige Umsetzung eines Maßnahmenpaketes eingesetzt, um der Engpasssituation im Bereich gemischte Gewerbeabfälle zu begegnen.

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Entsorgungsbranche die getrennte Erfassung und Sortierung von Gewerbeabfällen konsequent vorangetrieben. Dadurch wurde es möglich, einen immer höheren Anteil an Gewerbeabfällen dem Recycling zuzuführen. Zugleich stellt VBS-Präsident Otto Heinz fest: „Die thermische Verwertung... ist ein fester Baustein der Kreislaufwirtschaft und sorgt insbesondere dafür, dass aus nicht-recycelbaren Abfällen Energie entsteht.“

Seit einiger Zeit gibt es einen bundesweiten Engpass bei der thermischen Verwertung gemischter Gewerbeabfälle. Hierfür gibt es mehrere Ursachen: Das anhaltende Wirtschaftswachstum führt zu jährlichen Steigerungsraten beim Gewerbe- und Hausmüll. Der auf langfristigen Verträgen basierende Import von jährlich über eine Million Tonnen Abfällen aus dem EU-Ausland in nord- und westdeutsche Anlagen bewirkt eine zusätzliche Belastung für die MVA.

Verschärfend wirkt die neue Düngeverordnung: Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Verwertungsflächen stehen hierdurch der Klärschlammverwertung nicht mehr zur Verfügung, was zusätzliche Mengen für die MVA bedeutet. Der anhaltende Trend zu Einwegprodukten und schlecht recycelbaren Konsumartikeln führt zu höheren Restmengen aus der Sortierung.

Der VBS fordert ein umfassendes Maßnahmenpaket, um der angespannten Situation zu begegnen und die MVA zu entlasten:

- die Biotonne flächendeckend in ganz Bayern einführen;
- landwirtschaftliche Betriebe verpflichten, Plastikfolien wieder zu verwenden;
- die Abholungsmechanismen für Altpapier optimieren (größere Tonnen oder ein engerer Abholrhythmus);
- das Inverkehrbringen von Einweg-Bechern und Kunststoffdeckeln verteuern oder verbieten;
- Verkaufsverpackungen in München erfassen: Depotcontainer durch haushaltsnahe Erfassung ersetzen (gelber Sack/gelbe Tonne);
- Abfälle, die an MVA geliefert werden, konsequent vorsichten;
- eine Vorsortierung für Sperrmüll einführen;
- die Revisionen der bayerischen MVA unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der gewerblichen Wirtschaft koordinieren;
- behördliche Genehmigungen für Entsorgungsunternehmen zur Absteuerung von Mengen in eine Verwertungsanlage im EU-Ausland (+Schweiz) schnell erteilen;
- Investitionen in neue Abfallbehandlungsanlagen zügig positiv bescheiden;
- prüfen, ob weitere Zwischenlager genehmigt werden können;
- mögliche Zwischenlagerungen über einen Zeitraum von über einem Jahr hinaus prüfen. □

Straßenmeistereien im Landkreis Passau sind gut vorbereitet:

Der Winter könnte noch kommen

20 Fahrzeuge und 54 Mitarbeiter in Bereitschaft

Herbert Hebel, Leiter der Kreisstraßenverwaltung im Landkreis Passau, ist für die kalte Jahreszeit bestens gerüstet. In den Kreisbauhöfen in Patriching, Wegscheid und Ortenburg sind Fahrzeuge jederzeit einsatzbereit. „Die Bereitschaftspläne bereits seit Oktober gültig“, so Hebel.

Dabei haben die beiden Straßenmeistereien im Landkreis Passau gerade im Winter einiges zu tun. Sie betreuen eines der längsten Kreisstraßennetze in Bayern – insgesamt 589 Kilometer.

ge haben Priorität“, erklärt Kleingütl. Mit seinem Arbeitsgerät – ein 400 PS starker und 26 Tonnen schwerer MAN-Lastwagen – sorgen er und seine Kollegen dafür, dass morgens im Berufs- und

streut,“ weiß der erfahrene Straßenwärter. Auf seinem Räumfahrzeug kann Markus Kleingütl gut vier Tonnen Salz und zwei Kubikmeter Sole mitnehmen.

Eigene Anlage zur Sole-Aufbereitung

Zum Winterbeginn lagerten dazu allein in den Hallen des Bauhofs Patriching 1.200 Tonnen Streusalz. In diesem Winter ist davon noch eine Menge übrig. Die Sole – ein zu 21 Prozent gesättigtes Salz-Wassergemisch – wird vor Ort durch eine eigene Anlage aufbereitet und in den Streuaufbau auf dem Winterdienst-Lkw gefüllt. Das moderne Streugerät benetzt das Salz beim Streuteller mit Sole. „Dadurch wird die Haftung des Salzes auf der Straße verbessert und ein Verwehen durch den nachfolgenden Verkehr wird verhindert,“ so Kleingütl.

Zusammenarbeit mit Privatunternehmen

Auf den Landkreisstraßen sind im Winter bis zu 20 Räum- und Streufahrzeuge im Einsatz. Davon gehören acht dem Landkreis selbst, zwölf stellen beauf-

tragte Privatunternehmen. Zwei seiner Fahrzeuge hält der Landkreis auf Reserve, für den Fall eines Schadens an einem Fahrzeug aus dem Regelbetrieb. Die beiden Reservewagen sind bei starkem Schneefall aber auch mit Schneeschleudern unterwegs. In der vergangenen Saison hat der Landkreis rund 4.100 Tonnen Salz auf seinen Straßen ausgebracht. Mit allen Personal-, Betriebs- und Materialkosten kamen im Winter 2018/2019 etwa 1,4 Millionen Euro zusammen.

Einsatz rund um die Uhr – sieben Mal in der Woche

Markus Kleingütl und seine Kollegen arbeiten im Schichtbetrieb. Mit ihren Fahrzeugen sind sie bei normalen winterlichen Verhältnissen von 3.00 Uhr morgens bis 21.00 Uhr abends auf den Straßen. Im Extremfall ist aber auch ein 24-Stundendienst möglich – an allen Werktagen, Wochenenden und Feiertagen.

Probleme gibt es im Normalbetrieb eigentlich nicht – nur bei extremen Wetterverhältnissen wird es auch für die Winterdienstfahrer schwierig durchzukommen. Eines wünschen sich Markus Kleingütl und seine Kollegen aber von Anwohnern und Autofahrern: Mehr Verständnis und Rücksicht. „Denn nur so können wir auf unseren Kreisstraßen zuverlässig für freie Fahrt sorgen“, so Kleingütl. □



Die Salzlager des Landkreises Passau sind immer noch gut gefüllt. Hier in Patriching hatte man rund 1.200 Tonnen Salz eingelagert, erläutern der Leiter der Kreisstraßenverwaltung, Herbert Hebel (li.) und motorisierter Straßenaufseher Bruno Starkl. Bild: LRA Oassau

54 Mitarbeiter im Winterdienst sorgen für freie Straßen. Einer von ihnen ist Markus Kleingütl. Wenn der Winterdienstmel-der ihn verständigt, muss er ab 3 Uhr morgens auf die Straße. Wie jeder seiner Kollegen ist er für etwa 30 Kilometer Strecke zuständig. „Die meistbefahrenen Strecken und die Schulverkehrswe-

Schulverkehr die Straßen befahrbar sind. Dazu ist an seinem Lkw ein 3,60 breites Räumchild und ein Streuaufbau angebracht. „Wir bringen größtenteils Feuchtsalz, also mit Sole benetztes Streusalz aus. Nur wenn die Temperaturen unter -10 Grad Celsius fallen, wird wegen einer besseren Auftauwirkung trockenes Salz ge-



Bild: www.stmelf.bayern.de

Über 900 Streuobstbäume für mehr Artenvielfalt

Kaniber zieht Erfolgsbilanz der bayernweiten Pflanzaktionen

Zum Start der bayernweiten Pflanzaktion hatte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber im April selbst zum Spaten gegriffen und gemeinsam mit Grundschulkindern aus Rohrdorf Obstbäume auf einer kommunalen Streuobstwiese gepflanzt. Ziel der landesweiten Kampagne an allen Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten war es, auf die vielfältigen Leistungen der Streuobstbestände für Natur und Umwelt hinzuweisen und die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren.

Die Bilanz kann sich sehen lassen: Bis Jahresende 2019 wurden im Rahmen dieser Aktionen – 66 waren es in Bayern – mehr als 900 Streuobstbäume gepflanzt, darunter viele alte und regionale Sorten. „Mit den Pflanzaktionen haben wir nicht nur viele neue Streuobst-Bestände begründet, wir haben den Menschen auch vor Augen geführt, dass jeder konkret etwas für die Artenvielfalt tun kann“, so die Ministerin.

Viele engagierte Akteure

Streuobstbestände gehören zu den artenreichsten Lebensräumen in Bayern. Rund 5.000 Tier- und Pflanzenarten kommen dort vor. Im Rahmen der Aktionen wurden Landwirte, Waldbesitzer, aber auch Verbraucher, Gartenbesitzer, Kommunen, Schulen und Verbände gezielt über dieses Thema informiert. Partner der Aktionen waren Kinder-

gärten, Schulen, Obst- und Gartenbauvereine, der Landesbund für Vogelschutz, der Bund Naturschutz, die Maschinenringe und Imker. „Mit den vielen engagierten Akteuren werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass die gepflanzten Bäume die notwendige Pflege erhalten und die Ernte verwertet wird“, so die Ministerin.

Themenschwerpunkt Biodiversität

Die Landwirtschafts- und Forstverwaltung hat 2019 und 2020 die Biodiversität als Themenschwerpunkt. Unter dem Motto „Unser Auftrag: Erzeugung gestalten – Arten erhalten“ sind auch im neuen Jahr bayernweit vielfältige Veranstaltungen geplant. Detaillierte Informationen dazu gibt es im Internet unter www.stmelf.bayern.de/biodiversitaet. □



Kahlbacher-Fräser und Fiedler-Streuer.

Bild: Holder

Holder Geräteträger im Winterdienst:

Zuverlässige Technik für sichere Straßen und Wege

Ob kommunale Fuhrparks, private Servicedienstleister, Industrieunternehmen oder Immobilienbetreiber – viele dürften jeden Winter vor der Frage stehen, wie sie ihre Winterdienstaufgaben mit einer intelligenten Kombination aus Trägerfahrzeugen und Anbaugeräten zuverlässig, effizient und kostengünstig bewältigen können.

Holder bietet mit seinem Premium-Fahrzeugprogramm von 45 bis 130 PS ein breites Spektrum an Geräteträgern für den Winterdienst. Leichte bis mittlere Räum- und Streuaufgaben können zuverlässig mit den Knicklenkern der X-, B- und C-Reihe oder auch mit dem Vier-Rad-gelenkten MUVO erledigt werden. Im Heavy-Duty-Einsatz, insbesondere in den schneereichen und alpinen Regionen, überzeugen die leistungsstarken Modelle der S-Reihe. Eine Vielzahl an Räumchildern, Schneefräsen und Streuern lässt sich problemlos über die genormten Schnittstellen anbauen. Durch die jahrelange enge Zusammenarbeit von Holder mit seinen Premiumpartnern sind Fahrzeug und Anbaugerät optimal aufeinander abgestimmt, um technisch einwandfreie, effiziente und langfristig funktionierende Komplettsysteme bereitzustellen zu können.

Kunden schätzen bei Holder vor allem die Knicklenkung. Mit ihr kann man zum einen Hindernissen auch auf kleinstem Raum ausweichen und zum anderen lässt sich das Anbaugerät, also das Räumchild oder die Schneefräse, über die Lenkung spielend leicht und optimal ausrichten. Durch die dreidimensionale Neigungsverstellung kann dabei auf alle Umgebungsvaria-

blen eingegangen werden. Auch die Schwimmstellung, die einen gleichmäßigen Abstand zum Boden ermöglicht und so die Anbaugeräte schon bzw. für eine längere Lebensdauer sorgt, ist ein wichtiger Aspekt. Vor allem beim Schneefräsen wirkt die intelligente Grenzlastregelung: Sie sorgt dafür, dass sich die Fahrgeschwindigkeit automatisch an die Leistungsabnahme am Frontanbaugerät anpasst. Damit auch der Fahrer bei Minustemperaturen und im Dauereinsatz volle Leistung bringen kann, verfügen die Holder Komfortkabinen über eine optimale Wärmedämmung, leistungsstarke Heizungen und wintergerechte Ausstattungsmerkmale wie Sitzheizung, Klimaanlage oder beheizbare Frontscheibe und Außenspiegel. Gute Servicezugänglichkeit wird bei Holder unter anderem durch die zu öffnenden Seitenklappen gewährleistet, wodurch man ganz einfach an Batterie und Sicherung herankommt.

Die Fahrzeuge von Holder sind Multifunktionsgeräte, die ganzjährig eingesetzt werden können. So besteht die Möglichkeit zur Umrüstung für weitere Anwendungen auf höchstem Niveau, sei es in der Grünpflege, beim Kehren und Reinigen, bei Transportaufgaben oder bei zahlreichen Spezialanwendungen. □



Das Tiroler Familienunternehmen Lindner produziert Traktoren und Transporter für die alpine Berg- und Grünlandwirtschaft, die Kulturlandwirtschaft, Seilbahnen und den Kommunalbereich. Jetzt kommt der Tausendsassa aus Tirol auch als Loipenspurgerät zum Einsatz. Bild: mueller.ac

Lintrac – Loipenspurgerät ohne Kompromisse

Das „Lindner Lintrac powered by mueller Loipenspurgerät“ überzeugt durch sein fahreroptimiertes Bedienkonzept, seine Wendigkeit und seine flexiblen Einsatzmöglichkeiten. Heute wird das Fahrzeug in Balderschwang im Allgäu vorgestellt.

Januar 2020, milde Temperaturen und wenig Schnee. Da kommt für Langlaufbegeisterte eine Neuentwicklung aus Österreich gerade recht. Eine besondere Innovation präsentieren der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner gemeinsam mit dem Pisten-technikspezialisten mueller aus Vorarlberg: den Lintrac als Loipenspurgerät.

Natürlich steht der Lintrac für den kommunalen Ganzjahreseinsatz zur Verfügung. Viele Kommunen sind auf der Suche nach einer Alternative zu einem reinen Loipenspurgerät, für das sie viel Geld ausgeben müssen und nur wenige Monate im Jahr nutzen können. Sie finden im Lintrac eine phantastische Alternative. Ein Fahrzeug ohne Kompromisse, 12-Wege-Räumchild, Kettenlaufwerk, stufenloser Fahrtrieb, 4-Rad-Lenkung, Nachlauf- fräse mit hydraulisch klappbaren Seitenfinishern, Multicontrol-Joystick und eine Fahrzeugkabine, die höchste Ansprüche erfüllt.

Bei der Entwicklung des Lintrac Loipenspurgerätes stand der Sitz- und Bedienkomfort für den

Fahrer im Vordergrund. Sämtliche Funktionen des Räumchildes wie der Nachlauf- fräse sind zur intuitiven Bedienung auf dem Multicontrol-Joystick angebracht, auch die Richtungsumkehr vorwärts oder rückwärts erfolgt über den Joystick.

Optimales Multifunktionsfahrzeug

So entstand ein optimales Multifunktionsfahrzeug für die Pflege von Loipen und Wanderwegen in der kalten Jahreszeit. Mit dem 12-Wege-Räumchild und der Nachlauf- fräse können Wege für Wanderer geräumt und kleine Skilifte präpariert werden. Ergänzt um zwei Spurplatten, ist diese Gerätekomposition als ideales Spurgerät für Langlaufloipen einsetzbar.

Das Vorarlberger Unternehmen mueller ist spezialisiert auf die Entwicklung und Fertigung von Anbaugeräten zur Pflege von Langlaufloipen, Winterwanderwegen, Rodelbahnen, u.v.m., so wie für Fahrzeugumbauten im Bereich Kettenantrieb. □

Bewerbungsstart für Bundespreis Stadtgrün

BMI prämiert attraktive Parks und grüne Freiräume mit insgesamt 100.000 Euro

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat lobt zum ersten Mal den Bundespreis Stadtgrün aus. Der Preis würdigt außergewöhnliches Engagement für urbanes Grün, vielfältige Nutzbarkeit, gestalterische Qualität, innovative Konzepte und integrative Planungsansätze.

Städte und Gemeinden in Deutschland können sich ab sofort mit ihren Stadtgrün-Projekten bewerben. Auch Planer, Bürgerinnen und Bürger, Initiativen oder Vereine sind aufgerufen, ihre Projekte gemeinsam mit der Gemeinde einzureichen. Im Fokus steht der Mehrwert öffentlicher Grün- und Freiräume für die Menschen.

Bundesminister Horst Seehofer: „Für lebenswerte Städte brauchen wir grüne Freiräume. Kinder brauchen Platz zum Spielen und Erwachsene zum Durchatmen. Der Bundespreis Stadtgrün fördert diese zukunftsorientierte Stadtentwicklung. Das ist gut für unser Miteinander, unsere Gesundheit und das Klima.“

Der Wettbewerb ist mit einem Preisgeld von insgesamt 100.000 Euro dotiert und wird in vier verschiedenen Kategorien vergeben:

- Gebaut
- Genutzt
- Gepflegt
- Gemanagt

Eine unabhängige Jury entscheidet über die Auszeichnung von Projekten mit Preisen und Anerkennungen. Sie ist mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen Garten- und Landschaftsarchitektur, Stadtentwicklung und Stadtplanung, Vertretern und Vertreterinnen des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Deutschen Landkreistags sowie mit Vertretern aus Bundesministerien besetzt. Die Preisverleihung findet im September 2020 in Berlin statt.

Der Bundespreis Stadtgrün ist ein wichtiger Baustein in der Umsetzung des Weißbuchs Stadtgrün. Er wird vom Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag unterstützt.

Weitere Informationen unter www.bundespreis-stadtgruen.de □



In Reih und Glied stehen die MB-Tracs und ein Unimog in der Halle von Anton Obermeier. Sein Liebling ist „Schneewittchen“, ein weißer MB-Trac 700.

Bilder: Markus Bauer

Bayern ist – wäre – gerüstet:

Neuerungen beim Winterdienst

Rund 1.300 Großfahrzeuge und etwa 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen bereit

Bayerns Winterdienst ist für den Winter auf jeden Fall gut gerüstet. Dabei will die Bayerische Staatsbauverwaltung mit dem Salz auch in dieser Saison wieder ökonomisch und ökologisch umgehen. Neben innovativen Streumethoden mit sparsam aufgetragener Salzsole geht deshalb ein neues Pilotprojekt an den Start, bei dem Salzwasser aus der niederbayerischen Gurkenproduktion zum Einsatz kommt. Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart freut sich, dass die Firma Develey als Projektpartner gewonnen werden konnte: „Wir recyceln das übrig gebliebene Salzwasser der Firma Develey und verringern so die Menge an Salz, das in die Umwelt gelangt – eine Win-Win-Situation!“

Die Autobahn- und Straßenmeistereien in Bayern stellen die Sole, die sie in flüssiger Form auf den Straßen aufbringen, im Regel-

den in diesem Winter erstmals mit Salzwasser der Firma Develey her, das bei der Produktion von Salzgurken entsteht und norma-

ßen aufgebracht werden kann.

Sicherheit und Umweltschutz Hand in Hand

Verkehrsminister Reichhart und Develey-Werkleiter Huber stellten das Pilotprojekt auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Dabei betonte Reichhart, dass Sicherheit und Umweltschutz beim Winterdienst Hand in Hand gehen: „Unser oberstes Ziel ist es, dass alle Autofahrerinnen und Autofahrer in Bayern auch im Winter sicher an ihr Ziel kommen. Unsere Leute stehen bereit, um die Straßen auf möglichst effiziente Art und Weise von Schnee und Eis zu befreien.“ Gleichzeitig erinnerte Reichhart an die Verantwortung aller: „Jeder kann seinen Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr leisten: Fahren Sie angepasst und mit Winterreifen und nehmen Sie Rücksicht auf unsere Männer und Frauen in Orange!“

3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuständig für die Sicherheit der Straßen

In 29 Autobahn- und 64 Straßenmeistereien in Bayern kümmern sich fast 3.000 Frauen und Männer um den Winterdienst. Sie betreuen ein Netz von 23.000 Kilometern an Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen. Hierfür stehen gut 600 staatsseigene Winterdienstfahrzeuge und 700 Lkws, die von privaten Unternehmen gefahren werden, zur Verfügung – insgesamt also rund 1.300 Fahrzeuge. Im vergangenen Winter hat der Freistaat fast 90 Millionen Euro in die Sicherheit im winterlichen Straßenverkehr investiert – 27 Millionen Euro allein für das Streusalz. □



Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart, Leiter der Straßenmeisterei Gersthofen Konrad Schneller, Thomas Huber, Werkleiter Develey testen die recycelte Sole aus einem Tankfahrzeug. Bild: STMB

fall selbst her, indem sie Tausalz in Soleanlagen mit Wasser mischen.

Sole-Recycling aus der Lebensmittelindustrie spart 700 Tonnen Salz

Das Pilotprojekt ermöglicht es nun, den Salzverbrauch um rund 700 Tonnen zu reduzieren. Die Straßenmeistereien rund um das Develey-Werk in Dingolfing wer-

terweise über eine Kläranlage entsorgt wird.

Werkleiter Thomas Huber erklärt: „Auch im Klärprozess kann das im Wasser enthaltene Salz nicht vollständig zurückgehalten werden. Deshalb bereiten wir das Salzwasser nun auf, reinigen es und stellen es dem Winterdienst als Sole zur Verfügung.“ Zahlreiche Tests und Analysen hatten klar ergeben, dass die Sole ohne Bedenken auf die Stra-

lung ziehen in die frisch erbaute Messehalle. Der Große Saal, bisher Ort der Fachvorträge, wird neue Heimat des Kletterforums. Zugleich vergrößert sich die tagungsbegleitende Messe sowohl im Innen- als auch im Außenbereich des Messegeländes. „Durch die Umgestaltung können wir die jetzt noch großzügigeren Räumlichkeiten der Messe Augsburg optimal für Vorträge, praktische Vorführungen und Ausstellungen nutzen. Der Eingangsbereich bleibt unverändert, und zur Orientierung wird es Wegweiser geben“, sagt Prof. Dr. Dirk Dujesiefken, Veranstalter des Baumpflegetage-Events. Mark Bridge, Organisator des Kletterforums, ergänzt: „Aufgrund der Höhe der neuen Kletterforum-Halle haben wir nun noch bessere Rahmenbedingungen für Präsentationen und Vorführungen am Kletterturm. Mit dabei sind viele neue Referenten, u. a. aus Australien, Indien und den USA.“

Informationen zum Programm der Deutschen Baumpflegetage 2020 und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es unter www.deutsche-baumpflegetage.de □

Deutsche Baumpflegetage in Augsburg, 21. bis 23. April 2020:

Gebietsheimische Gehölze: Wie geht es weiter?

Am 1. März 2020 endet die zehnjährige Übergangsfrist des neuen Gesetzes zur Verwendung gebietsheimischer Gehölze. Kurz bevor die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes für alle Bundesländer verpflichtend in Kraft tritt, bestehen immer noch viele Unsicherheiten und die Umsetzung ist in Teilen ungeklärt. Bei den Deutschen Baumpflegetagen vom 21.-23. April 2020 diskutieren Experten in Augsburg die offenen Fragen mit dem Ziel, praxistaugliche Lösungsansätze zu entwickeln.

Gesetz ist Gesetz: Ab dem 1. März 2020 dürfen in Deutschland bei Pflanzungen in freier Natur ausschließlich gebietsheimische Gehölze zum Einsatz kommen. Doch nach wie vor gibt es ungelöste Probleme und Unwägbarkeiten in der Umsetzung, unter anderem bei der Pflanzenverfügbarkeit, der Zertifizierung und den Ausschreibungen. Wie kann es in den nächsten Jahren weitergehen? Und ist das Gesetz zur Verwendung gebietsheimischer Gehölze angesichts des fortschreitenden Klimawandels überhaupt noch sinnvoll? Diese und weitere Fragen stehen bei den Deutschen Baumpflegetagen

in Augsburg im Fokus. Antworten geben Alain Paul vom Verband Deutscher Forstbaumschulen, Christoph Dirksen vom Bund Deutscher Baumschulen und Volker Schlia von Hessen Mobil. Für den 22. April haben die Organisatoren der Fachtagung viel Zeit für die Diskussion dieses hochaktuellen Themas eingeplant.

Die Tagung: Neu organisiert

Aufgrund des Baus einer weiteren Halle auf dem Messegelände bekommen die Deutschen Baumpflegetage 2020 ein neues Gesicht. Die Fachtagung und die wissenschaftliche Posterausstel-

Anton Obermeier besitzt elf MB-Tracs:

Sammlerleidenschaft

Zwar fahren sie nur noch selten auf Straßen oder Feldern, aber sie erledigen nach wie vor zuverlässig ihren Dienst – auch für Kommunen im Winterdienst, bei der Landschaftspflege usw. Die Rede ist von den MB-Tracs, der Traktorenbaureihe von Daimler-Benz, die von 1973 bis Ende 1991 hergestellt wurde.

Elf Exemplare besitzt Anton Obermeier aus Klingen bei Hemau im Landkreis Regensburg. Alle Fahrzeuge sind angemeldet, einige davon sind auch immer wieder im Einsatz.

Natürlich hat Obermeier (72) auch beruflich einen Bezug dazu. Der heutige Rentner war bis vor sieben Jahren Nebenerwerbslandwirt. Bis heute verkauft er in ganz Bayern an Landwirte Betonbehälter für Gülle und Biogas.

In den 80er Jahren schaffte er sich für seine Tätigkeiten einen MB 800 und danach einen MB 1000 an und war damit rundum

zufrieden. Als bekannt wurde, dass Daimler-Benz die Produktion einstellt, erwarb Obermeier im Jahr 1991 gleich noch zwei neue MB 1000.

Der MB 1800 fehlt

Obermeiers richtige Sammlerleidenschaft begann etwa im Jahr 2000. Fast von allen Typen hat Obermeier ein Exemplar – lediglich der MB 1800 fehlt in der Sammlung. Auf einige seiner elf MB-Tracs ist Obermeier sehr stolz. Einer war beim Städtischen Gut Karlshof der Stadt

München in Betrieb. Ein paar haben eine grüne Lackierung und „Family“ zusätzlich in der Typbezeichnung. Das weist auf die im Jahr 1990 geplante und schließlich 1991 geplante Kooperation mit Deutz hin.

Für den Papst im Einsatz

Zwei der elf MB-Tracs sind auch heute noch im Einsatz. Im Vorfeld des Besuchs von Papst Benedikt XVI. 2006 in Bayern, konkret für den Gottesdienst auf dem Feld in Oberisling, brachte die Nittenauer Firma Reil & Eichinger mit zwei MB-Tracs von Obermeier Rindenmulch aus. Bei Ausstellungen präsentiert er Landmaschinenhändler gerne einige der MB-Tracs. Aber auch als Brautfahrzeug oder Urlaubsfahrzeug (Zugmaschine für Wohnwagen) dienen MB-Tracs. Und natürlich dürfen sie bei MB-Trac-Treffen nicht fehlen. Markus Bauer



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrtrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bei 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürdenstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Audi und Bayernwerk:

Meilenstein im Mobilitätsprojekt MerGE

Die Zukunft der E-Mobilität kommt in einen Schrank. Zumindest wenn es um die Steuerungstechnologie für das netzdienliche Ladeverhalten von morgen geht. Im Projekt MerGE arbeiten Audi und das Bayernwerk daran, moderne Ladelösungen und Steuerungsanreize für Nutzer von E-Fahrzeugen zu entwickeln. Das Ziel dahinter ist, E-Mobilität möglichst netzentlastend zu organisieren, um einem kostenintensiven Netzausbau vorzubeugen. Die Prototypen-Technik für einen ersten Feldversuch ist fertig entwickelt und wird bei Teilnehmer der Studie in sogenannten Mess- und Steuerströmen verbaut.

In Kürze geht es los: Für einen großen angelegten und einjährigen Feldversuch nutzen Mitarbeiter der Bayernwerk Netz (Bayernwerk) eine Elektroauto-Flotte, bestehend aus zwanzig Audi

e-tron. Die Studien-Teilnehmer wohnen im Netzgebiet des Energieunternehmens Bayernwerk und nutzen das vollelektrische Audi Modell künftig im Alltag. Dazu erforderlichen Ladeeinrich-

tungen sind mit High-Tech-Messgeräten versehen, die detaillierten Aufschluss über Mobilitätswünsche und jeweiligem Netzstatus erfassen. Ziel des Projekts ist es, Mobilitätsanforderungen mit einem sicheren und effizienten Netzbetrieb in Einklang zu bringen.

Hoffen auf neue Erkenntnisse

Audi und das Bayernwerk erhoffen sich davon neue Erkenntnisse, welchen Einfluss verschiedene Steuerungsmöglichkeiten, wie beispielsweise Kostenanreize, auf das Ladeverhalten und damit auf die Netzbelastung oder -entlastung haben. Zudem untersucht das Projekt MerGE, wie lokale Netzengpässe in Niederspannungsnetzen durch das Einbeziehen der E-Mobilität vermie-

den werden können. Gesamtwirtschaftlich ist von Interesse, in welchem Ausmaß der Netzausbau dank des Flexibilitätspotentials der E-Mobilität vermieden werden kann.

HEMS wird in konkrete Handlungen übersetzt

Steuerkonzept von MerGE testet unter anderem, wie durch lokales Netzmonitoring mittels einer cloudbasierten „lokalen Netzleitwarte“ kritische Netzzustände erkannt und prognostiziert werden können. Um diese zu vermeiden, kommuniziert die Netzleitwarte mit dem Home-Energy-Management-System (HEMS) des Teilnehmers. Die übermittelten Fahrpläne und Steuerungen werden vom HEMS in konkrete Handlungen der verfügbaren steuerbaren Flexibilität (wie z.B. dem Ladepunkt) übersetzt.

Dazu wurde in einer Versuchswerkstatt von Audi ein Prototyp des erforderlichen Mess- und Steuerschranks getestet und abgenommen. Damit kann MerGE in Kürze starten. □

Umweltminister Thorsten Glauber:

Neuer Partner für den Naturschutz

Landschaftspflegeverband Deggendorf neu gegründet

Der im Dezember 2019 gegründete Landschaftspflegeverband Deggendorf ist neuer Partner vor Ort für die Umsetzung von wichtigen Biotoppflege- und Artenhilfsmaßnahmen.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte anlässlich der Neugründung in München: „Ich freue mich, dass wir mit dem Landschaftspflegeverband Deggendorf einen weiteren Aktivposten im Naturschutz begrüßen dürfen. Naturschutz braucht starke Partner. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Netz in Bayern für den Naturschutz. Mit jeder Neugründung kommen wir unserem Ziel näher. Mit den insgesamt 64 Landschaftspflegeverbänden erreichen wir alle Regionen in Bayern. Die Landschaftspflegeverbände bewahren durch ihre hervorragende Arbeit vor Ort einmalige Natur- und Kulturlandschaften. Bayerns Umwelt- und Naturschutzziele werden mit Hilfe der Landschaftspflegeverbände von Kommunen, Landwirten und Naturschutzverbänden in Hand umgesetzt.“ Landrat Christian Bernreiter ergänzte: „Wir werden die Aufga-

staltung auch Alternativen zum Buchs, Spannendes aus der Staudenwelt, die Landesgartenschau Ingolstadt 2020, aktuelle Informationen der Bayerischen Gartenakademie und des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege sowie ein Erfahrungsaustausch zur Naturgartenauszeichnung. □

ben, die uns durch das Volksbegehren 'Rettet die Bienen' und das 'Versöhnungsgesetz' zugewiesen werden, aktiv annehmen und umsetzen. Durch die Gründung eines Landschaftspflegeverbandes im Landkreis Deggendorf wollen wir die Gemeinden bei der Umsetzung naturschutzfachlicher Projekte und Maßnahmen unterstützen.“

1.360 aktive Gemeinden

Der Landschaftspflegeverband Deggendorf ist der siebte Landschaftspflegeverband in Niederbayern. Seit 1985 beraten und unterstützen die bayerischen Landschaftspflegeverbände Kommunen, Landwirte und Naturschutzverbände in Bayern bei der Pflege und Entwicklung ihrer Flächen. Rund 1360 Gemeinden, 59 Landkreise und 16 kreisfreie Städte sind mittlerweile in den bayerischen Landschaftspflegeverbänden aktiv. Sie setzen zwei Drittel aller geförderten Landschaftspflegemaßnahmen im Freistaat um, zusammen mit Landwirten, Kommunalpolitikern und Naturschützern. Das Umweltministerium stellt mit dem Landschaftspflege- und Naturparkprogramm in 2019 über 20 Millionen Euro für Maßnahmen vor Ort zur Verfügung. □

Klima-Risiko-Index:

BdB fordert Sofortprogramm für Stadtgrün

Laut einer Studie der Umweltorganisation Germanwatch gehört Deutschland zu den drei am stärksten von Extremwetter betroffenen Ländern weltweit. Die starke Hitzewelle von 2018 habe in Deutschland 1.200 Todesopfer gefordert und Dürreschäden in Höhe von 1,2 Milliarden Euro verursacht. Zusammen mit den Orkantiefs „Friederike“ und „Fabiene“ sei ein Gesamtschaden in Höhe von 4,5 Milliarden durch Wetterextreme entstanden.

„Die Ergebnisse des aktuellen Klima-Risiko-Indexes sind absolut alarmierend“, so Markus Guhl, Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher Baumschulen (BdB), der die EU-geförderte Kampagne „Grüne Städte für ein nachhaltiges Europa“ durchführt. „Es werden dringend Anpassungsstrategien benötigt, um dieser negativen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Der BdB fordert daher ein Sofortprogramm für Stadtgrün in Höhe von zwei Milliarden Euro.“

Nachhaltige Agrarpolitik:

CSU-Fraktion will Höfe-Sterben verhindern

In der von den Grünen angestoßenen Plenardebatte zur künftigen Agrarpolitik setzt sich die CSU-Fraktion per Dringlichkeitsantrag dafür ein, bäuerliche Familienbetriebe auch künftig zu schützen und wirkungsvoll zu unterstützen. Konkret geht es darum, dass die flächenbezogenen Direktzahlungen (Säule 1 der gemeinsamen Agrarpolitik der EU) für die Landwirte in Bayern erhalten bleiben. Ziel ist es, auch künftig die höheren Produktionsstandards der heimischen Landwirte bestmöglich abzusichern.

Nach dem Willen der CSU-Fraktion sollen insbesondere die ersten Hektare eines Betriebes stärker vergütet werden, um so gerade kleinere Betriebe bestmöglich zu unterstützen. Gleichzeitig sollen die Zahlungen für Großbetriebe zugunsten von kleineren Betrieben und verstärkten Umweltleistungen begrenzt werden. „Wir wollen diese Direktzahlungen für unsere Bauern unbedingt erhalten, weil sie ganz wesentlich für das Einkommen sind“, sagt Martin Schöffel, der agrarpolitische Sprecher der CSU-Fraktion.

Die CSU-Fraktion wendet sich entschieden gegen die von den Grünen angestrebte Kürzung der Direktzahlungen und will stattdessen zusätzliches Engagement der Landwirte für den Umweltschutz auch zusätzlich fördern.

Dazu Martin Schöffel: „Die Grüne Ideologie in der Agrarpolitik würde unsere Bauern in den Ruin treiben. Wir als Partner der Bauern können und werden das nicht zulassen, weil damit die Einkommen unserer Landwirte drastisch sinken und viele Höfe nicht überleben würden.“

„Eine ideologisierte Umweltpolitik, die nur von den Bauern finanziert wird, wird es mit der CSU nicht geben.“ □

Münchner Rathaus Umschau:

Baumschutz in der Landeshauptstadt

Der Baumschutz, insbesondere auch der Schutz älterer Bäume, hat in der Landeshauptstadt München seit jeher einen hohen Stellenwert. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung jetzt ausführlich dargelegt, wie Bäume bei der Ausführung von Bauvorhaben geschützt werden können und welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, wenn Bäume ohne eine erforderliche Genehmigung gefällt werden. In diesem Zusammenhang wurde das Referat für Stadtplanung und Bauordnung auch beauftragt, zur Stärkung des Baumschutzes insbesondere im Baugenehmigungsverfahren auf Rechtsänderungen hinzuwirken.

Bereits im Jahr 1976 hatte der Stadtrat eine Baumschutzverordnung erlassen, welche die innerstädtische Durchgrünung Münchens auf Dauer erhalten soll. Große Bäume bieten Lebensraum für Vögel, Insekten und andere Kleintiere, spenden Schatten und verbessern das Kleinklima und die Luftqualität.

Unerlaubte Fällungen

Die Baumschutzverordnung schützt viele Bäume, die einen Stammumfang von 80 Zentimetern und mehr haben. Sie dürfen nur verändert oder gefällt werden, wenn zuvor die Erlaubnis vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Untere Naturschutzbehörde, eingeholt wurde. Im Frühjahr 2019 kam es zu vermehrten unerlaubten Baumfällungen, die der Vorbereitung von Baumaßnahmen dienen. Dies wurde auch Thema von Bürger-

versammlungen und hat mehrere Stadtratsanträge sowie einen Bezirksausschussantrag ausgelöst.

Zwangsgeld für unterlassene Neupflanzungen

Zum Ausgleich dieses Grünverlustes hat die Untere Naturschutzbehörde zwischenzeitlich die Neupflanzung von Gehölzen gefordert. Diese Pflanzungen müssen innerhalb eines Jahres erfolgen und nachgewiesen werden. Nicht durchgeführte Pflanzungen können mit Verwaltungszwangsmitteln, in der Regel mittels Zwangsgeld, durchgesetzt werden.

Bei Verdacht auf ungenehmigte Baumfällungen kann die Untere Naturschutzbehörde kontaktiert werden. Unabhängig hiervon besteht für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich direkt an die Polizei zu wenden. □



Bayernwerk-Technikvorstand Dr. Egon Westphal (links) und Reimund Gotzel (Vorstandsvorsitzender, Bayernwerk) vor einem Audi e-tron, der Teil eines gemeinsamen Forschungsprojekts der Audi AG und des Bayernwerks ist. Bild: Uwe Moosburger (altro) / Bayernwerk AG

100 Jahre Kreisfachberatung in Oberbayern

Im Jahr 2019 feierten alle bayerischen Kreisfachberater 100 Jahre Dienst an den Menschen und im Einsatz für Kultur und Natur. Die Kreisfachberater sind als Ansprechpartner rund um Gartenkultur und Landespflege an den örtlichen Landratsämtern tätig. Anlässlich des Jubiläums pflanzten die oberbayerischen Kreisfachberaterinnen und Kreisfachberater im Sichtungsgarten Weihenstephan einen besonderen Baum.

Heike Grosser, Fachberater-Sprecherin für Oberbayern, begründete die Wahl eines Speierlings: „Der Baum ist eine Rarität für Oberbayern, die Blüten insektenfreundlich, die Früchte der gepflanzten Kulturform 'Sosenheimer Riese' finden als Beigabe zu Most Verwendung und durch die Trockenverträglichkeit ist der Baum tauglich für den Klimawandel.“ Auch Prof. Dr. Bernd Hertle freute sich als Leiter der Weihenstephaner Gärten über die Spende, denn der Speierling fehlt noch in den umfangreichen Pflanzungen. Der Standort beim Wildobst wurde durch hunderte Blumenzwiebeln ergänzt.

Die Arbeitsschwerpunkte der Kreisfachberater wandelten sich im Laufe der über einhundert-

jährigen Geschichte. War es zu Beginn fast ausschließlich der Obstbau, kamen rasch Blumenschmuck und Selbstversorgung hinzu. In den 50er und 60er Jahren wurden Blumenschmuckwettbewerbe und der bekannte Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ organisiert. Seit mehreren Jahrzehnten stehen Ökologie und Nachhaltigkeit für Garten, Dorf und Landschaft im Mittelpunkt. Das zeigt auch die gerade bayernweit anlaufende Naturgarten-Auszeichnung. Weiterhin aktuell bleiben die klassischen Themen rund um Obst, Gemüse, Blütenvielfalt und Gartengestaltung.

Neben der Pflanzung des Jubiläumsbaums standen auf dem Programm der Jubiläumsveranstaltungen



V.li. mit Spaten: Sabine Baues-Pommer (LRA Neuburg-Schrobenhausen), Markus Breier (LRA Traunstein), Anja Aigner (LRA Freising), Heike Grosser (LRA Weilheim-Schongau) und Prof. Dr. Bernd Hertle (Leiter der Weihenstephaner Gärten). Mit dabei waren ebenfalls Andreas Kastner (LRA Pfaffenhofen, Mitte mit Sonnenbrille) und Wolfram Vaitl (Präsident, Bayerischer Landesverband für Gartenbau und Landespflege e. V.; weißes Hemd)

Bild: LRA Weilheim-Schongau

Landrat Georg Huber zum 70. Geburtstag:

„Herzblutpolitiker mit Leib und Seele“

Mit seinem verantwortungsvollen Wirken hat Mühldorfer Landrat Georg Huber ganz wesentlich zur positiven Entwicklung seiner Heimatregion beigetragen. Zu seinem 70. Geburtstag am 6. Januar wurde der Jubilar, der über viele Jahre auch als stellvertretender KPV-Landesvorsitzender fungierte, vielfach als „Herzblutpolitiker mit Leib und Seele“ tituliert.



Wie Kommunalminister Joachim Herrmann in seinem Glückwunschschreiben ausführte, engagierte sich Georg Huber seit nahezu vier Jahrzehnten erfolgreich für seine Heimat – zunächst als Erster Bürgermeister der Gemeinde Schwindegg und seit 2002 als Landrat. Insbesondere im bildungspolitischen und wirtschaftlichen Bereich habe er den Landkreis erfolgreich vorangebracht. Hohe Priorität misst Huber laut Herrmann auch den Themen Umweltschutz und erneuerbare Energien bei. Über die Landkreisgrenze hinaus leiste er außerdem überzeugende Arbeit beim Bayerischen Landkreistag als Leiter der Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ des Innovationsrings und als Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, beim Deutschen Landkreistag als Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses sowie als Präsident der deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas. „Deine vielfältige Arbeit im Dienst der kommunalen Selbstverwaltung ist überaus wertvoll – dafür danke ich Dir sehr herzlich“, betonte Herrmann.

Herzliche Glückwünsche überbrachte auch Landkreistagspräsident Christian Bernreiter: Der Jubilar habe nicht nur fast 18 Jahre alles für seine Mühldorfer gegeben, sondern sich auch auf der Ebene des Bayerischen Landkreistags über alle Maßen engagiert. „Mit Schorsch Huber an der Seite brauchte man sich wenig Sorgen machen, auch schwierige Fragen und Herausforderungen mit den verschiedensten Interessengruppen zu Gunsten unserer Landkreise beantworten zu können. Gerade in dem oft sehr emotionalen Bereich der Umweltpolitik war die geradlinige Zielstrebigkeit und Bodenhaftung des Vorsitzenden des Ausschusses für Landesentwicklung und Umwelt ein Segen. Als Leiter der Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ des Bayerischen Innovationsrings hat er zudem die Chancen der digitalen Verwaltung für alle Kolleginnen und Kollegen vorangetrieben und greifbar gemacht“, gratulierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, persönlich und im Namen aller Kolleginnen und Kollegen. **DK**

Gymnasium Untergriesbach, Landkreis Passau:

Landkreis setzt auf klimaschonende Beleuchtung

Florian Pronold übergibt Klimaschutz-Zertifikat an Landrat Franz Meyer

Das Bundesumweltministerium hat die energieeffiziente Umrüstung der Beleuchtung des Gymnasiums Untergriesbach mit rund 45.000 Euro durch die Kommunalrichtlinie im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert. Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, überreichte dem Landrat des Landkreises Passau, Franz Meyer, ein Klimaschutz-Zertifikat über die Treibhausgasersparungen, die durch die erfolgreiche Beleuchtungssanierung erzielt werden.

Florian Pronold: „Kommunen können mit Energieeffizienzmaßnahmen erheblich zum Klimaschutz beitragen. Ich freue mich, dass wir den Landkreis Passau bei seinem Engagement zur Treibhausgasreduzierung aus der Nationalen Klimaschutzinitiative unterstützen können. Die Umstellung der Innenbeleuchtung des Gymnasiums Untergriesbach auf LED schon das Klima und entlastet zudem den kommunalen Haushalt. Deshalb lege ich unseren Städten und Gemeinden ans Herz, sich bei unserer bundesweiten Beratungshotline zu informieren, welche Möglichkeiten für die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen bestehen oder den Förderlotsen der Kommunalrichtlinie zu nutzen.“

In Untergriesbach wurden von August 2017 bis Mai 2019 insgesamt 368 Lichtpunkte auf hocheffiziente LED-Technik umgerüstet. Der Stromverbrauch reduzierte sich dadurch um rund 79 Prozent und der CO₂-Ausstoß kann in den nächsten 20 Jahren um ca. 462 Tonnen verringert werden. Die Gesamtausgaben des Projekts betragen insgesamt rund 115.000 Euro, das Bundesumweltministerium unterstützte das Vorhaben mit rund 45.000 Euro.

Dies ist nicht die einzige Klimaschutzmaßnahme, die der Landkreis Passau mit Unterstützung durch das Bundesumweltministerium durchgeführt hat. 2013 stellte der Landkreis beispielsweise gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein integriertes Klimaschutzkonzept. Darüber hinaus wird derzeit auch die Innenbeleuchtung der Sporthalle des Gymnasiums Pocking saniert.

Seit 2008 fördert und initiiert das Bundesumweltministerium unter dem Dach der NKI in ganz Deutschland Klimaschutzprojekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Bis Ende 2018 wurden bereits mehr als 28.750 Projekte durchgeführt. Kommunen profitieren ebenso wie Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen.

Die Sanierung der Innen- und Hallenbeleuchtung sowie die Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten durch ein Klimaschutzmanagement werden im Rahmen der NKI durch die Kommunalrichtlinie gefördert. Detaillierte Informationen zu den einzelnen Förderschwerpunkten gibt es unter: www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie. **□**

Bezirkshaushalte im Freistaat:

Deutliche Mehrausgaben

Die Bezirkshaushalte in Bayern für das Jahr 2020 sind unter Dach und Fach. Prägend sind dabei die Kosten für die Umsetzung von zwei neuen Bundesgesetzen: Das Bundesteilhabegesetz und das Angehörigen-Entlastungsgesetz werden ab diesem Jahr in den Haushalten Niederschlag finden. Zusammen mit Lohn- und Preissteigerungen in den Behinderten- und Pflegeeinrichtungen sowie gestiegenen Fallzahlen führen sie zu erheblichen Kostensteigerungen.

Mit einem Gesamtvolumen von 486,4 Mio. Euro hat der Bezirkstag der Oberpfalz das Zahlenwerk verabschiedet. 450 Mio. Euro fließen in den Sozialbereich, vor allem an Menschen mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung und an Pflegebedürftige. „Durch unser Wirken wird die Gesellschaft in vielen Bereichen gerechter“, urteilte Bezirkstagspräsident Franz Löffler.

Das Bundesteilhabegesetz, das ab Januar den Anspruch behinderter Menschen auf individuell zugeschnittene Unterstützung regelt, zieht einen höheren Personal- und Verwaltungsaufwand beim Bezirk und bei den Einrichtungen nach sich. Allein für die Oberpfalz wird ein Mehraufwand um 7,5 Mio. Euro erwartet. Auch das Angehörigenentlastungsgesetz verursacht dort Mehrkosten im Bereich Hilfe zur Pflege von rund 6,3 Mio. Euro. Löffler betonte, durchaus Sympathie für beide Gesetze zu haben, aber man müsse über die Finanzierung mit Freistaat und Bund sprechen.

Soziale Aufgaben dominieren

Insgesamt steigen die Sozialausgaben um 13,2 Mio. Euro gegenüber dem laufenden Jahr, während die Einnahmen zurückgehen. Allein eine Rücklagenentnahme in Höhe von 13,5 Mio. Euro reicht nicht aus, um die Lücke zu füllen. Ein erhöhter Hebesatz für die Bezirksumlage um 0,6 Prozentpunkte ist unumgänglich. 2020 liegt er nun bei 18,8 Prozent, die Oberpfalz wird aber dennoch aller Voraussicht nach der Bezirk mit dem zweitniedrigsten Umlagesatz in Bayern sein.

Hebesatz konstant in Oberfranken

Auf rund 406 Mio. Euro belaufen sich im kommenden Jahr die Ausgaben des Bezirks Oberfranken im sozialen Bereich. Damit fließen 94 Prozent des 442 Mio. Euro Haushalts an Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Das sind 1,11 Mio. Euro am Tag, wie Bezirkstagspräsident

Henry Schramm in seiner Haushaltsrede verdeutlichte. Damit kommt der Bezirk seinen sozialen Verpflichtungen nach, ohne die Umlagezahler über Gebühr zu belasten. Der Hebesatz zur Bezirksumlage bleibt mit 17,5 Prozent konstant und ist damit wiederum der niedrigste in ganz Bayern.

Der Bezirkstag von Mittelfranken beschloss den Haushalt für das Jahr 2020 mit einem Gesamtvolumen von 967 Mio. Euro. Bezirkstagspräsident Armin Kroder zufolge „kommen die harten Jahre noch“, weshalb Einnahmen generiert und Ausgaben reduziert werden müssten.

Trotz einer Deckungslücke von über 14 Mio. Euro sprachen sich die Bezirksräte gegen eine Erhöhung der Bezirksumlage aus, sie bleibt mit einem Hebesatz von 23,55 Prozent stabil. Stattdessen beschloss der Bezirkstag, die kompletten Rücklagen in Höhe von 13,8 Mio. Euro zum Ausgleich des Haushalts heranzuziehen, die noch fehlenden rund 900.000 Euro werden über Kredite finanziert. Um die gesetzliche Mindestrücklage in Höhe von 9 Mio. Euro wieder zu erreichen, soll das Ergebnis der Jahresrechnung 2019 herangezogen werden. Wie nicht anders zu erwarten, dominieren auch in Mittelfranken die sozialen Aufgaben mit 840 Mio. Euro den Bezirkshaushalt zu fast 90 Prozent. Den größten Teil davon finanzieren die kreisfreien Städte und Landkreise über die Bezirksumlage. Der staatliche Finanzausgleich steigt nur geringfügig auf 153 Mio. Euro.

6,5 Mio. Euro plant der Bezirk Mittelfranken im nächsten Jahr an Krediten ein. Ausserdem sollen 5,6 Millionen Euro an Schulden getilgt werden, so dass die geplante Netto-Neuverschuldung 900.000 Euro beträgt.

Mit Riesen-Schritten zur Milliarden-Marke

Mit einem Gesamtvolumen von 858,9 Mio. Euro bewegt sich der Bezirkstag in Unterfranken „mit Riesen-Schritten auf die Milliarden-Marke zu“, betonte Be-

zirkstagspräsident Erwin Dotzel bei der Vorstellung des Zahlenwerks. Aufgrund des Bundesteilhabegesetzes und des Angehörigenentlastungsgesetzes sowie einiger sozialer Verbesserungen weist der Etat-Entwurf eine Finanzierungslücke von rund 30 Mio. Euro auf, die durch die Anhebung der Bezirksumlage um 1,5 Prozentpunkte auf dann 19,3 Punkte geschlossen werden muss. Rund 89,6 Prozent des Haushalts fallen auf den Sozial-Etat, nur knapp 41 Prozent davon sind durch entsprechende Einnahmen gedeckt.

Neuer Rekordhaushalt in Oberbayern

Im Jahr 2020 überschreitet der Haushalt des Bezirks Oberbayern erstmals die Zwei-Milliarden-Marke und erreicht damit einen neuen Rekordwert. Rund 90 Prozent des Gesamtetats in Höhe von 2,06 Mrd. Euro fließen in soziale Aufgaben, Bildung und Kultur. Allein die Mehrausgaben im Etat Soziales und Jugend liegen bei rund 170 Mio. Euro (plus 10,8 Prozent). Davon entfallen als größte Einzelposten 92,4 Mio. Euro auf Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz (bisher Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen) sowie 37,2 Mio. auf die Hilfe zur Pflege.

Wegen der stetig weiter steigenden Ausgaben sieht Bezirkstagspräsident Mederer den Bezirk „vor gewaltigen Herausforderungen“. So sei die für den Haushalt 2020 relevante Umlagekraft von 2018 zwar um 10,8 Prozent auf 8,2 Mrd. Euro gestiegen. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen bezifferte Mederer auf 168 Mio. Euro. Dem Haushalt fließen 1,72 Mrd. Euro über die Bezirksumlage zu. Die Umlage kann jedoch laut Mederer 2020 nur stabil bei 21 Prozentpunkten gehalten werden, weil der Rücklage zusätzlich rund 48,4 Mio. Euro entnommen werden. Damit schmilzt die Rücklage auf 25 Mio. Euro und liegt nur noch knapp über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestgrenze.

Im Bezirkstag von Niederbayern beträgt das Gesamthaushaltsvolumen einschließlich Wirtschaftsplänen der Bezirkskrankenhäuser und Kulturstiftung 733,7 Mio. Euro (2019: 723 Mio. Euro) und steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %. Aus dem Verwaltungshaushalt mit insgesamt 498,6 Mio. Euro (2019: 500,5 Mio. Euro) fließen 439,1 Mio. Euro und damit fast 90 Prozent in die soziale Sicherung (2019: 442,9 Mio. Euro).

Die Bezirksumlage wird 2020 unverändert bei 20 Prozent liegen. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Wir freuen uns, dass trotz einer sich abschwächenden Konjunktur und erhebliche Risiken im Bereich ‚Soziale Sicherung‘ die Umlage bei 20 Prozent stabil bleiben kann.“ Die Einnahmen aus der Bezirksumlage steigen um 3,5 % auf rund 311 Mio. Euro. Dies bedeutet für den Bezirk Niederbayern Mehreinnahmen von 10,4 Mio. Euro.“

Mehreinnahmen in Höhe von 10,2 Mio. Euro können auch durch den Sozialhilfeausgleich nach Art. 15 FAG verbucht werden. Weil die Steigerung der Umlagekraft in Niederbayern weit unter dem bayernweiten Durchschnitt von 7,0 % liegt, ergibt sich daraus für den Bezirk ein höherer Ausgleich als im Vorjahr und fällt für 2020 weit überdurchschnittlich aus. Heinrich: „So erfreulich dies für das Jahr 2020 sein mag – uns muss bewusst sein, dass wir für 2021 nicht erneut mit diesen hohen Mehreinnahmen rechnen können.“

Die 900-Millionen-Grenze überschritten hat schließlich der Verwaltungs- und Vermögenshaus-

halt des Bezirks Schwaben. Zum ersten Mal werden die kommenden Ausgaben höher veranschlagt als die Einnahmen, bilanzierte Bezirkstagspräsident Martin Sailer. Der Löwenanteil mit Ausgaben von gut 820 Mio. ist im Sozialbereich anzusiedeln. Knapp 12 Mio. fließen in die Kultur.

Enttäuschte Hoffnungen in Schwaben

„Der Bezirk Schwaben übernimmt für die Bürgerinnen und Bürger in Schwaben existenzielle Aufgaben“, betonte Sailer. „Die Hauptaufgaben unseres Handelns sind dabei soziale Hilfen. 2020 sprechen wir von fast 60 Mio. Euro Finanzierungsdefizit.“

Als Bezirk habe man große Hoffnungen auf den kommunalen Finanzausgleich gesetzt, die leider enttäuscht wurden. „Obwohl unsere Belastungen gewachsen sind, sind die zugeteilten Mittel für die Bezirke nicht gestiegen“, zeigte sich Sailer enttäuscht. Ein weiterer Aspekt sei, dass die bekannten „Bundesmilliarden“ als Mittel zur Kompensation der Mehrausgaben im Rahmen des BTHG an den bayerischen Bezirken als den überwiegend zuständigen Trägern der Hilfen vorbeigegangen sind. **DK**

Komfort
Qualität
Funktion

Vielfalt
Design
Ergonomie

Direkt vom
Hersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Landkreis Donau-Ries:

Partnerschaft mit der Landwirtschaft im Visier

Bei einem runden Tisch entstehen erste gemeinsame Projektideen

Stefan Wiedenmann, Landwirt aus Hoppingen, hatte sich vor einiger Zeit mit einer E-Mail an Landrat Stefan Rößle gewandt und um Unterstützung bei verschiedenen Problemstellungen gebeten. Neue gesetzliche Bestimmungen aufgrund des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ und strengere Auflagen aufgrund der Düngemittelverordnung machen es ihm zufolge den Landwirten schwer, längerfristig zu planen. Stefan Wiedenmann ist aus Überzeugung Landwirt und möchte, dass auch seine Kinder den Betrieb fortführen. Wenn nun aber immer neue Auflagen wie z. B. die notwendig werdende Errichtung eines zusätzlichen Güllelagers mit Investitionskosten von rund 150.000 Euro und andere Erschwernisse hinzukommen, ist es aus seiner Sicht nicht verwunderlich, wenn immer mehr Landwirte aufgeben.

Landrat Stefan Rößle nahm dies zum Anlass und so entstand die Idee eines ersten gemeinsamen Runden Tisches zwischen Vertretern der Landwirtschaft und des Landratsamts, um Probleme, aber auch Chancen unserer Landwirtschaft gemeinsam zu erörtern.

So trafen sich jüngst Vertreter der Landwirtschaft sowie des Landratsamts und des Landschaftspflegeverbands bei Stefan Wiedenmann auf dessen Hofstelle in Hoppingen. Landrat Stefan Rößle betonte bei dem Gespräch, dass den Menschen bewusst sein muss, „dass wir unsere starke Position im Landkreis Donau-Ries, die wir bayern- und sogar deutschlandweit einnehmen, in erster Linie einer prosperierenden Wirtschaft, aber auch einer starken Landwirtschaft

zu verdanken haben“. Er sicherte den Landwirten seine Unterstützung zu, insbesondere wird er die angesprochenen Probleme an die zuständige Landes-, Bundes- und Europaabgeordnete weiterleiten.

Allerdings war dies nur der eine Teil des Runden Tisches. In einem zweiten Teil verständigte man sich darauf, Möglichkeiten zu suchen, wie man auf Kreisebene die Situation für die Landwirte und deren Image verbessern kann. Die landwirtschaftlichen Vertreter, denen ein Biogaslandwirt, ein Ökolandwirt und konventionelle Landwirte angehören, waren sich mit den Vertretern des Landratsamts einig, dass der Dreh- und Angelpunkt für eine Verbesserung der Situation die Aufwertung der

Landwirtschaft und das Image der Landwirte in der Bevölkerung ist.

Beim Runden Tisch wurde intensiv diskutiert und es entstanden fünf Projektideen, die nun der Landkreis zusammen mit den Vertretern der Landwirtschaft weiter konkretisieren und möglichst zeitnah auch umsetzen will. Dies sind im Einzelnen:

1. Imagekampagne zusammen mit dem Landkreis und dem Wirtschaftsförderverband

Eine Mitgliedschaft von landwirtschaftlichen Betrieben beim Wirtschaftsförderverband stellt eine gute Möglichkeit dar, den Beruf des Landwirts in der Öffentlichkeit zu bewerben und aufzuwerten. Dies kann über die Marke DONAURIEN auf Instagram, Facebook und vielen weiteren Kanälen erfolgen. Die Runde entwickelte darüber hinaus die Idee, einen Imagefilm zu erstellen, in dem die spannende und für unsere Gesellschaft so wichtige Arbeit der Landwirte aufgezeigt wird. Sie erzeugen mit modernsten Geräten nicht nur qualitativ hochwertige Lebensmittel, sondern sind auch vielfältig im Bereich des Umweltschutzes und der Landespflege tätig. Der Film getreu dem Motto „Die besten Bauern arbeiten für den Landkreis!“ könnte eventuell auch in den Kinos gezeigt werden.

2. Umstellung der Kantinen des gemeinsamen Kommunalunternehmens auf regionale und ökologische Produkte

In Anlehnung an eine geplante Vorgabe des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten könnten die Krankenhäuser und Seniorenheime des Landkreises (gKU) ihre Kantinen zu mindestens 50 Prozent mit regionalen und/oder ökologischen Produkten ausstatten. Landrat Stefan Rößle sicherte zu, dies umgehend mit den Vorständen des gKU zu besprechen.

3. Patenschaftsprojekte

Bei dieser Aktion soll ausgelotet werden, welche Formen der Patenschaft für Tiere aus einem landwirtschaftlichen Betrieb oder welche Arten von Kooperation mit Direktvermarktern im Landkreis denkbar sind. Auch die Idee der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) soll geprüft werden. Hier tragen mehrere private Haushalte anteilig die Kosten eines landwirt-

schaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten. Durch den persönlichen Bezug zueinander erfahren sowohl die Erzeuger als auch die Verbraucher die vielfältigen Vorteile einer nicht-industriellen, marktunabhängigen Landwirtschaft.

4. Erstellung eines Pools mit Landwirten, die für suchende Bauherrn Flächen für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stellen oder Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK) durchführen möchten

Der Landschaftspflegeverband kann sich vorstellen, Landwirte bei der Umsetzung von PIK-Maßnahmen vor Ort zu beraten und zu betreuen. Es gibt bayernweit bereits Landschaftspflegeverbände, die in diesem Bereich tätig sind. Aufgabe ist die Planung und Durchführung u.a. von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die mit Landschaftspflegeverbänden umgesetzt werden. Mögliche PIK-Maßnahmen sind beispielsweise die Anlage von Lerchenfeldern, Flachmulden und Blühstreifen.

Nun soll geprüft werden, ob ein Flächenpool von bereitwilligen Landwirten eingerichtet werden kann, die für Vorhabensträger auf ihren Flächen die ggf. notwendigen Ausgleichsmaßnahmen schaffen und auch unterhalten möchten. Natürlich werden die Maßnahmen des Landwirts nur gegen eine entsprechende Bezahlung durch den Bauherrn, über die sich die Vertragsparteien selbst einig werden müssen, erfolgen. Für den Bauherrn hätte dies allerdings den Vorteil, dass er nicht selbst nach Flächen suchen müsste, sondern der Landschaftspflegeverband den Kontakt mit dem Landwirt herstellen kann, wenn dies gewünscht ist.

5. Kooperation mit der „Kartei der Not“ im Rahmen von sozialen Projekten

Landrat Stefan Rößle und die anwesenden Landwirte können sich sehr gut vorstellen, durch Spendenaktionen oder anderweitigen Initiativen in Not geratene Menschen zu helfen. Der Landkreischef nahm hierzu bereits Kontakt mit der Donauwörther Zeitung und den Rieser Nachrichten auf. Gemeinsam wird man ausloten, ob es hierfür geeignete Hilfsprojekte gibt. Natürlich können gerne auch Vorschläge eingereicht werden.

Schon bald in diesem Jahr soll ein erneutes Treffen des Runden Tisches stattfinden, um auszuloten, ob und wie die aufgeführten Projekte möglichst zeitnah umgesetzt werden können. Auf weitere Treffen, gerne auch in erweiterter Runde, darf man sich freuen. □

Zappenduster 2019:

Katastrophenschutzeinheiten üben Stromausfall

Um auch im Landkreis Pfaffenhofen für einen lang andauernden und flächendeckenden Stromausfall gerüstet zu sein, wurde Anfang Oktober eine dementsprechende Katastrophenschutzübung durchgeführt. Unter dem Namen Zappenduster 2019 übten unter der Leitung der Katastrophenschutzbehörde des Landratsamts das BRK, das THW, zahlreiche Freiwillige Feuerwehren, die UG-ÖEL (Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung) sowie die Kreisbrandinspektion Pfaffenhofen das Szenario eines flächendeckenden Stromausfalls.

Angenommen wurde dazu u.a. ein Heizungsausfall in allen Haushalten, Ausfall von Festnetz und Mobilfunk, der Ausfall von Straßenbeleuchtung und Ampelanlagen usw. Dazu stellten sich Fragen, wie z.B. der Betrieb in Senioren- und Pflegeheimen aufrechterhalten werden kann, ob Arztpraxen und Apotheken arbeiten können, ob ggf. Personen in Aufzügen feststecken u.v.m. „Besondere Herausforderung war dabei die Aufrechterhaltung der Kommunikation der Hilfsorganisationen, wenn Mobilfunk, Festnetz und Internet nicht mehr funktionieren“, so Matthias Krenauer, zuständig für den Katastrophenschutz am Landratsamt.

Nach Alarmierung der beteiligten Organisationen wurde im 3. Stock des Landratsamts eine Einsatzzentrale aufgebaut. Für diese wurde vom THW eine Notstromversorgung eingerichtet. Um bei Stromausfall bestimmte Grundbedürfnisse der Bevölkerung, wie z.B. Aufwärmmöglichkeiten, medizinische Basisversorgung sowie Hilfeleistung bei Bränden und sonstigen Unglücksfällen sicher stellen zu können, sind seitens der Hilfsorganisationen besondere Vorbereitungen und Maßnahmen notwendig. So müssen z.B. ausreichend Stromerzeuger und Treibstoffe für Fahrzeuge und Geräte zur Verfügung stehen, da die allermeisten öffentlichen Tankstellen nicht mehr funktionieren. □



Landrat Stefan Rößle (vorne rechts) mit Vertretern der Landwirtschaft und des Landratsamts beim runden Tisch in Hoppingen.

Bild: Dr. Sperling / Landratsamt

Wann beginnt unsere Energiezukunft? Jetzt!

Die Region Allgäu hat sich fit für ihre Energiezukunft gemacht und die Gasnetze Kempten Sonthofen GmbH (GKS) gegründet

Klimaschutz, Energiewende, Heimat, und Daseinsvorsorge sind Themen, die nur gemeinsam gelingen können. Was liegt daher näher, als dass gute Nachbarn zum Wohle der Menschen in der Region zusammenarbeiten.

Die neue Gesellschaft Gasnetze Kempten Sonthofen soll genau dies umsetzen. Erdgas Schwaben, Allgäuer Kraftwerke und AÜW gründeten zum 1. Juli 2019 die GKS mit Sitz in Sonthofen. Allgäuer Kraftwerke GmbH sind mit 15%, das Allgäuer Überlandwerk GmbH mit 35% und Erdgas Schwaben GmbH mit 50 % an der GKS beteiligt.

Hinter den Allgäuer Kraftwerken steht die Stadt Sonthofen und hinter dem AÜW die Stadt Kempten, beide Kommunen sehen in der Zusammenarbeit die Chance, gemeinsam mehr für Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung in der Region bewirken zu können.

Erdgas Schwaben mit ihrer 100-prozentigen Tochterunternehmen Erdgas Schwaben Netz GmbH hat ihren Sitz in Augsburg und ihre Betriebsstellen auch in Kempten und Kaufbeuren.

Sicherung der Daseinsvorsorge in der Energieversorgung

„Die Herausforderungen an uns Energieversorger sind groß“, sagt Dr. Hubert Lechner, Allgäuer Kraftwerke. „Einerseits muss Energie bezahlbar sein, andererseits sind wir die Experten, um Energieversorgung nachhaltig und klimaverträglich zu machen.“

Gemeinsam können die Aufgaben geschultert werden. Mittlerweile hat die neue Gesellschaft ihre Arbeit aufgenommen. Geschäftsführer der neuen Gesellschaft sind Dr. Hubert Lechner, Allgäuer Kraftwerke Sonthofen, und Anselm Pfitzmaier, Schwaben Netz Augsburg.

Nächste Schritte

Mit der Gasnetze Kempten Sonthofen sollen Synergien zwischen den Sparten Strom und Gas realisiert und der Netzausbau in den Städten Kempten und Sonthofen stabilisiert und ausgebaut werden.

Die GKS ist Eigentümerin der beiden Gasnetze in den Städten Kempten und Sonthofen. Dort werden über 250 Kilometer Gasnetz und ca. 8.500 Hausanschlüsse die Bürger und Bürgerinnen mit Energie für die verschiedensten Anwendungsfälle in Haushalt, Gewerbe und Industrie, versorgt.

Gas ist die Wunschenergie Nummer eins der Bauherren im Allgäu und ist mit Bio-Erd-

gas oder Wasserstoff grün und nachhaltig. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHN. PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse

GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Landshuts Schulwege:

Mit 5G Technologie sicherer machen

MdB Florian Oßner: Bund fördert Projekt 5-Safe der Stadt mit 94.400 Euro

Die Stadt Landshut gehört zu den Gewinnern des 5G Innovationswettbewerbs des Bundesverkehrsministeriums. Stellvertretend für die Stadt Landshut hat Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (CSU) in Berlin den Förderbescheid in Höhe von rund 94.400 Euro von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer entgegengenommen. Das Geld fließt in das Projekt 5-Safe zur Verbesserung der Schulwegsicherheit rund um die Bildungseinrichtungen in der Stadt. Durch die Technologie des mobilen Internets der fünften Generation soll das schulische Mobilitätsmanagement im Stadtgebiet verbessert und eine Verkehrssteuerung in Echtzeit entwickelt und erprobt werden.

Konkret geht es laut Oßner bei dem Projekt darum, durch die Nutzung von 5G-Technologie den Individualverkehr um die Schulen zu den Stoßzeiten so zu steuern, dass Gefahrensituationen vermindert werden. „Dafür sollen Verkehrsströme in Echtzeit verfolgt, Gefahrensituationen erkannt und Lösungsmaßnahmen eingeleitet werden“, erklärt der Verkehrspolitik. „Zum Beispiel sollen Autofahrer auf kritische Situationen hingewiesen und wenn möglich auf Ausweichstrecken umgelenkt werden.“

Verkehrsführung in Echtzeit

Für die Umsetzung könnten zum Beispiel kabellose Sensoren in der Umgebung von Schulen installiert werden, um die Verkehrslage in Echtzeit zu erfassen und zu analysieren. „Auf dieser Datengrundlage könnten optimale Haltestellen für die sogenannten Elterntaxis vorgeschlagen werden. Eine dynamische Schulwegplanung könnte die beste Route zur Schule ausweisen. Außerdem könnten Ampeln gezielt so angesteuert werden, dass das punktuelle Verkehrsaufkommen entzerrt wird“, stellt Oßner fest.

Die Stadt Landshut hat mehr als 30 Schulen und Bildungseinrichtungen. Täglich sind mehr als 15.000 Schüler dorthin unterwegs. Durch das schnelle Wachstum der Stadt steigen die Schülerzahlen und das Verkehrsaufkommen stetig an. „Weil es bisher keine technische Lösung gibt, die Autofahrer situativ angepasst zu erhöhter Rücksicht-

nahme gegenüber Kindern und Jugendlichen auf dem Schulweg mahnt, packt die Stadt das nun selbst an. Dieses herausragende Projekt unterstützt der Bund sehr gern. Das ist Infrastruktur- und Mobilitätsförderung par excellence für eine sichere Zukunft.“

Drei Pilotschulen geplant

In einem ersten Schritt wird die Stadt Landshut nun mit den Stadtwerken und beteiligten Behörden wie der Regierung von Niederbayern und der Polizei ein konkretes Konzept für den Aufbau und Betrieb des Systems entwickeln. Dabei sollen bis zu drei Pilotschulen ausgewählt werden, an denen das Projekt in der Praxis erprobt werden kann. Außerdem sollen auch Elternvertreter eng mit einbezogen werden.

Ökologischer Aspekt

Bundesverkehrsminister Scheuer hob auch den ökologischen Aspekt hervor: „Gerade in Ballungsgebieten bestehen viele Herausforderungen rund um das Thema Mobilität. Bei immer größer werdenden Verkehrsaufkommen sollen die CO2-Emissionen verringert und Staus vermieden werden, ohne die individuelle Mobilität einzuschränken. Hierzu können die ausgewählten Projekte einen wichtigen Beitrag leisten. Unser Ziel ist es, einen ressourcenschonenden und umweltfreundlichen Verkehr bei größtmöglicher Sicherheit zu gewährleisten.“ □



V.l.: Wodan Lichtmeß (Vorstand Gemeindegewerke Garmisch-Partenkirchen), Karl Steingruber (Werkleiter Gemeindegewerke Murnau), Walter Huber (Geschäftsführer Stadtwerke Bad Tölz), Thomas Fritz (Vorstand Stadtwerke Wolfratshausen), Michael Betzl (Leiter Vertrieb Stadtwerke Bad Tölz), Elke Zehetner (1. Bürgermeisterin Stadt Geretsried), Josef Vilgertshofer (Vorstand Stadtwerke Penzberg), Gerhard Lößlein (Leitung Kommunale Kooperationen Stadtwerke München), Jan Dühring (Vorstand Stadtwerke Geretsried), Richard Krüger (Prokurist Gemeindegewerke Peißenberg), Stefan Drexelmeier (Vorstand Energiewende Oberland Kompetenzzentrum), Thomas Feistl (Geschäftsführer 17er Oberlandenergie), Andreas Scharli (Energiemanager, Energiewende Oberland Kompetenzzentrum), Manfred Pfeiler (Werkleiter Elektrizitätswerk Tegernsee), Peter Müller (Vorstand, Stadtwerke Weilheim). □

„Oberland Erklärung - Penzberg 2019“:

Erneuerbare Energien: Rückgrat für Klimaschutz im Oberland

Die aktuellen Ergebnisse der Energie- und CO₂-Bilanz für das Oberland sowie die Kernaussagen des Forschungsprojekts INOLA, initiiert vom Energiewende Oberland - Kompetenzzentrum Energie EKO e.V., zeigen, dass unter aktuellen Rahmenbedingungen das Ziel das Oberland bis zum Jahr 2035 vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen nicht erreichbar ist. Um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten ist es notwendig, die Energieversorgung in Deutschland bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu gestalten.

„Wir kommunalen Energieversorger im Oberland sind uns einiger. Wir wollen im Sinne unserer kommunalen Eigentümer und damit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger im Oberland die Energiewen-

de unterstützen. Dazu tragen wir aktiv und konkret mit Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien, Ökostromangeboten, Wertschöpfung in der Region 17, Forschungsvorhaben und Beteiligung an der Energiewende Ober-

land bei“, heißt es in der Erklärung.

Schwerpunkte

Die Akzeptanz für die Energiewende gelinge letztlich nur mit der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, „wenn sie unsere Angebote nutzen“. Dabei stünden folgende Punkte im Vordergrund:

1. Der Bund und der Freistaat Bayern müssen jetzt den Ausbau von erneuerbaren Energien offensiv und unbürokratisch fördern, um die Energiewende- und die Klimaschutz-Ziele auf Bundes- und Landesebene sowie auf Ebene der Landkreise und Kommunen wieder in greifbare Nähe zu rücken. Dazu gehört natürlich auch, dass die Landkreise und Kommunen Ihrerseits die Energiewende aktiv vor Ort unterstützen.

2. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss sozial, ökologisch, ökonomisch vertretbar und nachhaltig erfolgen.

3. Jedes Jahr geben Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen im Oberland ungefähr eine Milliarde Euro für Strom und Wärme aus. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region findet die Wertschöpfung vor Ort statt und zusätzliches Geld stünde den Kommunen für Infrastruktur und beispielsweise nachhaltige Mobilitätsangebote zur Verfügung und die Kaufkraft bliebe lokal erhalten.

Unterzeichner sind: 17er Oberlandenergie GmbH; Elektrizitätswerk Tegernsee-Vertriebs- und Service-KG; Gemeindegewerke Garmisch-Partenkirchen; Gemeindegewerke Murnau; Gemeindegewerke Peißenberg; STADTWERKE Bad Tölz; Stadtwerke Geretsried; Stadtwerke München; Stadtwerke Penzberg; Stadtwerke Weilheim; Stadtwerke Wolfratshausen. □

nes so großen, weltweit agierenden Partners wie missio München nimmt unsere bundesweite Initiative noch einmal mehr Fahrt auf“, freute sich Landrat Rößle und stellte damit bereits das nächste geplante Projekt der Kooperation vor: In Nepal soll eine Schule für die Opfer der schweren Erdbeben gebaut werden. Jede Spende zählt, um den Kindern in Nepal eine gesicherte Schulbildung zu ermöglichen. □

1000 Schulen für unsere Welt und missio München:

Kooperation erfolgreich gestartet

Die bundesweite Initiative der drei kommunalen Spitzenverbände „1000 Schulen für unsere Welt“ und missio München setzen sich künftig gemeinsam für die Förderung von Bildung in Afrika und Asien ein. Zum Start dieser vielversprechenden Zusammenarbeit lud Landrat Stefan Rößle als Initiator von „1000 Schulen für unsere Welt“ und ehrenamtlicher Botschafter für kommunale Entwicklungszusammenarbeit zum Pressegespräch.

Neben Monsignore Wolfgang Huber, Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerks missio München, waren auch Vertreter der Verwaltungsgemeinschaft Kirchweidach, die Projekte in Äthiopien umsetzen wollen und das Ehepaar Schmidt aus Asbach-Bäumenheim, die im Rahmen der Kooperation nun ein erstes Projekt in Burkina Faso vollständig finanziert haben, der Einladung gefolgt.

Bildung als dauerhaftes Gut

„Bildung stärken – Was dem Mensch an Bildung gegeben ist, kann man ihm nie mehr nehmen.“ Dies sei einer der vielen, übereinstimmenden Grundsätze, auf der die Zusammenarbeit zwischen der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ und dem Katholischen Hilfswerk missio München basiert, betonte Monsignore Huber zu Beginn des Gesprächs. Darüber hinaus sind die Nachhaltigkeit der Projekte und größtmögliche Transparenz Grundpfeiler der Arbeit beider Partner.

Dies war vor allem dem Ehepaar Schmidt aus Asbach-Bäumenheim wichtig, als sie sich dafür entschieden, missio München

bei der Erweiterung eines Kindergartens in Burkina Faso finanziell zu unterstützen. In dem westafrikanischen Land lebt 40 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Es zählt zu den zehn ärmsten Ländern der Erde.

Gestärkter Zusammenhalt

Auch eine Delegation aus der Verwaltungsgemeinschaft Kirchweidach im Landkreis Altötting war extra angereist. Einer davon ist Sepp Rottenbacher aus Halsbach, der missio München und die Initiative zusammengebracht hat und selbst, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Verwaltungsgemeinschaft, Spenden für den Bau eines Wohnheims in Äthiopien, durch missio München, sammelt. „Nicht nur im fernen Äthiopien tun wir Gutes, das gemeinsame Engagement für Äthiopien stärkt auch den Zusammenhalt zwischen den Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft“, freute sich Rottenbacher.

Weltweit agierender Partner

„Nun haben wir in nur zwei Jahren bereits 99 Schulen fest geplant. Mit der Unterstützung ei-

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Am Wochenende haben wir den Schmuck vom Christbaum entfernt und das Bäumchen schwungvoll in den Garten geworfen. Jetzt kann das neue Jahr endgültig beginnen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, betrat das Büro gut gelaunt und voller Drang nach Veränderung.

Wobei, geht es Ihnen auch so? Man hat allerorten das Gefühl, es wäre Zeit für Veränderungen, aber gleichzeitig wagt sich keiner daran. Man würde sich freuen, wenn man sich vom alten Trott verabschieden könnte, und scheut gleichzeitig das Unbekannte, das nach einer Veränderung auf einen zukommt.

Die größten Veränderungen werden uns Menschen eh von außen aufgezwungen. Denken wir nur an die 157 Menschen, die in dem

derung gar nicht so schlecht war.

So kann man nur für unsere europäischen Freunde in Frankreich hoffen, dass sie eines Tages das Positive in den Veränderungen sehen werden, die ihnen Reformen wie die jetzt diskutierte zukunfts-festere Rente bringen. Denn auch das ist paradox: Das Volk, das mit seiner großen Revolution Europa verändert hat wie kein zweites, tut sich seit Jahr-

zehnten mit jeder Veränderung am schwersten. Viel schwerer jedenfalls als wir Deutschen, die wir uns zwar mental mit Veränderungen auch schwer tun, aber Reformen wie die des Arbeitsmarktes der 2000er-Jahre zumindest im Nachhinein als Chance begreifen – wenigstens neun von zehn bei uns.

Auch in der Kommunalpolitik wird es 2020 mit den Wahlen viele Veränderungen geben. Etliche Amtsinhaber hören auf, nicht wenige werden an Konkurrenten scheitern. Platzhirsche werden von neuen Kräften verdrängt und so manches überholte oder gescheiterte Konzept wird von anderen Visionen zur Zukunft der Stadt, der Gemeinde oder des Landkreises abgelöst werden.

Mein Chef, der Bürgermeister, sitzt bisher fest im Sattel und stellt sich zuversichtlich, aber nicht übermütig, mit klarem Programm, aber offen für andere Ideen, dem Wählervotum. Dennoch wird es auch bei uns in der Stadt Veränderungen geben, die aus der Veränderung der Welt resultieren. Klima- und Umweltschutz werden in den nächsten sechs Jahren eine größere Rolle spielen als bisher. Bei Mobilitätsfragen werden wir vielleicht nicht um-, aber weiter denken müssen. Um bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können, werden wir alle etwas zusammenrücken müssen. Gespannt darf man sein, welche Bewährungsproben wir noch zu bestehen haben werden: Wirtschaftsabschwung? Arbeitslosigkeit? Neue Migrationsströme? Was auch immer kommen mag, Optimismus ist angesagt in unserer Welt. Deshalb gebe ich dem Chef auch einen Satz von Christian Rättsch mit ins neue Jahr: „Du kannst die Welle der Veränderung nicht aufhalten, aber du kannst lernen, sie zu surfen.“

Ihre Sabina

Wechselspiel zwischen Wunsch und Zwang

von Iran abgeschossenen Flugzeug starben. Für deren Angehörige bedeutet der Verlust der Eltern, Partner, Geschwister oder Kinder einen kaum beschreibbaren Einschnitt in ihr bisheriges Leben. Eine momentane Fehleinschätzung eines einzelnen Soldaten löst einen Tsunami von Veränderungen aus, die tief in das Schicksal einer Vielzahl von Menschen eingreifen. Ähnliches gilt für schwere Unfälle oder Verbrechen, die Menschen physisch oder psychisch schädigen. Eine einmal gesetzte Ursache löst eine ganze Kettenreaktion aus – und die Welt ist nicht mehr so wie sie war.

Vielleicht ist es diese Unerfahrung, dass Veränderungen oft schicksalhaft sind, die uns ihnen gegenüber so skeptisch sein lassen. Auch, wenn wir die Veränderung selbst steuern können, weil wir sie in Gang setzen. Wie oft wehren sich Leute vehement, wenn sie eine neue Aufgabe im Betrieb oder der Verwaltung übernehmen, ein neues Büro beziehen oder in eine andere Betriebsstätte wechseln sollen. In der Regel spielt sich das in einem Drei-Stufen-Modell ab: 1. Stufe: Instinktive Abwehr. 2. Stufe: Suche nach Gründen dagegen. 3. Stufe: Zähneknirschendes Abfinden mit der neuen Situation. In neun von zehn Fällen kommt danach aber erfreulicherweise auch eine 4. Stufe, nämlich das klammheimliche Eingestehen, dass die Verän-

Umweltstation der Stadt Würzburg:

Große Besucherresonanz

Im Neubau brummt es. Ob Beratungen, Umweltbildungsangebote, Vorträge, Workshops, Diskussionsrunden, Ausstellungen, Netzwerktreffen oder Lesungen - in der neuen Umweltstation am Niggelweg ist immer etwas los. Das ovale Haus macht die Würzburgerinnen und Würzburger neugierig. So ist es das bayernweit erste Gebäude aus Recyclingbeton und wird mit einer innovativen Eisspeicherheizung klimatisiert. Fast täglich kommen Besuchergruppen, die sich die Einrichtung zeigen und erklären lassen.

Darüber hinaus bekommen die Bürgerinnen und Bürger Informationen zur Abfallvermeidung und -entsorgung, Beratungen zum breiten Thema der Energieeinsparung in Haushalt und Gebäude, sie können elektrische Klein-geräte und Handys abgeben oder in der Umweltbibliothek stöbern. Das neu in der Umweltstation angesiedelte städtische Energie- und Klimazentrum vertieft die Beratungsangebote in den Bereichen nachhaltige Mobilität, städtisches Grün sowie energetische Sanierung. Viele Interessierte kommen aber auch einfach, um sich das Gebäude anzusehen oder die abwechslungsreichen Ausstellungen zu besichtigen.

Die intensive Nutzung des neuen Gebäudes hat in den Monaten nach der Eröffnung im Mai 2019 allen Erwartungen mehr als entsprochen. Insgesamt besuchten über 10.000 Besucher die etwa 150 attraktiven und vielfältigen Veranstaltungen der Umweltstation. So wurden etwa interaktive Bildungsveranstaltungen zu den Themen Abfallvermeidung, Klimaschutz oder zukunftsfähige Lebensstile durchgeführt, Projekte wie die große Müllsammelak-

tion in der Zellerau, das Fairtrade-Festival oder die Umwelt-Erlebniswochen gestemmt und gemeinsam mit der IHK Würzburg-Schweinfurt eine Tagung zum Thema Baustoffrecycling mit der Preisträgerin des Deutschen Umweltpreises Prof. Angelika Mettke von der BTU Cottbus-Senftenberg als Referentin organisiert. Auch fand in den Räumen der Umweltstation ein Workshop mit Oberbürgermeister Schuchardt, Referenten und Experten aus der Stadtverwaltung sowie Aktivisten der Schülerbewegung Fridays for Future zur Erarbeitung von Ansätzen zu einer nachhaltigeren Ausrichtung der Stadtgesellschaft statt.

Zahlreiche Projektideen

Die Würzburger Bürgerinnen und Bürger waren und sind an allem sehr interessiert. Durch vielfältige Vernetzungen von Akteuren aus dem Umwelt- und Sozialbereich sind zahlreiche Projektideen entstanden, um die Stadtgesellschaft nachhaltiger und das Leben in Würzburg zukunftsfähig zu gestalten.

Unterstützt wird das Team der

Umweltstation von den vielen Ehrenamtlichen, die sich in Agenda 21- Arbeitskreisen oder in Vereinen engagieren, die sich wie die Umweltstation auch zur Aufgabe gemacht haben, sich den Herausforderungen einer nachhaltigen Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zu stellen. Zum Beispiel zeigt der Verein Stadtgärtner an der Umweltstation, wie Hochbeete für das Urban Gardening angelegt werden. Fachkundige Ehrenamtliche etwa vom Naturwissenschaftlichen Verein, dem Landesbund für Vogelschutz oder auch den Mineralien- und Fossilienfreunden Würzburg trugen zu einem qualitätsvollen und abwechslungsreichen abendlichen Vortragsprogramm bei.

So konnte sich neben den Bildungsangeboten für Schulklassen und andere Gruppen ein vielfältiges Angebot für Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen entwickeln, das auf der Homepage unter www.wuerzburg.de/umweltstation im Veranstaltungskalender einsehbar ist und immer wieder aktualisiert wird.

Im neuen Jahr wird der Arbeitsschwerpunkt unter anderem im Bereich des städtischen Grüns liegen, so wird die Fassade der Umweltstation unter wissenschaftlicher Betreuung unter den Aspekten Klimaanpassung und Biodiversität begrünt werden. Zudem sollen neue Bildungsmodule und Lehrerfortbildungen aus dem Themenfeld „Zukunft gestalten“ angeboten werden. □

Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse:

Dynamischer Wachstumskurs setzt sich fort

2019 war für die NürnbergMesse mit einem Umsatz von über 280 Millionen Euro das erfolgreichste ungerade Jahr ihrer Unternehmensgeschichte.

Wie CEO Dr. Roland Fleck und seine Kollege Peter Ottmann auf einer Bilanzpressekonferenz betonten, hätten sich nach ersten Prognosen auf den internationalen und nationalen Fachmessen in Nürnberg 5 Prozent mehr Aussteller (insgesamt 35.000) und 3 Prozent mehr Besucher (über 1,4 Millionen) eingefunden. Dies seien Wachstumsraten, die erneut deutlich über der „Seitwärtsbewegung des deutschen Messe-

marktes“ liegen. Das Plus bei der Ausstellerstandfläche der Fachmessen der NürnbergMesse betrage in den vergangenen fünf Jahren 22 Prozent.

Für 2020 wird ein Wachstum auf 350 Millionen Euro Umsatz angestrebt. „Die Vorbuchungen unserer Aussteller machen Mut und gleichzeitig Lust auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr. Zudem spüren wir auf unseren Messen aktuell noch keine Anzeichen eines sich

abzeichnenden Abschwungs“, stellte Ottmann fest. Automobilthemen, Stichwort IAA, würden zwar grundsätzlich schwieriger – „aber dies dürfte eher der bekannten Branchenkonjunktur geschuldet sein“.

Am Puls der Zeit

Trendthemen und erfolgreiche Nischenthemen blieben hingegen gerade in Zeiten der Digitalisierung so aktuell wie nie, fuhr Ottmann fort. Bio-Lebensmittel, Cyber-Sicherheit oder vorbeugender Brandschutz seien am Puls der Zeit. „Diesen Weg in Form von internationalen Produktfamilien gehen wir weiter, denn wir spüren, dass häufig Themen, die in Europa die Entscheider zusammenbringen, auch Relevanz für die Märkte in Asien oder Südamerika haben“.

Auch intern rücke die NürnbergMesse wieder näher an ihre Kunden: „Unsere Organisationsstruktur umfasst künftig mit den beiden neuen Geschäftsbereichen ‚Digital‘ und ‚Services‘ zwei wichtige Zukunftsthemen“, unterstrich Ottmann.

Als Konsequenz des dynamischen Wachstumskurses ergibt

sich Roland Fleck zufolge ein weiterer Ausbaubedarf des heimischen Messezentrums. Ab Ende 2024 wird das fränkische Messeunternehmen mit dem NCC Süd „ein weiteres architektonisches wie funktionales Highlight des Messezentrums setzen“ und dafür rund 300 Millionen Euro investieren.

Wie Fleck berichtete, stellt das neue NCC Süd das vierte ConventionCenter des Messezentrums dar und es ist das künftige Herzstück des Ensembles „The new Süd“, das durch die angrenzenden Messehallen 3A und 3C flankiert wird. In Summe entsteht durch „The new Süd“ eine Bruttoausstellungsfläche in Höhe von rund 32.000 qm. Damit erfülle man das dringende Kundenbedürfnis nach einem engen Verzahnung von Messen und Kongressen.

Wie schon bei den Erfolgshalten 3A und 3C strebe man auch für das NCC Süd eine DGNB-Zertifizierung an, weil das Thema „Nachhaltigkeit“ seit Jahren bei der NürnbergMesse sehr hohe Priorität habe. Innen sei das Gebäude „hell, freundlich und modern“ und das NCC Süd „soll Lust auf Messen und Kongresse in Nürnberg machen“, so Fleck. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage von proHolz Bayern, dem Aktionsbündnis der bayerischen Forst- und Holzwirtschaft, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Interkulturelles Gesundheitsprojekt:

MiMi 2019 weiter ausgebaut

Das interkulturelle Gesundheitsprojekt „MiMi – Mit Migranten für Migranten“ ist 2019 weiter ausgebaut worden. Darauf hat Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hingewiesen. Sie betonte: „Es gibt jetzt drei neue MiMi-Standorte – und zwar in Hof, Bayreuth und Landsberg am Lech. Damit ist die Zahl der MiMi-Standorte in Bayern auf insgesamt 15 gestiegen.“

Das im Jahr 2008 gestartete Gesundheitsprojekt „MiMi“ bildet gut integrierte Migranten zu interkulturellen Gesundheitsmediatoren aus. Auf muttersprachlichen Veranstaltungen informieren sie ihre in Deutschland lebenden Landsleute über das Gesundheitssystem und zu einer Vielzahl gesundheitsbezogener Themen wie Impfschutz, Kinder- und Jugendgesundheit oder Alter und Pflege.

Laut Huml „haben wir im Rahmen von ‚MiMi‘ bislang bayernweit mehr als 630 Menschen zu Gesundheitsmediatoren ausge-

bildet. An den über 2.780 Informationsveranstaltungen in 45 Sprachen haben mehr als 35.150 Menschen teilgenommen. Auch der Fachtage ‚Alter und Migration – Gesund und gut gepflegt bis ins hohe Alter‘ in Regensburg war 2019 mit über 220 Besuchern ein voller Erfolg.“

Für das Jahr 2020 seien weitere 270 Informationsveranstaltungen geplant. Außerdem werde der mehrsprachige Wegweiser ‚Gesundheit und Pflege im Alter‘ auf Arabisch, Deutsch, Englisch, Russisch und Türkisch veröffentlicht. □

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 30. Januar 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Kommunaler Bau
- Ortskernbelebung · Gestaltung öffentlicher Räume
- Freizeitanlagen · Tourismus
- Wasser · Abwasser

LIEFERANTEN

GZ

NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Bau

ERLUS AG  **ERLUS**
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie **kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.**

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE  **ETSCHEL**
Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben  **erdgas schwaben**
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

FAHNEN KÖSSINGER  **FAHNEN KÖSSINGER**
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:



Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
 **Prior & Peußner**
Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET  **POWERED BY HYDRAULICS**
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrlüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggestr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas 
Informationssicherheit · Datenschutz · Beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de  **Bayern Grund**

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthäuser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthäuser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW 
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von **SEW** für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)

• Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
• Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
• Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
• Neubau oder Sanierung im Bestand
• Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Murnau: BG Unfallklinik · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität · div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.



Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN 
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER 
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbellfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

proHolz

Bayern



Vertreter der
Bayerischen
Forstwirtschaft

1 m³ Holz speichert 1 t CO₂

**Unsere Chance –
mit Holz massiv das Klima schützen.**
Klimaschutz geht alle an. Die Erderwärmung
findet nicht nur an den Polkappen, sondern direkt
vor unserer Haustür statt.
Und jeder kann – mit Holzverwendung –
seinen Beitrag leisten. Mit Klimaschutz am schönsten.

Ein Kubikmeter Holz speichert 1 t CO₂.
Das ist die Menge an Kohlendioxid, die ein
Mensch in einem Jahr durch Atmen freisetzt.
Ein Kubikmeter Holz speichert also die Menge an
Kohlendioxid, die ein Mensch in einem Jahr durch
Atmen freisetzt. Das ist die Menge an Kohlendioxid,
die ein Mensch in einem Jahr durch Atmen freisetzt.
Das ist die Menge an Kohlendioxid, die ein Mensch
in einem Jahr durch Atmen freisetzt.

Der Klima-Holzwürfel

Helfen Sie mit, den Klimaschutz durch
unsere Wälder nachhaltig zu stärken.



An alle **Entscheidungsträger in Kommunen, Unternehmen und Verbänden.**

Der Klima-Holzwürfel macht klar:

Wir müssen beim Klimawandel gegensteuern – möglichst schnell.

Der weltweite Anstieg von Kohlendioxid (CO₂) und anderen Treibhausgasen führt auch in Bayern zu großen Klimaveränderungen. Mit ernststen Konsequenzen für Menschen, Tiere – und für den Wald.

Der Klimawandel betrifft die Wälder und Waldbesitzer; aber auch Bürger, Unternehmen und Kommunen. Dabei steht es „Spitz auf Knopf“. Wohin der Würfel fällt, ist noch offen. Noch haben wir es in der Hand, das Ruder herumzureißen – und dem Hauptverursacher CO₂ den Kampf anzusagen.

Der Klima-Holzwürfel will überall im Land die Zusammenhänge zwischen Wald und Klimaschutz deutlich machen:

- Der Klimawandel bedroht Menschen und Wälder – auch bei Ihnen.
- Die Anpassung der Wälder an den Klimawandel ist unumgänglich. Wirksamer Klimaschutz ist möglich – durch Wald und Holz.

Um diese Botschaften auf die Fläche und in die Köpfe zu bringen, haben wir den Klima-Holzwürfel entwickelt – als nicht zu übersehendes Objekt und einprägsames Symbol.

Er soll in vielen Gemeinden aufgestellt werden, bei Veranstaltungen immer wieder zu sehen sein und die Bürger zu Entscheidungen pro Wald und pro Holz ermuntern.

„Auch die Bürger in Ihrer Gemeinde spüren: Der Klimawandel ist ein Problem, an dem man nicht vorbeikommt.“



Er kann in allen **Gemeinden nachgebaut** und **eingesetzt** werden.

Der Klima-Holzwürfel rechnet vor:

Die Erfolgsformel: mehr Holz =
mehr O₂ + weniger CO₂

2,61 Mio. Hektar Wald in Bayern produzieren Sauerstoff, liefern den Rohstoff Holz, schützen das Trinkwasser und bieten Erholung. Umso wertvoller sind stabile Wälder – lebenswichtig auch für kommende Generationen. Wir müssen heute die Wälder fit machen für die Zukunft.

Ein Holzwürfel mit einer Kantenlänge von einem Meter und einem Volumen von einem Kubikmeter bindet eine Tonne CO₂. Gleichzeitig setzt dieser eine Kubikmeter Holz 300 Kubikmeter Sauerstoff frei. Und liefert so die Grundlage für unser Leben.

Millionen Bürgerinnen und Bürger nutzen regelmäßig den Wald als Naherholungsgebiet oder Urlaubsziel und spüren es am eigenen Körper: Der Wald lässt aufatmen. Auch in Ihrer Gemeinde. Deshalb müssen wir ihn in einer gemeinsamen Anstrengung auf den Klimawandel vorbereiten.

Jetzt gilt es in allen bayerischen Gemeinden zu handeln: Wir müssen den wichtigen Beitrag des Waldes für den Klimaschutz stärken und durch gezielte forstliche Maßnahmen planvoll ausbauen.

„Helfen Sie dabei mit. Informieren Sie in Ihrem Verantwortungsbereich über die Zusammenhänge von Klimaschutz und Forstwirtschaft.“



Er soll **Bürgerinnen** und **Bürger** überall im Land **informieren** und zu **Entscheidungen** pro Wald und pro Holz **motivieren**.

Der Klima-Holzwürfel klärt auf:
Holz hilft dem Klimaschutz.
Wo immer wir es einsetzen.

Klimaschutz geht alle an. Die Erderwärmung findet nicht nur an den Polkappen, sondern direkt „vor unserer Haustüre“ statt. Und jeder kann – mit Holzverwendung – seinen Beitrag leisten. Mit Wald und Holz ist Klimaschutz am schönsten.

Ein Kubikmeter Holz – so viel wächst in jeder Sekunde in den bayerischen Wäldern nach! Dieses Potenzial können wir nachhaltig nutzen. Bäume entziehen der Luft Kohlendioxid und verwandeln es in Holz. Ein Kubikmeter Holz bindet eine Tonne CO₂. Eine Tonne pro Sekunde in Bayerns Wäldern.

Damit ist jedes langlebige Holzprodukt auch ein klimaschonender CO₂-Speicher. Ob Dachstuhl, Holzfassade, Parkettboden oder komplettes Holzhaus: Wer sich für Holz entscheidet, entlastet unsere Atmosphäre.

Effiziente Dämmstoffe aus Holz senken Energieverbrauch, Energiekosten, Emissionen und steigern dafür Lebensqualität und Klimaschutz. Und Holz bringt wohlige Wärme ins Haus, umweltfreundlich, versorgungssicher und CO₂-neutral.

Holz ist ein Naturprodukt mit „eingebauter Zukunft“. Ob Bauwillige oder Altbaubesitzer, ob Unternehmer oder öffentliche Hand: Holz aus nachhaltiger, am besten heimischer Forstwirtschaft können Sie in jedes Vorhaben einplanen. Sie verbessern damit das Klima nicht nur in Häusern oder Hallen, Schulen oder Kindergärten, auch in den Herzen und Köpfen der Bürgerinnen und Bürger. Holz hilft Menschen bewegen für mehr Klimaschutz!

„Die Produktion und die Verwendung von Holz sind wichtige Beiträge zum Klimaschutz. Helfen Sie mit diese Tatsache in die breite Öffentlichkeit zu tragen.“

Holz hilft uns allen.

Helfen Sie Wald und Holz mit dem Klima-Holzwürfel.

Wald und Holz helfen bei der Bewältigung des Klimawandels. Aber sie brauchen dafür unsere und – ganz besonders – Ihre konkrete Hilfe.

Die forstlichen Verbände und Vereine in Bayern haben zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung die „Weihenstephaner Erklärung“ unterzeichnet. Nach dem Grundsatz „Eigenverantwortung und Solidarität“ verpflichten sie sich, ihre Kräfte zu bündeln, um Wald und Forstwirtschaft auf den Klimawandel vorzubereiten.

Der Klima-Holzwürfel ist ein gemeinsames Projekt der Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft (VBF). Er ist ein auffallendes, vielsinniges Symbol und damit buchstäblich ein „Denk“-mal. Man kann ihn gut im Foyer öffentlicher Gebäude aufstellen, im Rathaus oder in der Stadthalle. Daneben bieten sich zeitlich begrenzte Einsätze in einer Schule oder Bank, sowie bei örtlichen Ausstellungen und Messen an, da er schnell zerlegt und transportierbar ist.

An den Holzwürfel können vielfältigste Aktionen anknüpfen, vom Vortrag zu Wald und Klimawandel bis hin als Ausgangspunkt für eine Waldführung. Der Phantasie sind so gut wie keine Grenzen gesetzt.

Helfen Sie mit. Informieren Sie Ihre Bürgerinnen und Bürger, Kunden und Mitglieder über nachhaltige Forstwirtschaft. Klären Sie in Ihrer Kommune über die Schutzfunktion des Waldes auf: mit dem Klima-Holzwürfel und seinen Infotafeln.

Impulse geben – Allianzen bilden – Synergien nutzen.

Sie können zum Beispiel

- mit Ihren Mitarbeitern ein Rahmenprogramm erarbeiten
- schon bestehende Veranstaltungen vor Ort nutzen
- Veranstaltungen mit örtlichen Partnern (Waldbesitzer, Forstbehörden, Betriebe, Innungen etc.) initiieren
- Kooperationen knüpfen und Sponsoren einbinden
- Aktionen mit örtlichen Schulen (Projektwochen) veranstalten

oder den Klima-Holzwürfel und seine Themen einbinden

- bei (Kunst-)Ausstellungen
- in das regionale Marketing
- in Veranstaltungen von örtlichen Unternehmen
- in das Sommerferienprogramm
- als Beitrag für die Bayerische Klimawoche
- in den Internet-Auftritt Ihrer Kommune
- bei der Zusammenarbeit mit Partnergemeinden
- bei konkreten Maßnahmen für den Klimaschutz

Die Zeit ist reif: Setzen Sie sich an die Spitze dieses wichtigen Themas und gewinnen Sie Vorbildcharakter.

Zeigen Sie Ihren Mitbürgern: Es ist noch nicht zu spät. Wenn alle aktiv anpacken, können Klimaschutz und Anpassung gelingen!

Wir bedanken uns jetzt schon für Ihre Unterstützung.

„Es ist höchste Zeit. Stoßen Sie den Bau eines Klima-Holzwürfels an.“

Gemeinsam für Bayerns Wälder!

www.die-bayerische-forstwirtschaft.de

Wie wirkt er?

- Er ist mit 1 Meter oder mit 0,5 Meter Kantenlänge ganz klar ein auffallendes optisches Symbol.
- Zusammen mit seinen Infotafeln wird er in möglichst vielen Rathäusern, Schulen, Banken etc. zum stets präsenten Botschafter für den Klimaschutz.
- Die künftigen Erbauer können sich außerdem auf der Internetseite der Initiative „Weihenstephaner Erklärung“ mit bis zu drei Fotos und Kontaktdaten vorstellen.

Wie funktioniert er?

- Der Würfel kann leicht (teil-)zerlegt und transportiert werden.
- Es können regional bedeutsame Holzarten verwendet werden.
- Er kann mit Name und Wappen der Gemeinde (sowie ggf. Partner und Sponsoren) versehen werden.
- Er ist ausgelegt für den Einsatz innerhalb von Gebäuden.
- Maße 1 m: H 1,80 m, B 1,73 m, Gewicht ca. 130 kg
- Maße 0,5 m: H 0,91 m, B 0,87 m, Gewicht ca. 35 kg

Was kostet er?

- Den Würfel gibt es nicht „von der Stange“ zu kaufen.
- Entscheidend ist, welche Holzarten Sie einsetzen, ob Sie eigene Arbeitskräfte haben und welche Partner und Sponsoren sich beteiligen.
- Alle Unterlagen, Baupläne und Grafikdateien sind kostenlos.

Wo bekomme ich ihn her?

- Der Würfel ist einfach nachzubauen. Entweder mit eigenen Kräften oder per Auftrag an einen Handwerker Ihrer Wahl. Auch Kooperationen mit Partnern sind problemlos möglich.
- Baupläne gibt es kostenlos unter:
www.die-bayerische-forstwirtschaft.de



Forstministerin Michaela Kaniber bei der Präsentation des Klima-Holzwürfels zusammen mit dem Sprecherrat der Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft (VBF). Foto Rolf Kaul – AVTG

Informationen zur Bayerischen Forstwirtschaft:

www.die-bayerische-forstwirtschaft.de

Kontakt:

Zentrum Wald-Forst-Holz Weihenstephan
Hans-Carl-von-Carlowitz-Platz 1
85354 Freising
Telefon + 49 (0) 81614 59 19 20
info@forstzentrum.de
www.forstzentrum.de

Für Fragen zur Bauweise des Würfels:

MANNICH - PLANUNGEN
Telefon +49 (0)8342 91 99 760
post@mannich-planungen.de
www.mannich-planungen.de

Der Klima-Holzwürfel eine Initiative von:



Vertreter der
**Bayerischen
Forstwirtschaft**



ZENTRUM WALD FORST HOLZ
WEIHENSTEPHAN



Das Papier Dacostern stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.
www.pefc.de